



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die wirtschaftsethische Bedeutung der
Genossenschaftsidee mit besonderer Berücksichtigung
Hermann Schulze-Delitzschs“

Verfasser

Sebastian Sommer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Juli 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 296
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Philosophie
Betreuerin / Betreuer:	Ao. Uni-Prof. Dr. Erwin Bader

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung und Problemstellung.....	3
2. Historischer Rückblick	6
2.1. Historischer Rückblick – Auswirkungen der französischen Revolution	6
2.1.2. Die Folgen für den Humanismus.....	6
2.1.3. Die Bauernbefreiung	7
2.1.4. Die Freiheit.....	8
2.2. Die Auswirkungen der industriellen Revolution	9
2.2.1. Die Arbeiterfrage	10
2.2.2. Eigentum und Kapital	11
3. Antworten auf die neuen Herausforderungen: das Modell der Genossenschaft und ihre Ausprägungen.....	12
3.1. die häufigsten Arten von Genossenschaften.....	14
3.2. Aus dem Blickwinkel des Humanismus.....	19
3.2.1. Die Assoziation als eine Idee von Charles Fourier und Louis Blanc	19
3.2.2. Victor Aimé Huber (1800 – 1869).....	22
3.2.3. Hermann Schulze-Delitzsch (1808 - 1883)	28
3.2.4. Wilhelm Friedrich Raiffeisen (1818 - 1888).....	37
3.2.5. Ferdinand Lassalle (1825 – 1864).....	40
3.2.6. Kontroverse Lassalle - Schulze-Delitzsch	43
3.2.7. Systemunterschiede zwischen Schulze-Delitzsch, Raiffeisen und Huber.....	67
3.3. Das System der Genossenschaften aus Sicht der christlichen Soziallehre	68
3.3.1 Adolph Kolping (1813 – 1865).....	70
3.3.2. Karl von Vogelsang (1818 - 1890).....	73
4. Messners Naturethik und das Genossenschaftsmodell nach Schulze-Delitzsch.....	78
5. Die Genossenschaft in der Perspektive der Gegenwart	95
Literaturverzeichnis	100
Abstract	102
Lebenslauf.....	103

1. Einleitung und Problemstellung

Das Thema der Arbeit ist die Frage nach den ökonomischen und sozialen Bedingungen des Genossenschaftssystems. Im Kontext des Vergleichs des Genossenschaftssystems gegenüber anderen Kapitalsystemen stellen sich zwei grundlegende Fragen die im Rahmen der Arbeit zu erläutern versucht werden sollen:

Die erste Frage soll einen möglichen Unterschied zwischen dem System der Genossenschaft und anderen Wirtschaftssystemen beleuchten. Insbesondere soll hier eine unterschiedliche Prioritätengewichtung herausgearbeitet werden. Die Unterschiede einer möglichen sozialen und auch ökonomischen Verantwortung gegenüber einer Gesellschaft.

In der Überleitung zur zweiten Frage soll beleuchtet werden, ob Genossenschaften als allgemein sozial verträglicher bezeichnet werden können. Es finden sich Unterschiede zwischen einer theoretischen Formulierung wie sie Schulze-Delitzsch¹ getätigt hat und der derzeitigen Struktur der Genossenschaften. Die Gegenwart soll in dieser Arbeit aber nur beiläufig beleuchtet werden, da für mich der Schwerpunkt auf der theoretischen und philosophischen Beobachtung liegt.

In einer kurzen Entstehungsgeschichte der Genossenschaften soll eine christliche Prägung², die sich aus der Auflösung der Klöster unter Joseph II heraus entwickelt hat, untersucht werden. Besonders bei den liberalen Gedanken eines Hermann Schulze-Delitzsch stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Nächstenliebe. Ist eine solche auch existent, oder handelt er rein aus liberal-egoistischen Motiven heraus, wie ihm dies vom Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle³ unterstellt worden ist?

Ein Blick in die Gegenwart soll die derzeitige Bedeutung ein wenig genauer beleuchten. Dabei soll, bezugnehmend auf die derzeitige stattfindende wirtschaftliche Rezession, mit der einhergehenden sozialen Not und Arbeitslosigkeit untersucht werden, ob die Genossenschaft ein dieser Krise gewachsenes wirtschaftliches Alternativsystem bieten kann.

Das System von Schulze-Delitzsch ist nicht als ein von ihm abgeschlossenes System⁴ zu

¹Vgl. HOFINGER, Hans / Andrea Karner / Peter Weiß (Hrsg.): Aus Erinnerung wird Zukunft. Zum 200. Geburtstag von Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883). Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 31. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 2009. S. 76

² Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang (1818-1890). Die geistigen Grundlagen der christlichen Sozialreform. Wien: Verlag Herder & Co., 1990. S. 144ff

³ Vgl. BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. Der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit. In: Ferd. Lassalle's Reden und Schriften. Dritter Band, Erster Abdruck. Berlin: Verlag von Reinhold Schlingmann, 1893

⁴ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“ – eine Pionierleistung Schulze-Delitzschs. In: Schulze-Delitzsch. Ein Lebenswerk für Generationen. Wiesbaden: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hrsg.), 1987. S. 74f

sehen. Es entstand aus einer sozialen Not heraus und wurde im Zuge der Umsetzung angepasst bzw. verändert. Daher lassen sich auch Schwächen aufzeigen, die aber auf keinen Fall als negativ gesehen werden sollen, da der Grundgedanke ein sozialer war und jeder assoziative Gedanke, der einer Gesellschaft aus der Not hilft, wertvoll ist. Die Strömungen, die sich daraus entwickelt haben können nicht hoch genug bewertet werden und in Betracht der Tatsache, dass sich das System in der praktischen Anwendung weiterentwickelt hat und nach fast 200 Jahren immer noch aktuell ist, ist ein Beweis dafür, dass die Vorzüge überwiegen.

Eine gesellschaftliche Veränderung soll durch eine soziale Besserstellung der Arbeiter erreicht werden, die auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufbaut. Das Prinzip der Selbsthilfe beinhaltet die drei Aspekte der Selbstkontrolle, Selbstverantwortung und Selbstinitiative⁵. Standbeine, die rein durch das Wesen der Menschen erreicht werden können. Es braucht dafür keinen Einfluss und keine Hilfestellung von außen. Die Freiheit des Einzelnen, der eingegliedert ist in eine Gesellschaft, bildet den Nährboden für eine soziale Besserstellung der armen Gesellschaftsschichten.

Das assoziative, auf Selbsthilfe aufbauende System wurde aber auch von anderen Persönlichkeiten vertreten und weiterentwickelt wie Wilhelm Friedrich Raiffeisen, Victor Aimé Huber, Karl von Vogelsang und Ferdinand Lassalle.

Sie alle sehen in der Genossenschaft eine Möglichkeit für die Verbesserung von sozialen Notständen. Das Ziel der Verbesserung ist ihnen allen eigen, die Wege sind mit unter unterschiedlich.

Der wichtigste Vertreter unter ihnen ist Friedrich Wilhelm Raiffeisen⁶, dessen System sich im landwirtschaftlichen Bereich etabliert und weltweite Anerkennung gefunden hat. Trotz des gemeinsamen Bestrebens einer Linderung der sozialen Not, kam es zwischen ihm und Schulze-Delitzsch zu divergierenden Auffassungen, die zu Spannungen führten, die im Folgenden ein wenig beschrieben werden sollen.

Auch zwischen Schulze-Delitzsch und Ferdinand Lassalle gab es gravierende Auffassungsunterschiede die in gedruckter Form erhalten sind und deren Inhalt ich hier in Teilen wiedergeben möchte, da es sehr gut die unterschiedlichen Zugänge aufzeigt.

Beschäftigt hat mich auch die Frage nach der letzten Begründung der Handlungen dieser wichtigen Sozialphilosophen, Sozialpolitiker und Sozialdenker. Das heißt, aus welchem Denken heraus haben sie ihre Systeme entwickelt. Hier gibt es zumindest zwei Wege die Auslöser gewesen sein können. Bei Raiffeisen und Vogelsang sowie Kolping ist eine christliche

⁵ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 75f

⁶ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. 3., überarbeitete und stark erweiterte Auflage. Frankfurt a. M.: Verlag Fritz Knapp, 1977. S. 235-255

Erziehung und ein großes Vertrauen in Gottes Werk prägend gewesen. Kolping war selbst Geistlicher, Raiffeisen und Vogelsang bekleideten selbst keine kirchlichen Ämter, waren aber durch die Erziehung und den Glauben stark geprägt worden.

Raiffeisen begründete sein System zunächst auf dem Prinzip der Wohlfahrt bzw. dem Auftrag der Nächstenliebe⁷. Vogelsang forderte eine christlich soziale Reform der Gesellschaft⁸. Er war der Überzeugung, dass kein neues Gesellschaftsmodell entwickelt werden müsse, sondern dass alle notwendigen Anleitungen und Hinweise in der christlichen Glaubenslehre zu finden sind. Sie müssten nur wieder gelehrt und umgesetzt werden.

Bei Schulze-Delitzsch lässt sich eine solche christliche Motivation nicht nachweisen, er hat sie aber auch nie abgelehnt. Ein Einfluss kann nicht geleugnet werden. Als liberaler Politiker und liberaler Denker, sprach er sich für die Gleichheit der Menschen aus.

Lassalle war Sozialdemokrat und forderte die Gleichheit der Gesellschaft. Er sprach sich gegen jede Form der Unterdrückung und Bevormundung aus und forderte eine politische Revolution in der die Arbeiterschaft die Herrschaft übernehmen sollte.

In Gott sah er selbst eine Beschränkung der menschlichen Freiheit und Eigenständigkeit. Sein Antrieb war der eines Humanisten.

Für die Gegenwart stellt sich die Frage: Kann die Genossenschaft die Vollmenschlichkeit, wie sie Messner in seiner Naturethik darstellt, befördern?

⁷ Vgl. ebd. S. 235-255

⁸ Vgl. BADER, Erwin: Die Karl v. Vogelsang. S 60-71

2. Historischer Rückblick

Das Fundament für die Genossenschaftsidee wurde in der Neuzeit durch zwei Entwicklungen möglich und auch notwendig. Die eine Entwicklung war die französische Revolution, die dem Einzelnen mehr Freiheiten bringen sollte. Die andere Entwicklung war die industrielle Massenfertigung, die durch die Entwicklung der Dampfmaschine begründet worden ist. Dies hatte massive Auswirkungen auf zwei unterschiedliche Wirtschaftszweige – die Landwirtschaft und den Handwerkerstand. Beide waren durch diese beiden Entwicklungen vor große Schwierigkeiten gestellt die nur durch eine Neuorganisation behoben werden konnten.

2.1. Historischer Rückblick – Auswirkungen der französischen Revolution

Die französische Revolution war die wichtigste Revolution in Europa. Sie richtete sich gegen die überkommenen Staatensysteme in Europa und machte den Weg frei für eine Industriegesellschaft sowie die Entwicklung einer sozialen Bewegung⁹. Die von Liberalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft begleitete Gesellschaftskritik und Staatstheorie wie sie von Montesquieu, Voltaire und Rousseau vorgeschlagen wurde. Ausgelöst wurde die Revolution durch eine Finanzkrise im Jahr 1789.

Die Folgen der Revolution, die 1799 endete, waren einschneidend, umfassten alle Bereiche des Lebens und hatten ihre Auswirkungen in ganz Europa.

Durch die französische Revolution, in der die Freiheit des Einzelnen gefordert worden ist, entwickelte sich nach und nach auch das Verlangen nach einer wirtschaftlichen Freiheit. Dies zeigt sich insbesondere im Begriff des Liberalismus. Die Freiheit des Einzelnen soll dem Menschen zu seiner eigenen Entwicklung verhelfen. Diese Freiheit und Selbständigkeit umfasst neben der geistigen auch die wirtschaftliche Freiheit.¹⁰ Dem Staat fällt dabei die Rolle zu, ein Fundament zu bieten, allen Menschen die innerhalb der Gesellschaft leben, gleiche Voraussetzungen zu bringen. Dabei soll der Einfluss des Staates so gering als möglich gehalten werden.

2.1.2. Die Folgen für den Humanismus

Die humanistischen Forderungen der Revolution waren eher in den städtischen Räumen zu finden. Der Mensch war ein Einzelwesen und niemandem hörig. Er war dazu angehalten,

⁹ Vgl. FUCHS, Konrad / Heribert Raab: Wörterbuch zur Geschichte. 10. Auflage. München: Verlag dtv, 1996. S. 253f

¹⁰ FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 33ff

seine Vernunft zu gebrauchen. Alle Menschen hatten nach den Forderungen der Liberalen die gleichen Rechte. Die Gedanken waren frei, der Einzelne konnte selbst über sich entscheiden.

In vielen Ländern wurde die Monarchie in Frage gestellt, den Menschen sollte die Möglichkeit gegeben werden, selbst an der Leitung des Staates mitzuwirken. Die Demokratie sollte dafür das entsprechende Fundament bieten.

Die oben schon erwähnten Philosophen entwickelten neue Staatstheorien in denen Bedürfnisse der Menschen besser verwirklicht werden sollten.

Denker dieser Zeit erhoben den Einzelnen zu einem individuell denkenden Wesen. Jeder Mensch erhielt so die persönliche Freiheit, selbst für sich verantwortlich zu sein. Nicht Gott leitet den Menschen durch das Leben, sondern der Mensch selbst ist Akteur und Verantwortlicher seines eigenen Lebens. Solche Forderungen führten zu einer Neupositionierung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft und gegenüber jeder Instanz, auch einer metaphysischen. Diese Forderungen stellten das bisherige Denken in Frage und brachten das ganze Gesellschaftssystem ins Wanken. Immanuel Kant versuchte den Menschen in den Kritiken einen Weg der Vernunft zu zeigen, wie ihre Handlungen zu bewerten und beurteilen seien. Hegel suchte nach den Grundsätzen der Vernunft, des Geistes, der Wahrnehmung usf.

Gott wurde nicht mehr unumwunden als der Schöpfer der Welt angesehen. Kant sagt, nicht die Dinge zeigen sich dem Menschen, sondern der Mensch macht sich die Dinge. Gegenstände erscheinen den Menschen so, wie sie gesehen werden möchten. Der Mensch wird wahrgenommen als ein reflektiertes Wesen.

2.1.3. Die Bauernbefreiung

Die Bauern hatten unter den Folgen der Revolution besonders zu kämpfen¹¹. Sie hatten zwar die Freiheit erlangt, zahlten dafür aber einen hohen Preis. Denn die Lehnsherren ließen sich den von den Bauern bewirtschafteten Grund abkaufen. Dies führte zu einer Überschuldung des gesamten landwirtschaftlichen Bereiches. Denn die Bauern hatten bis dahin kein eigenes Vermögen. Grund und Boden sowie alle notwendigen Güter wurden von den Lehnsherren zur Verfügung gestellt. Die Bauern lieferten als Gegenleistung große Teile ihrer Erträge ab. Dazu fehlte es auch vielen Bauern an dem notwendigen wirtschaftlichen Wissen zur Führung eines solchen Betriebes. Der Bauer konnte die notwendigen Waren nicht mehr tauschen, er musste, wenn er Werkzeug, Hilfe, Dienstleistungen erforderte, seine eigenen Produkte erst zu Geld machen, um diesen Ertrag für andere Waren einzutauschen. Er war somit nicht mehr nur Produzent, sondern auch Händler. Bauern hatten es besonders schwer, da

¹¹ ebd. S. 323f

sie auch nicht den Standort wechseln konnten, wenn sie anderswo bessere Bedingungen vorgefunden hätten.

Neben dem Problem der mangelnden Liquidität wurden die Grundstücke immer kleiner, da zur Schuldendeckung Grundstücksteile verkauft werden mussten oder den Nachkommen, in Ermangelung der Barmittel, Grund und Boden vererbt worden ist. Damit wurde die nutzbare Fläche für den Einzelnen immer kleiner und die Erträge reichten für die Ernährung der Familie nicht mehr aus. Die Bauern gerieten an Wucherer, die daraus Kapital schlagen konnten und die Landwirte noch mehr in die Verschuldung trieben. Zudem hatten die Bauern keinerlei Absicherung gegenüber Missernten bzw. Natureinflüssen. Durch die entstandene Mobilität, sahen sich die Bauern sich am regionalen Markt neuen Konkurrenten gegenüber, die ihre Waren aus entfernten Gebieten am Markt zu verkaufen versuchten¹².

Allgemein kann man sagen, dass die Bauern mit der erworbenen Freiheit anfänglich nicht viel anfangen konnten. Forderungen und Hiobsbotschaften, welche die Freiheit des Einzelnen in den Vordergrund stellten, basierten auf Ideen, aber praktisch brachte es den Bauern sehr viele neue Schwierigkeiten.

2.1.4. Die Freiheit

Mit der neu gewonnenen Freiheit war besonders die ländliche Bevölkerung überfordert. Die Ausbildung war vor allem im landwirtschaftlichen Bereich gering und die Strukturen der Verwaltungen waren für demokratische Systeme anfänglich noch nicht ausgerichtet.

Die erste Republik in Frankreich beispielsweise wurde bald durch die Alleinherrschaft der Jakobiner abgelöst, die vom 2.6.1793 bis zum 28.7.1794 regierten¹³. Damit soll nur darauf hingewiesen werden, dass Revolutionen, wie auch Bader¹⁴ sagt, in der Regel eine Verleumdung der Vergangenheit und der Gegenwart mit sich bringen, ohne jedoch ein Konzept für die Zukunft erarbeitet zu haben, und alle bisherigen gesellschaftlichen Institutionen in Frage stellen.

Die Freiheit begann sich erst langsam zu entwickeln. Nach den Jahrhunderten der Herrschaft waren einfache Menschen nicht gewohnt, in Freiheit zu leben. In Deutschland und Österreich kam diese Freiheit nach der Revolution von 1848.

Aus dieser entstandenen Freiheit heraus bildete sich das Fundament für den genossenschaftlichen Zusammenschluss. Die Menschen konnten so lernen mit dem Begriff der Freiheit umzugehen. Alleine war es schwieriger, als in der Assoziation wie sie von Huber angedacht war¹⁵.

¹² Vgl. ebd. S. 324

¹³ Vgl. FUCHS, Konrad / Heribert Raab: Wörterbuch zur Geschichte. S. 254

¹⁴ Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 77

¹⁵ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 167-193

Für eine freie Gesellschaft ist jedoch mehr notwendig, als nur die Menschen für frei zu erklären. Es bedarf daneben der notwendigen Schritte, diese Freiheit zu festigen und entsprechend einsetzen zu können. Für den Gebrauch der Freiheit ist Bildung erforderlich, um die Menschen auf die Verantwortung vorzubereiten. Alle diese Aufgaben erkannten die Genossenschaftsgründer, allen voran Victor Aimé Huber.

Freiheit bedeutet hier aber einerseits die persönliche Freiheit in Form von Bewegungsfreiheit, Redefreiheit, Gedankenfreiheit, Religionsfreiheit usw., aber auch die politische Freiheit wie sie vor allem in der Demokratie verwirklicht werden sollte. Auch hierfür ist die Bildung ein wichtiges Fundament zur Festigung.

Die Freiheit wird in dieser Zeit der Entwicklung aus zwei Richtungen her gesehen. Auf der einen Seite steht Schulze-Delitzsch mit seiner liberalen Einstellung¹⁶ in der jedem Menschen die größtmögliche persönliche Freiheit gewährt werden soll. Auf der anderen Seite steht eine vom Christentum inspirierte, „sozial verstandene Freiheit“¹⁷ wie sie von Ketteler, Marx, Lassalle und Vogelsang vertreten wird. In der christlich-sozialen Freiheit geht es darum, jedem Menschen gesetzlich, oder zumindest moralisch ein Mindestmaß an Wohlstand zuzusprechen. Das heißt, dass der Staat bzw. eine andere Institution für die Versorgung der Menschen verantwortlich ist.

2.2. Die Auswirkungen der industriellen Revolution

Die Entwicklung der technischen Fertigung durch die Erfindung der Dampfmaschine hat ebensolche Auswirkungen auf die Gesellschaft gehabt wie die geistigen Folgen der französischen Revolution. Sowohl in der Landwirtschaft, als auch in den handwerklichen Betrieben kam es zu einer notwendigen Neuorientierung.

Die Landwirtschaft war betroffen durch die aufkommende Konkurrenz, die neben der ohnehin schon schlechten finanziellen Ausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe eine zusätzliche Gefahr darstellte. Die Transportkosten verringerten sich durch den Bau von Eisenbahn und die Schifffahrt. Daher war es möglich, zu günstigen Preisen die Produkte über weitere Strecken zu den Märkten zu bringen. Dass der einzelne Bauer dies nutzen könnte, wäre eine Vereinigung notwendig gewesen. In den meisten Fällen aber waren die Betriebe derart verkleinert worden, dass die Versorgung in vielen Fällen gerade für den Eigenbedarf ausreichte. Erschwerend kamen schlechte Ernten dazu¹⁸.

¹⁶ Vgl. ebd. S. 54

¹⁷ Vgl. ebd. S. 47

¹⁸ Vgl. ebd. S. 327

Im Handwerk waren die Probleme ähnlich dramatisch. Durch die maschinelle Produktion konnten die Produkte günstiger und rascher hergestellt werden. Viele Menschen aus der Landwirtschaft, aber auch ehemalige Meister und Gesellen waren gezwungen, in die Fabriken arbeiten zu gehen um den Lebenserhalt zu sichern.

Dabei waren die Bedingungen in den Fabriken schlecht. Die Arbeitszeiten betragen bis zu 16 Stunden täglich, an 6 Tagen die Woche. Eine medizinische Versorgung war nicht vorhanden und die Entlohnung war so schlecht, dass es in vielen Fällen für die Familie nicht reichte.

Daneben schufen die Fabriken auch ein soziales Problem. Rund um die Fabriken entstanden die Wohnviertel der Arbeiter, die meistens aus dem Umland kamen. Sie hatten keine Perspektive und keine Ausbildung. Durch die ständig wachsende Unterdrückung und Unzufriedenheit stellten sie zunehmend auch eine Gefahr für die innere Sicherheit da.

Dazu waren die Arbeiter genossenschaftlich oder gewerkschaftlich nicht organisiert, konnten also gegen die Umstände nicht vorgehen¹⁹.

2.2.1. Die Arbeiterfrage

Die Arbeiterfrage stellte sich durch die Errichtung der Fabriken. Die Arbeiter waren in großer Zahl rund um die Industriezentren anzutreffen und hatten keine Perspektive aus der schlechten Situation die sich ihnen bot, zu entkommen. Sie rutschen immer tiefer in das soziale Elend hinein und häufig sahen sich auch die Gemeinden verpflichtet die Arbeiter besonders im Alter oder bei Krankheit unterstützen²⁰.

Das Gros der Arbeiter hatte keine Möglichkeit einer Bildung, die medizinische Versorgung war schlecht und die finanziellen Verhältnisse ließen keine Linderung der Not zu. In vielen Fällen reichte der Lohn nicht einmal zur Ernährung der Familie.

Da ging es den Landwirten besser, denn sie konnten selbst Lebensmittel produzieren. Die Arbeiter hatten in den meisten Fällen eine solche Möglichkeit nicht. Denn die Wohneinheiten hatten keinen Garten. Oftmals lebte eine Familie in einem Raum.

Schulze-Delitzsch beschreibt die Situation wie folgt:

Die Hauptklage eines großen Teiles der Arbeiter, der wir hier begegnen, ist das Ungenügende ihres Verdienstes, welches gar viele mit ihren Familien hart genug trifft. Wohnung, Nahrung und Kleidung sind von vielen von Ihnen knapp, ja kärglich zugemessen und stehen nicht in dem rechten Verhältnis zu den Ansprüchen, die man an Ihre Arbeitsleistungen, an Ihre Kraft und Gesundheit macht. Um dass Notwendigste zu erschwingen, müssen die Kräfte der einzelnen oft über das Maß angestrengt werden. Die Arbeitszeit muß, um durchzukommen, auf eine Länge ausgedehnt werden, daß alsdann für die Erho-

¹⁹ Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 81

²⁰ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. Band 2. Frankfurt a. M.: Verlagsbuchhandlung Guttentag, 1910. S. 95

lung und für weitere Bildungsbestrebungen keine oder nur eine sehr ungenügende Zeit bleibt.²¹

2.2.2. Eigentum und Kapital

Sowohl Eigentum als auch Kapital sind die Grundvoraussetzungen um aus der sozialen Not zu entkommen. Sie können synonym für die wirtschaftliche Freiheit genommen werden.

Denn durch Eigentum und Kapital können sich die Menschen unabhängig machen und ihren eigenen Fähigkeiten nachgehen. Fourier, Blanc, Huber, Schulze-Delitzsch und andere Sozialpolitiker haben dies erkannt und versucht, den Menschen die Möglichkeit zu geben, selbst Eigentum und Kapital zu erwirtschaften. Dafür aber brauchen sie finanzielle Sicherstellungen die sie aber mangels Eigentum nicht vorweisen können. Auf den Anspruch der Notwendigkeit von Eigentum wird an einer anderen Stelle näher eingegangen.

In der Gründerzeit der Genossenschaften war das Eigentum ungleich verteilt. Adel und Aristokratie verfügten über den Großteil des verfügbaren Vermögens, wohingegen der Großteil der Gesellschaft mittellos war.

Der Begriff des Kapitals in Zusammenhang mit dem Eigentum brachte in der Geschichte auch verschiedene Interpretationen zutage. Ein Teil sah das Kapital als den Grund des Übels, insbesondere Marx und Lassalle²², andere Teile wiederum, zu denen sich auch Schulze-Delitzsch zählte, sah im Kapital die Chance der Veränderung der Not²³.

²¹ ebd. S. 90f

²² Vgl. BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. Der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit. S. 45ff

²³ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 45f

3. Antworten auf die neuen Herausforderungen: das Modell der Genossenschaft und ihre Ausprägungen

Die Genossenschaften sind ein bereits seit der Antike bekanntes Modell, um soziale und ökonomische Ziele einer Gruppe zu erreichen²⁴. Der wichtige Unterschied zu anderen Unternehmensformen ist darin zu sehen, dass bei Genossenschaften der Mensch im Zentrum des Interesses steht.

Die Ursprünge der Genossenschaften sind so alt wie die Gesellschaften, zu denen sich die Menschen im Laufe der Evolution zusammengeschlossen haben.

Im altägyptischen Reich wurden Handwerkern Zünfte nachgewiesen, die genossenschaftlichen Charakter hatten. In Babylon gab es landwirtschaftliche genossenschaftsähnliche Institutionen und im antiken Griechenland war das Vereinswesen weit verbreitet²⁵.

Das althochdeutsche Wort Genossenschaft „Ginoz“ führt auf die ursprüngliche Bedeutung des Wortes hin, die Viehweide, die im Gemeinschaftsbesitz einer Familie, einer Sippe oder Gruppe war²⁶.

„Die Familie ist die ursprünglichste, urälteste menschlich-sittliche Genossenschaft, zugleich eine allgemein menschliche; denn mit der Sprache und dem religiösen Glauben finden wir die Familie bei allen Völkern der Erde wieder“ schreibt Riehl im Jahr 1855²⁷.

Das Verständnis der modernen Genossenschaften, hat eine stark christliche Prägung, die auf die Klostergründungen zurückgeht. Die Mönche haben, sobald sie in den klösterlichen Orden eingetreten sind, ihr Vermögen mitgebracht und in die Gemeinschaft eingebracht. Besonders die Benediktiner sind so zu Wohlstand gekommen. Ihre Aufgabe sahen sie darin, den Armen zu helfen. Die Klöster haben aber in den meisten Fällen auch Gewerbe betrieben, besonders das Brauen von Bier, das Keltern von Wein und die Holzwirtschaft. Durch die Zerschlagung der Klöster durch ein Dekret Joseph II. wurden die Ideen ins Volk getragen. Als Folge der französischen Revolution mussten sich die Ideen der Genossenschaften sowie deren Mitglieder im Verborgenen halten²⁸. Die Idee der Genossenschaften wurde daraufhin von Marx und Engels aufgenommen und von dem christlichen Gedanken bereinigt. So entstand beiläufig eine Idee mit zwei völlig unterschiedlichen Zugängen und Handlungsweisen. Die liberale Richtung bestärkte sich im Glauben an die Selbsthilfe und sah auch weiterhin die

²⁴ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 18ff

²⁵ Vgl. ebd. S. 19

²⁶ Vgl. ebd. S. 20f

²⁷ zitiert nach W.H. Riehl: „Naturgeschichte des deutschen Volkes“. In Helmut FAUST: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 21

²⁸ Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 149

Nächstenliebe und Freiheit als wichtige Grundfeste. Die sozialdemokratische Richtung²⁹ wollte den Menschen von dem Glauben und der sozialen Ungleichheit durch die Massenproduktion und das Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis befreien.

Eine Genossenschaft soll Dienstleistungen anbieten³⁰, die dem Wohl des einzelnen Mitgliedes dienlich sind. Ökonomischer Erfolg ist hier auch von Bedeutung, aber erst hinter dem Wohl des einzelnen Mitgliedes. Es steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Zentrum der Bestrebungen. In den meisten Fällen heißt dies, Notstände zu beheben.

Eine Genossenschaft eignet sich daher, Missstände zu beseitigen. Vogelsang, der christliche Sozialpolitiker sagt:

die Idee der Genossenschaft ist ein notwendiges, kein zufälliges oder willkürliches Prinzip, wonach ein Gemeinwesen überhaupt erst ein solches zu sein beginnt, es ist „unausrottbar“ (Vogelsang); der Kampf dagegen ist der Kampf gegen das eigene Sein selbst, ist nur als Selbstvernichtung möglich und hat seine Grenze darin, daß auch der Egoist geneigt ist, sich der Unbeugsamkeit der Wirklichkeit zu fügen, also seine eingebildeten Prinzipien nicht zur letzten Konsequenz zu treiben³¹.

Eine Genossenschaft ist ein offenes System³² – das heißt jeder Interessent kann Mitglied werden und so in den Genuss der angebotenen Leistungen kommen. Dafür erforderlich ist eine Einlage, die in die Genossenschaft eingebracht werden muss und die nach dem Austritt wiederum verzinst rückerstattet wird. Hier gibt es eine Unterscheidung zwischen dem System Schulze-Delitzsch und dem System Raiffeisen³³.

In der Anfangszeit waren die Genossenschaften auf ein reines Mitgliedergeschäft ausgelegt. Um die Leistungen nutzen zu können, musste eine Mitgliedschaft abgeschlossen werden. Es war aber auch notwendig, einen Bedarf anzuzeigen. Damit sollte verhindert werden, dass Genossenschaften zu Spekulationsobjekten wurden. Die Genossenschaften wurden anfänglich ehrenamtlich von den Mitgliedern geleitet und unterlagen dem Vereinsgesetz. Dennoch gab es schon damals die Forderungen nach einem Genossenschaftsgesetz³⁴. Fehlende gesetzliche Regelungen brachten vor allem in der Anfangszeit viele Schließungen und Schwierigkeiten mit sich.

Durch die gesetzliche Position eines Vereines bestand nur eine lapidare finanzielle Rechtfertigungspflicht. Das heißt, die Genossenschaften unterlagen keiner all zu strengen Kontrolle und das führte zu einiger Misswirtschaft. So wurde im Jahr 1873 in Österreich ein Genossenschaftsgesetz verabschiedet. In ihm war geregelt, dass sich die Genossenschaften durch

²⁹ Vgl. BALTZAREK, Franz: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften. In: Handbuch des österreichischen Genossenschaftswesens, Mario Patera (Hrsg.). Wien: Verlag Orac, 1986. S. 8

³⁰ Vgl. ebd. S. 5f

³¹ BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 148

³² Vgl. BALTZAREK, Franz: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften. S. 5

³³ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 347-352

³⁴ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 88f

so genannte Revisionsverbände prüfen lassen mussten. Diese Verbände waren staatlich unabhängig und übernahmen die Aufgabe der finanziellen Kontrolle der Genossenschaften. Die meisten Genossenschaften traten freiwillig einem Revisionsverband bei, um so auch gegenüber den Mitgliedern mehr Transparenz anbieten zu können³⁵. Die damit eingegangene Selbstkontrolle brachte ihnen mehr Vertrauen besonders gegenüber den Kapitalgebern wie beispielsweise externen Banken, aber auch vermögenden Privatiers. Damit konnte einerseits auf die Bedürfnisse der Genossenschaften besser und genauer eingegangen werden, auf der anderen Seite aber erschwerte es die missbräuchliche Verwendung von Genossenschaften und ihren Erträgen.

Das Genossenschaftsgesetz umfasst alle Formen einer Genossenschaft:³⁶

Produktivgenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Kreditgenossenschaften, Bau-Wohnung- und Siedlungsgenossenschaften, Nutzungsgenossenschaften, Verwertungsgenossenschaften, Verkaufsgenossenschaften, Einkaufsgenossenschaften und Warengenossenschaften.

Die unterschiedlichen Formen von Genossenschaften ergeben sich aus den unterschiedlichsten Förderaufträgen. Beispielsweise sind in der Landwirtschaft andere Aspekte von Bedeutung als bei einem städtischen Handwerker. So entwickelten sich unterschiedliche Systeme, die aber dem Auftrag nach, das Ziel der Hilfe der Mitglieder zu befördern, folgen.

3.1. die häufigsten Arten von Genossenschaften

Produktivgenossenschaften

Diese waren die ursprüngliche Form der, von Schulze-Delitzsch angedachten Genossenschaften. Dabei schließen sich mehrere Handwerker zu einer Genossenschaft zusammen, um günstiger Waren zu produzieren und diese dann gemeinschaftlich zu verkaufen. Der Unterschied zu den Erwerbgenossenschaften ist der, dass der Gewerbebetrieb auf eigene Rechnung produziert. Die Handwerker sind nicht vor dem Beitritt schon selbständig gewesen und sollten, durch den Beitritt in eine Genossenschaft lediglich einen Ein- und Verkaufsvorteil erreichen, sondern sie sind Arbeiter und Mitglieder der Genossenschaft. Damit möchte Schulze-Delitzsch, nicht wie in der französischen Revolution gefordert, die Eigentumswerte aufheben, sondern dem Handwerker die Möglichkeit einer Eigentumsbildung geben³⁷. Problem an dem System ist, dass alle Mitglieder gleichberechtigt sind. Das heißt, für alle Entscheidungen ist nicht nur eine Mehrheit notwendig, sondern die Zustimmung aller Mitglieder. Je größer die Genossenschaft ist, umso schwieriger daher eine Entscheidungsfindung.

³⁵ Vgl. BALTZAREK, Franz: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften. S. 24f

³⁶ Vgl. DELLINGER, Markus (Hrsg.): Genossenschaftsgesetz samt Nebengesetzen. Kommentar. Wien: Verlag LexisNexis, ARD Orac, 2005. S. 30f

³⁷ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 72f

bezeichnet. Im Zentrum stehen hier Dienstleistung bzw. die Produktion und Vertreibung von Waren.

Demgegenüber stehen Kreditgenossenschaften und Baugenossenschaften

Konsumgenossenschaften

Konsumgenossenschaften wurden in Österreich anfänglich von Beamten und Arbeitern gegründet um die Güter für den täglichen Gebrauch in großen Mengen günstiger einzukaufen und an ihre Mitglieder abzugeben. Zunächst waren die Geschäfte auf die Mitglieder beschränkt, in Notzeiten wie zum Beispiel zur Zeit des 1. Weltkrieges wurden sie für die Gesamtbevölkerung geöffnet. Es griff die Regierung auf das System der Konsumgenossenschaften zurück, um eben so die Bevölkerung, besonders die in der Kriegsindustrie arbeitende, zu versorgen.

Durch die Unterstützung der Konsumgenossenschaften in Österreich, durch Karl Renner, ist auch hier eine Nahebeziehung zur Sozialdemokratie entstanden.

Nach dem 1. Weltkrieg wurden auch Schritte in Richtung einer gesamtgenossenschaftlichen Organisation angedacht.

Diese Form der Genossenschaften waren besonders im städtischen Raum angesiedelt, da dort die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln besonders schwierig war.

Spar- und Kreditgenossenschaften

Haben die Funktion, den Handwerkern, Arbeitern und Bauern die notwendigen Geldmittel für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Dies erfolgt einerseits durch die Einlagen der Mitglieder in die Genossenschaft, aber auch durch Fremdfinanzierung der Genossenschaft. Hintergrundgedanke ist, dass mehrere Handwerker bzw. Arbeiter zusammen leichter einen Kredit bei einer Bank nehmen können, da sie auch mehr Sicherheiten vorlegen können. Schulze-Delitzsch ging ursprünglich von der Solidarhaftung aus. Das heißt, alle Mitglieder haften mit ihrem vollen Besitz für die Genossenschaft. Er war von dieser Art überzeugt, da er meinte, die Mitglieder sähen darin eine zusätzliche Motivation einer erfolgreichen Geschäftstätigkeit, da sie sonst alle ihr Hab und Gut verlieren würden. Dies wirkte in der Praxis eher abschreckend und Schulze-Delitzsch ließ daraufhin nach seinen Statuten auch eine beschränkte Haftung zu, obwohl er selbst davon nicht überzeugt war und das System der Solidarhaftung weiterhin vertrat.

Ein weiterer Unterschied zwischen Raiffeisen und Schulze-Delitzsch liegt darin, dass Schulze-Delitzsch die jährlichen Dividenden an die Mitglieder ausschüttete. Diese Dividenden waren die Umsätze abzüglich einem Beitrag für einen Reservefond und abzüglich aller sonsti-

gen Aufwendungen. Raiffeisen hingegen schüttete an seine Mitglieder keine Dividenden aus, sie bekamen ihren eingezahlten Betrag unverzinst beim Austritt aus der Genossenschaft zurück.

Die Gewinne bei Raiffeisen speisten einen Fond, der in der heutigen Zeit beispielsweise für Förderungen herangezogen wird.

In den ersten Jahren waren die Kreditgenossenschaften Kapitalschwach und konnten nur kleine und sehr kurzfristige Darlehen an die Mitglieder abgeben. Die Kreditsummen, die ausgegeben werden konnten, waren sehr gering und die Kreditdauer belief sich auf Zeiträume zwischen zwei Wochen bis hin zu maximal sechs Monaten. Kredite wurden beispielsweise dafür verwendet, den Lohn der Angestellten zu bezahlen oder die Forderungen der letzten Lieferung zu begleichen. Die Höhe des Zinses war etwa 14 1/3% p.a. begrenzt, was für damalige Zeit gerecht und erschwinglich war. Bei Wucherern wurden Zinsen bis zu 730% p.a.³⁸ fällig gestellt.

Durch das reine Mitgliedergeschäft ergaben sich geringere Spareinlagen, als wenn sie sich wie die Sparkassen, allen Personen geöffnet hätten, dafür aber behielten sie eine Freiheit und Eigenständigkeit. Für das geliehene Geld bestand eine Solidarhaftung. Daher war eine offene Mitgliedschaft wie sie später bei den Konsumgenossenschaften bestand, nicht möglich³⁹.

Als idealen Genossenschaftstyp betrachtete Schulze-Delitzsch die Produktiv-Genossenschaft. Nur in ihr sah er die Prinzipien bestmöglich vertreten. Schulze-Delitzsch selbst bezeichnet die Produktiv-Genossenschaft⁴⁰ als die höchste Form der Genossenschaften. In ihr ist es möglich, dass auch das mittellose Mitglied aufgenommen werden kann, da als Sicherheit für den Vorschuss seine eigene Arbeitskraft ausreichend ist. Damit ist der Handwerker in der Lage, sich alleine durch seine eigene Leistung eine Zukunft aufzubauen. Der wichtigste Wert ist die menschliche Arbeitskraft – eine Leistung, die jeder gesunde Mensch sicherstellen kann. Damit ist er befreit von jeder Form der Wohltätigkeit, sei es durch den Staat in Form der Gesellschaft oder einer karitativen Einrichtung. Die Ansprüche, die jeder Genossenschaft zugrunde liegen müssen, sind nach Baltzarek zitiert⁴¹:

1. offene Mitgliedschaft auf freiwilliger Basis, die jederzeit freien Ein- und Austritt gewährt, damit aber gleichzeitig fixiert, daß das Kapital in den Genossenschaften veränderlich ist.
2. Demokratische Verwaltung, d.h. eine Stimme für jedes Mitglied, Männer wie Frauen gleich, egal wie viele Anteile ein Mitglied gezeichnet hat, das Mehrheitsprinzip entscheidet in der Abstimmung,
3. Rückvergütung nach Maßgabe des Geschäftsverkehrs im Verhältnis zum Warenbe-

³⁸ Vgl. ebd. S. 81

³⁹ Vgl. ebd. S. 101ff

⁴⁰ Vgl. ebd. S. 72

⁴¹ BALTZAREK, Franz: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften. S. 5f

zug

4. Politische und religiöse Neutralität,
5. Beschränkung der Kapitalverzinsung, da Ablehnung des Profitstrebens. Nicht die Dividende ist das angestrebte Ziel, Gewinnstreben ist dem Förderungszweck untergeordnet. Kapital ist zwar nicht unentbehrlich, hat aber keine beherrschende Stellung,
6. Barzahlung und gerechter Preis
7. Förderung des genossenschaftlichen Fortbildungswesens: Erziehung zum Gemeinsinn

Die Mitglieder der Genossenschaft sind Produzenten und Genossenschafter in einer Funktion. In ihr werden mit Hilfe der Genossenschaft die notwendigen Güter günstiger eingekauft und in Folge zu fertigen Produkten verarbeitet. Diese Produkte werden dann ebenso in der Genossenschaft verkauft. Die Genossenschaft übernahm in diesem Fall den Einkauf und den Verkauf. Durch die Entwicklung der maschinellen Produktion in den Fabriken gerieten die Handwerker unter Druck, Kosten zu senken um sich gegen das große Auftreten der Massenprodukte zu behaupten.

Den Zünften war es nicht möglich, den Mitgliedern eine Perspektive für die bevorstehenden Veränderungen⁴² zu geben. Durch die Massenfertigung änderte sich das Einkaufsverhalten. Nicht die Nachfrage bestimmte das Angebot sondern das Angebot bestimmt die Nachfrage. Der Kunde bekam eine fertige Auswahl präsentiert aus der er ein Produkt wählen konnte. Ein Handwerker produzierte für gewöhnlich nach Auftrag und nicht fürs Lager. Dies änderte sich durch die maschinelle Fertigung und auch die Handwerker mussten sich darauf einrichten. Die Produktiv-Genossenschaften sollten den Handwerkern den Druck der Industrie ein wenig abfedern helfen. Die geringeren Rohstoffpreise die durch den gemeinsamen Einkauf erzielt werden konnten sowie die gemeinsame Nutzung der Maschinen und Geräte sollte helfen, die Produktionskosten zu senken. Jedes Mitglied hatte die Möglichkeit, die Maschinen, die nicht täglich gebraucht wurden, gemeinsam mit den anderen Mitgliedern zu nutzen. Erworben wurden die Geräte durch die Genossenschaft. Die notwendigen Beträge wurden entweder direkt durch die Mitgliedsbeiträge oder durch Kredite finanziert.

Jedes Mitglied der Genossenschaft hatte das gleiche Mitspracherecht, die Organisation von Einkauf, Verwaltung usw. wurde von den Mitgliedern ehrenamtlich übernommen. Dies führte jedoch zu einigen Problemen, da es in bei größeren Genossenschaften zu Interessenskonflikten führte. Die Statuten schrieben eine Mehrheit bei den Entscheidungen vor. Alle Interessen unter einen Hut zu bringen war meistens schwierig und die Überzeugungsarbeit kostete viel Zeit und verhalf nicht immer zur notwendigen Flexibilität. Schulze-Delitzsch musste bald einsehen, dass sein System in der Praxis nicht durchführbar war. Nur wenige Produktiv-Genossenschaften haben sich halten können. Durchsetzen hingegen konnte sich sein Mo-

⁴² Vgl. ALDENHOFF, Rita: Der Politiker Schulze-Delitzsch. Vorkämpfer der parlamentarischen Demokratie. In: Schulze-Delitzsch. Ein Lebenswerk für Generationen. Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hrsg.): Wiesbaden, 1987. S. 26ff

dell der Kredit-Genossenschaften.

Baugenossenschaften

Entstanden Ende des 18. Jahrhunderts aufgrund der Wohnungsnot der Arbeiter in den Städten. Durch die Industrialisierung wuchsen die Städte rasch an und die zuströmenden Arbeiter hatten entweder gar keine Unterkunft, oder aber waren den Vermietern ausgeliefert und mussten sich deren Willkür unterwerfen. Die Baugenossenschaften erwarben Grundstücke aus den Mitgliedsbeiträgen, die sie an die Mitglieder parzelliert weitergaben. Zudem hatten sie durch ein größeres Einkaufsvolumen auch bessere Preise bei den Lieferanten. Das System hat sich in die Gegenwart gehalten und gibt den Mitgliedern eine leistbare Wohnraumbeschaffung. Dabei wird der Genossenschaftsanteil zu Beginn bei der Genossenschaft hinterlegt, zusätzlich sind monatliche Beiträge an die Genossenschaft zu zahlen. Bei der Rückgabe der Wohnung erhält man die Einlage refundiert. Hier kann vor allem Huber als Begründer erwähnt werden.

Viele Genossenschaften veranlagten die Gelder ihrer Mitglieder und erzielten so auch zusätzliches Vermögen.

Landwirtschaftliche Genossenschaften

Dienten den einzelnen Landwirten zur Überbrückung in Zeiten von Knappheit bzw. Überproduktion. Durch die gemeinsame Lagerung konnte verhindert werden, dass bei Überproduktion die Preise aufgrund des zu großen Angebotes fielen und dass bei Engpässen die Versorgung durch die Möglichkeit der Lagerung länger gesichert werden konnten.

Baltzarek⁴³ führt folgende Untergruppen der landwirtschaftlichen Genossenschaften an, die sich an den Bedarf der jeweiligen Mitglieder anpassten:

Ein- und Verkaufsgenossenschaften

Die Genossenschaft verkauft die landwirtschaftlichen Produkte wie Düngemittel, Saatgut usw. aber auch technisches Werkzeug an die Mitglieder. In Österreich stark vertreten durch die Raiffeisen Lagerhäuser, die heute aber nicht mehr an Mitglieder gebunden sind.

Jede Genossenschaft ist ein „Kind der Not“. Die Gründung geht immer auf die Beseitigung eines Notstandes zurück. Die grundlegende Aufgabe der Genossenschaft liegt in der möglichst raschen Beseitigung der Not.

⁴³ Vgl. BALTZAREK, Franz: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften. S. 89

3.2. Aus dem Blickwinkel des Humanismus

Eine Antwort auf die neuen Herausforderungen, die an die Gesellschaften gestellt worden waren und mit deren Hilfe die Not gelindert werden soll, ist die Idee der Assoziation die von Fourier, Blanc und Victor Aimé Huber im besonderen bei den Produktivgenossenschaften und Wohnbaugenossenschaften für diese Problematik adaptiert worden sind.

3.2.1. Die Assoziation als eine Idee von Charles Fourier und Louis Blanc

Wichtige Vertreter der humanistischen Strömung sind die Franzosen Charles Fourier und Louis Blanc.

Das System der Assoziation unterscheidet sich von dem System der Genossenschaft insofern, als es sich bei dem Begriff der Assoziation um eine spezielle Ausgestaltung der Genossenschaft handelt, nämlich um eine Produktivgenossenschaft⁴⁴. Darauf ist auf den vorigen Seiten schon kurz eingegangen worden.

Charles Fourier entstammt einer reichen Handelsfamilie. Er selbst sah schon früh die Fehlentwicklung des Handels, in dem er die unterschiedlichen Preise für notwendige Produkte beobachtete und den Handel an sich als „Stätten der Lüge“ bezeichnete⁴⁵.

Fourier verstand die Freiheit des Handels nicht und sah auch im Liberalismus kein gerechtes Maß um das Leid der Bevölkerung zu lindern. Im Gegenteil, der Liberalismus öffnete die Schere zwischen Armut und Reichtum nur weiter auf.

Er selbst verlor sein gesamtes Vermögen, das er von seinen Eltern geerbt hatte, erkannte dadurch das Leid der arbeitenden Klassen am eigenen Leib⁴⁶.

Fourier steht dem Privateigentum kritisch gegenüber. Er tritt nicht für eine Abschaffung, aber für eine Wandlung ein.

Die Assoziation sah er als eine Möglichkeit, die Menschlichkeit wieder ins Zentrum des Denkens zu rücken. Seiner Idee nach sollten sich die Konsumenten, die wichtigste und größte Gruppe der an der Wirtschaft teilhabenden, zusammenschließen und für ihre Bedürfnisse selbst aufkommen. Dafür sah er so genannte „Phalanstère“ vor, Hotelähnliche Bauten die 300 bis 400 Familien beherbergen sollten. In diesen Assoziationen produzierten die Menschen die für sie notwendigen Werkzeuge und Rohstoffe. Es handelt sich dabei um eine Konsum- und Produktivgenossenschaft⁴⁷, da die Konsumgüter nicht nur selbst eingekauft und verzehrt werden, sondern die notwendigen technischen Geräte auch von der Assoziation selbst betrieben werden. Da in solchen Gesellschaften die Talente der einzelnen Mit-

⁴⁴ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 158ff

⁴⁵ Vgl. ebd. S. 135

⁴⁶ Vgl. ebd. S. 136

⁴⁷ Vgl. ebd. S. 139

glieder bestmöglich eingesetzt werden könnten, würde sich ein Wohlstand entwickeln „und das Glück der Menschen vollkommen sein.“⁴⁸

Gemeinsam soll so die Menschheit zu Wohlstand und Glück finden. Realisiert wurden seine Ideen nicht. Fourier verstarb mittellos und einsam im Jahr 1837⁴⁹, im Alter von 65 Jahren in Paris.

Louis Blanc erfuhr das Leid, wie auch Fourier, am eigenen Leib, als er versuchte in Paris sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. In diesem Zeitraum schwor er sich, wenn er einmal die Möglichkeit hätte, an dem sozialen Notstand etwas zu verbessern, es tun werde⁵⁰. Über eine Hauslehrerstelle bekam er die Möglichkeit sein journalistisches und rhetorisches Talent zu nutzen und wurde Chefredakteur einer Zeitung, brachte später sogar eine eigene Monatsschrift heraus, um seine politischen Forderungen besser verbreiten zu können⁵¹. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 musste er Frankreich verlassen und seine Rolle als „erster Arbeiter Frankreichs“⁵², als der er gefeiert worden war, war vergessen. 1871 kehrte er nach der Ausrufung der dritten Republik nach Frankreich zurück und wurde als erster Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt⁵³. Dort blieb er bis zu seinem Tode 1882.

Blanc hatte eine andere Wirkung auf die Bevölkerung als beispielsweise Fourier und Saint-Simon, die durch ihre abstrakten theoretischen Erörterungen nicht verstanden worden waren⁵⁴.

Sein genossenschaftliches System baute nicht auf der Selbsthilfe auf, sondern auf der staatlichen Förderung. Denn er sah das größte Übel der Gesellschaft in der freien Konkurrenz⁵⁵. Sie fördere auch die Untugenden der Menschen wie Neid, Hass, Arglist, rücksichtlosen Egoismus usf.

Unter der Aufsicht des Staates sollten industrielle Werkstätten gegründet werden, die nichts anderes als Produktivgenossenschaften waren. Sie sollen die Keimzelle der künftigen Wirtschaft werden und darin auch das Recht auf Arbeit dem Arbeiter sichern⁵⁶. Zweit Zitate von Blanc:

Die Fabriken vernichten das Handwerk, die großen Handelshäuser saugen die kleinen Gewerbetreibenden auf, der Handwerker, welcher sein eigener Herr ist, wird durch den

⁴⁸ ebd. S. 139

⁴⁹ Vgl. ebd. S. 140

⁵⁰ Vgl. ebd. S. 153

⁵¹ Vgl. ebd. S. 153

⁵² Vgl. ebd. S. 154

⁵³ Vgl. ebd. S. 154

⁵⁴ Vgl. ebd. S. 153

⁵⁵ Vgl. ebd. S. 155

⁵⁶ Vgl. ebd. S. 155

Tagelöhner, welcher es nicht ist, ersetzt, der Betrieb mittels des Pfluges wird Herr über den Betrieb mittels des Spatens, und das Feld der Armen fällt in die schädliche Hand des Wucherers. Die Bankbrüche mehren sich, die Industrie wird durch die schlecht geregelte Ausdehnung des Kredits zu einem Spiel, in welchem der Gewinn niemandem, nicht einmal dem Schurken gesichert ist, endlich, diese gewaltige Unordnung, welche so recht eigentlich geschaffen ist, bei allen Neid, Eifersucht, Haß zu erwecken und allmählich alle edlen Gefühle zu ertöten und alle Quellen des Glaubens, der Hingebung, der Poesie zu ersticken ...daß ist das häßliche und nur zu wahre Bild, welches der freien Konkurrenz zu verdanken ist⁵⁷

„die Freiheit besteht nicht in den Paragraphen der Verfassung, sondern in der Macht des Menschen, seine Kräfte auszuüben und zu entfalten unter der Herrschaft der Gerechtigkeit und dem Schutze des Gesetzes“.⁵⁸

Louis Blanc kann als ein Begründer der Sozialdemokratie gesehen werden und er beeinflusste insbesondere Ferdinand Lassalle sehr stark.

⁵⁷ Laurens Emile. Louis Blanc. Paris 1908. In: Helmut FAUST: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 155

⁵⁸ Pechan Hermann. Louis Blanc als Wegbereiter des modernen Sozialismus. Jena 1929. In: Helmut FAUST: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 155

3.2.2. Victor Aimé Huber (1800 – 1869)

In Deutschland kann Victor Aimé Huber mit seinem System der Produktivgenossenschaften als einer der Wegbereiter gesehen werden.

Am 10.03.1800 in Stuttgart geboren. Hineingeboren in eine schriftstellerische Familie. Schon sein Großvater und Vater waren schriftstellerisch tätig und erfolgreich. Seine Mutter, verehelicht mit seinem Vater in zweiter Ehe, verlor ihren Mann durch ein Lungenleiden, als Victor Aimé 4 Jahre alt war. Aus dieser Ehe überlebte noch eine Tochter, aus erster Ehe seiner Mutter gab es noch zwei ältere Schwestern.

Die ersten 10 Jahre seiner Erziehung, bis zum Jahr 1816 verbrachte Victor Aimé Huber in der Schweiz, in dem Gutshof Hofwyl. Dort errichtete der Philanthrop Philipp Emanuel Fellenberg (1771-1844) eine Art Schule. Angeregt von dem Werk „Lienhard und Gertrud“ von Johann Heinrich Pestalozzi versuchte er eine Musteranstalt zu errichten. Sein Ziel war es, eine ganzheitliche Erziehung an die Jugend weiterzugeben. Die Kinder wohnten auf dem Gutshof und lernten neben sittlich-religiösen Werten auch handwerkliche Tätigkeiten die für eine Selbstversorgung in Form einer Landwirtschaft notwendig sind. Huber verlässt nach 10 Jahren Fellenberg und seine Einrichtung aus persönlichen Gründen. Auch seine Mutter schreibt, dass Fellenberg in einer Sache zu weit gegangen wäre.

1817 begann er ein Medizinstudium in Göttingen. Anfänglich mit Enthusiasmus, doch zunehmend interessierte er sich mehr für Geschichte und Sprachen. Er lernte im Eigenstudium in Göttingen Englisch, nahm das Italienisch wieder auf, später kamen noch Spanisch und Portugiesisch dazu. Es entwickelte sich eine besondere Leidenschaft für Spanien. Auf Anraten seiner Mutter vollendete er sein Medizinstudium.

Es folgte eine längere Reisetätigkeit in Frankreich, Spanien und England. In Frankreich lernte er unter anderem auch Schlegel, Lafayette und Humboldt kennen. Diese Kontakte hatte er über seine Eltern, die gute Bekannte von Humboldt waren. Nach Spanien reiste er 1821, 1823 nach Schottland. Seine ausführlichen Reiseberichte veröffentlichte er im „Stuttgarter Morgenblatt“. In Schottland erfuhr er, dass in Spanien die Revolution niedergeschlagen und die Absolutenherrschaft eingesetzt wurde. Daraus entwickelte sich bei ihm die Feststellung, dass das Glück einer Gemeinschaft nicht ausschließlich von der Verfassungsform abhängt, sondern von der sozialen Verteilung der Güter bzw. dem Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zueinander.

1824 kehrte Huber nach Göttingen zurück, um sein Staatsexamen für Medizin zu absolvieren. Er wurde für die mündliche Prüfung nicht zugelassen – so verließ er den medizinischen Beruf und widmete sich vorerst wieder dem Journalismus. In der Vorahnung, dass dies aber nicht alles sein könne, wendet er sich mehr dem Politischen bzw. Sozialen zu. Er traf wieder

mit Humboldt zusammen und wendete sich zunehmend von den liberalen Ansichten ab. Die Forderungen der Liberalen gingen in die Richtung, dem Einzelnen die größtmögliche Freiheit zukommen zu lassen. Der Staat übernimmt dabei lediglich die Aufgabe, diese Freiheit zu beschützen. Ein Zitat gegen den Liberalismus:

„Denn materieller Vorteil, Genuß – darauf ist doch das ganze liberalindustrielle Wesen begründet“. Oder: „Rückwärts gehen sollen wir freilich nicht, - aber glauben, daß der jetzige Liberalismus das Ziel des Menschengeschlechtes, daß er das Alleinseigmachende sei, das gefällt mir wenig (2).“⁵⁹

Seit 1828 arbeitete er als Handelsschullehrer in Bremen in den Fächern Englisch, Französisch, deutsche Geschichte, Anthropologie und Handelsgeschichte.

1830 heiratete Huber Auguste Klugkist, die aus einer gehobenen Bremer Familie stammte. Im Zuge dieser Ehe kehrte sich Huber dem Christentum zu, zurückgehend auf die Gläubigkeit seiner Frau und der Schwiegereltern.

1832 erhielt er eine Berufung an die Universität Rostock, der er folgte. Er unterrichtete die Fächer Geschichte und abendländische Sprachen. Seine Vorlesungen waren nur spärlich besucht, er führte es darauf zurück, dass es keine „Brotfächer“ waren. Er nutzte die ihm bleibende Zeit indem er sich sozial engagierte und eine „Kleinkinderbewahrungsanstalt“ gründete. Zur Finanzierung dieser Einrichtung wurde er journalistisch tätig, in dem er die „Mecklenburgische Blätter“ herausgab, eine Zeitschrift für Kunst, Literatur, Geschichte, Völkerkunde und Politik. Er geriet in Konflikt mit der Regierung, da er für die Freiheit der Universität eintrat. Aus diesem Grund verließ er 1836 Rostock und ging an die Universität Marburg. Aber auch hier hatte er nur wenige Studierende. Dafür forschte er auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Erforschung der neueren Sprachen und erzielte Erfolge darin, die bis heute in Marburg angesehen sind. Er brachte auch ein Buch über die englischen Universitäten heraus, das ihn in England berühmt machte, aber in Deutschland weitestgehend unbekannt blieb. Zunehmend legte er seine universitären Verpflichtungen zurück und widmete sich ausschließlich der publizistischen Tätigkeit, um so gegen den Liberalismus Position zu beziehen.

Diese Tätigkeit brachte eine Wendung seines Lebens, die er wohl selbst nie erwartet hätte. Er wurde im Jahr 1843 von König Friedrich Wilhelm IV an den Hof gerufen und mit der Herausgabe einer konservativen Zeitschrift beauftragt. Die Finanzierung erfolgte durch den Staat, dennoch war es kein regierungsgebundenes Blatt. Daneben erhielt er eine Professur an der Universität Berlin für die Fächer Philologie, Literatur und Literaturgeschichte.

An der Universität hatte er mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen – zunächst wurde er von Seiten der Kollegen und Studenten wegen einer antiliberalen Einstellung angefeindet – zudem waren seine Vorlesungen, und dessen war er sich selbst auch bewusst, nicht auf dem

⁵⁹ FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 175

Niveau wie es für die Universität Berlin notwendig gewesen wäre. Er gab ich redliche Mühe, aber ein Durchbruch gelang ihm nicht.

Auf die publizistische Tätigkeit hatte dies keine Auswirkungen. 1845 erschien die Zeitschrift unter dem Namen „Janus, Jahrbücher deutscher Bildung, Gesinnung und Tat“. Aber auch hier blieb der Erfolg aus. Die Auflagen waren sehr gering und in den Wirren der Revolution von 1848 ging die Zeitschrift wieder unter. Grund dafür mag gewesen sein, dass die konservativen Kräfte des Landes nicht organisiert waren und Huber eignete sich nicht als Anführer da er von seiner Persönlichkeit her zu kompromisslos war.

In den Jahren 1844 bis 1846 arbeitete er massiv an einem sozialen System für die Arbeiter. Bei einer Reise nach England war er erschreckt von dem Leid in den Industriestädten wie Manchester.

Seine Forderung war, dass die Menschen zumindest so viel verdienen müssten, das es für eine ganze Familie reicht. Er wollte die Kinder in die Schule schicken und den Sonntag für Erholung und zum Kirchengang gesehen haben. Überdies müsse noch Zeit bleiben, so dass es jedem Arbeiter möglich wäre, gesellschaftliche und soziale Funktionen anzunehmen. Der Gedanke der Genossenschaften bezog sich auf der einen Seite auf Konsumgenossenschaften, um so die Wucherpreise der Lebensmittelhändler umgehen zu können, und auf der anderen Seite – man könnte es als Wohnbaugenossenschaften bezeichnen, um den Arbeitern eine preiswerte und ausreichende Wohnsituation bieten zu können. Er dachte dabei an Anlagen in denen Arbeiterhäuser errichtet würden. Neben den Wohnhäusern sah er noch ein Zentralhaus vor, in dem Infrastruktur des täglichen Bedarfs, sowie Kindergärten, Schulen, aber auch eine Dampfmaschine für die Energieversorgung der umliegenden Häuser untergebracht war. Dies sollte durch einen Mitgliedsbeitrag der Arbeiter finanziert werden. Zunächst aber dachte er an private Finanziere bzw. den Staat, der für die Errichtung die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen sollte.

Er sah in der Slumbildung der Städte eine große Gefahr für die Menschheit, nicht nur für die Arbeiter an sich. Denn ohne Bildung und ohne Aussicht auf ein erträgliches Leben würde jede Gesellschaft dem Untergang geweiht sein.

Seine Ansichten wurden nicht angehört – und er verlor nach und nach den Mut einer Umsetzung.

Die soziale Not, die in den Jahren 1846 und 1847 besonders massiv zu Tage trat, brachte auch seine Ideen wieder ins Gerede.

Die Revolution im Jahr 1848 brachte der Bevölkerung mehr Freiheiten und Rechte. Huber wies darauf hin, dass es nun notwendig wäre, der Bevölkerung auch eine bessere Bildung sowie den Erwerb von Grundbesitz zu ermöglichen. Beide Bereiche sollten für die Hebung der Staatszugehörigkeit dienlich sein.

Er wurde in diesen Belangen aber nicht erhört.

Liberale und demokratische Köpfe gründeten in Berlin die „Gemeinnützige Baugesellschaft“. Es waren Fabrikanten, Bankiers, Beamte und Gewerbetreibende. Sie baten Huber, bei ihren Besprechungen anwesend zu sein. Dies ist insofern erstaunlich, als sich die politischen Ansichten unterschieden. Aber darüber setzten sich die Gründer, als auch Huber hinweg – er beteiligte sich finanziell an der Genossenschaft. Doch lange bestand sie nicht – in Ermangelung des Einsatzes verlief sich die Tätigkeit der Genossenschaft im Nichts. Dennoch erhielt Huber im Rahmen der Pariser Weltausstellung 1867 eine Auszeichnung für sein Engagement.

Munding nimmt an, dass die Idee einer Genossenschaft bei Huber durch das, in England beobachtete Trucksystem entstanden ist⁶⁰. Dabei werden den Arbeitern als Lohn anstelle von Geld, Waren zugeteilt. Diese aber nicht zu Großhandelspreisen, sondern die der Krämer. Huber kritisierte dieses System in einem Aufsatz aus dem Jahr 1845 im „Janus“⁶¹. Die Schriften, die Huber über die Genossenschaftsideen verfasste, sind auch von Schulze-Delitzsch gelesen und teilweise umgesetzt worden. Nach Faust kann somit Huber als der geistige Initiator der genossenschaftlichen Idee gesehen werden.

Huber unterscheidet zwischen den ökonomischen und den industriellen Genossenschaften. Unter die ökonomischen fallen für ihn sowohl die Kreditgenossenschaften, als auch die Konsum- und Wohnbaugenossenschaften. Seiner Ansicht nach hängen die Konsum- und Wohnbaugenossenschaften eng zusammen – die ersteren sind überhaupt nur auf Grundlage der zweiten zu ihrer Vervollkommnung zu bringen. Für Huber sollten Genossenschaften so weit in das Leben des Arbeiterstandes eingreifen und das Leben unterstützen, so lange die Freiheit nicht eingeschränkt wird.

Die Krönung seiner Genossenschaftsidee endet in der Siedlungsgenossenschaft. Diese Form der Genossenschaft hat sich jedoch in der Geschichte nicht durchzusetzen vermocht, ausgenommen ein paar wenige Beispiele wie beispielsweise in Israel.

Huber sah die schlechte Stellung der Arbeiterklasse in der beschränkten Konsummöglichkeit. Er nahm in seinen Schriften bezüglich der Konsumgenossenschaften auf die „Redlichen Pioniere von Rochdale“ Bezug.

Die industriellen Genossenschaften beziehen sich im Verständnis Hubers auf Produktivgenossenschaften, Rohstoff- und Verkaufsgenossenschaften. Die Probleme für ihn lagen hier besonders in der Gründung solcher Genossenschaften, da diese mit finanziellem Aufwand verbunden waren und daher eine staatliche oder private Förderung notwendig sei. Des Weiteren warnte er vor der großen Verantwortung und dem erforderlichen notwendigen Wissen und Verständnis für die Führung eines solchen Unternehmens.

⁶⁰ Vgl. ebd. S. 183

⁶¹ Janus Jahrbücher 1845 abgedruckten Aufsatz „Eindrücke und Betrachtungen eines Reisenden“. In: Helmut FAUST: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 183

Der Unterschied zwischen Huber und Schulze-Delitzsch liegt bereits im Grundgedanken. Meiner Ansicht nach geht es Huber nicht so sehr um die Freiheit des Einzelnen, als vielmehr um die Versorgung der Arbeiterschaft mit den notwendigen Mitteln. Die Genossenschaft ist daher nicht vielmehr als ein Mittel zum Zweck. Bei Schulze-Delitzsch steckt noch mehr dahinter – hier geht es nicht alleine um die ökonomischen Voraussetzungen sondern auch um die Freiheit, das Engagement, die Hebung des Selbstbewusstseins durch den Erfolg. Produktivgenossenschaften, die bei Schulze-Delitzsch einen ähnlich hohen Verwirklichungsgrad aufweisen dürften wie die Siedlungsgenossenschaften bei Huber, sollen den Mitgliedern auch einen Gewinn bringen. Für Schulze-Delitzsch liegt der Nutzen einer solchen Genossenschaft nicht ausschließlich darin, die Grundbedürfnisse befriedigt zu sehen, sondern darüber hinaus auch zu Wohlstand und sozialem Ansehen zu kommen. Im Unterschied dazu, geht es meiner Ansicht Huber um die Verbesserung des momentanen Notstandes, nicht aber darum, durch Schaffung von Kapitalien die Arbeiterschaft aus der Not zu führen. Sein Gedanke ist weniger liberal sondern mehr sozial.

Für Produktiv-Genossenschaften, die für Schulze-Delitzsch die Vollendung waren, konnte Huber nicht diese Form der Begeisterung aufbringen. Er verleugnet ihre Existenz nicht so strikt wie Lassalle, der darin überhaupt keinen Unterschied zu einer herkömmlichen Produktionsweise sieht, aber er sieht ihren Bereich begrenzter als Schulze-Delitzsch. Ihr Betätigungsfeld beschränkt sich seiner Ansicht nach auf das Handwerk.

Huber gründete einen Gesellenverein auf christlicher Basis und kämpfte weiterhin für die soziale Verbesserung der Arbeiterklasse. Er starb im Jahre 1869 an einem Lungenkatarrh.

Huber war den Ansichten nach zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch. An Schulze-Delitzsch kritisierte er ein wenig die liberale Position und die Tatsache, dass es Schulze-Delitzsch scheinbar weniger um die Arbeiter, als viel mehr um die Verbesserung der Handwerker ging.

Lassalle vertrat einige Ansichten die auch Huber forderte, insbesondere setzte er sich für den Arbeiterstand ein, doch durch die Schrift „Bastiat - Schulze-Delitzsch“ die von Übertreibungen, Anfeindungen und persönlichen Untergriffen gespickt war, macht er sich beinahe lächerlich.

Huber und Schulze-Delitzsch hatten auch einen gemeinsamen Gedankenaustausch und Huber besuchte Schulze in Delitzsch, wo er voller Bewunderung auf das Schaffen von Schulze-Delitzsch blicken konnte. Durch die Veröffentlichung eines Briefes, den Huber an Lassalle schrieb und in dem er die Reden von Schulze-Delitzsch kritisierte, kam es zum

Bruch⁶². Die Veröffentlichung war von Lassalle ohne das Einverständnis Hubers veranlasst worden. Grund war, dass Lassalle die Kontroversen zwischen Huber und Schulze-Delitzsch genau verfolgte, um so Argumente gegen Schulze-Delitzsch zu sammeln.

Die Idee der Produktivgenossenschaften, wie sie Huber entwickelt hat, wurde von Schulze-Delitzsch auch angenommen, wobei in den Grundsätzen Differenzen bestanden. Beide verband das Interesse an der Sache, persönlich waren sie weit voneinander entfernt. Friedel Stier hat das Verhältnis der beiden Männer zueinander so formuliert: „Schulze, der nüchterne, organisatorisch glänzend begabte Jurist und liberale Politiker hat den der Romantik nahe stehenden, in einer christlich-monarchistisch-konservativen Weltanschauung tief wurzelnden Freund niemals ernst genommen, geschweige denn verstanden. Und der sehr feinfühlig und im Grunde überlegene und weit blickende Huber wird das wohl empfunden und niemals vergessen haben“.⁶³

Huber kann vor allem als Begründer der heutigen Wohnbaugenossenschaften bezeichnet werden. Sie bauen auf seinem System der Wohnraumbeschaffung auf, auch wenn die Ideologie ein wenig in den Hintergrund gerückt wurde.

⁶² Vgl. ebd. S. 257

⁶³ zitiert Stier Friedel. In: Helmut FAUST: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 257

3.2.3. Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883)

Er gilt neben Wilhelm Friedrich Raiffeisen als einer der wichtigsten Begründer des Genossenschaftswesens in Mitteleuropa. Schulze entstammt einer Juristenfamilie die in Delitzsch die Stelle eines Patrimonialrichters innehatte. Er folgte, als ältester von 10 Kindern dem Vater und Großvater ebenfalls in diese Position. Somit hatte er immer sein Ohr am Volk und bekam die Probleme mit, die sich aus den Folgen der französischen Revolution, der Bauernbefreiung und der aufkommenden Industrialisierung, die in Deutschland erst nach und nach Fuß fasste, verursachte. Durch eine sich rasch entwickelnde „Motorisierung“ verringerten sich die Kosten für den Transport der Güter⁶⁴. Das hatte zur Folge, dass die regionalen Unternehmen nicht mehr erste Anlaufstelle waren. Die Konsumenten hatten ein größeres Angebot zur Wahl. In den meisten Fällen waren die maschinell produzierten Güter günstiger als die handwerklich gefertigten. Damit gerieten die Handwerker in einen direkten Konkurrenzkampf mit der industriellen Produktion, die sie aber nicht gewinnen konnten. Auf der einen Seite hatten sie durch geringere Abnahmen der Rohstoffe nicht die Einkaufspreise und andererseits produzierten die Maschinen rascher und kostengünstiger. Es standen sich zwei Gesellschaftsgruppen gegenüber: die Handwerker und Gesellen einerseits und die Proletarier andererseits. Die Proletarier waren in den meisten Fällen angelernte Arbeiter und hatten nicht die handwerkliche und theoretische Ausbildung wie es bei den Handwerkern und Gesellen der Fall war⁶⁵. Die Gesellen versuchten sich gegen die Klasse der Proletarier abzugrenzen. Schulze-Delitzsch erkannte diese Kontroversen und versuchte so die Lage für die Gesellen und Handwerker zu verbessern.

Die Schwierigkeiten spitzten sich im Frühjahr 1846 durch eine Hungersnot zu, so dass er als Kreisrichter verpflichtet war Maßnahmen zu setzen. Die Getreideernte im Herbst 1845 war schlecht, der Preis für Getreide stieg dadurch und durch Spekulationsgeschäfte an, dass sich weite Teile der Bevölkerung das Brot nicht mehr leisten konnten. Schulze setzte sich daraufhin mit der vermögenden Bevölkerungsschicht seines Wahlkreises zusammen, um mit deren Unterstützung eine Mühle sowie eine Bäckerei zu errichten. So konnte das notwendige Brot produziert und günstig an die Bevölkerung abgegeben werden. Dies war der Beginn einer Genossenschaft die nach dem Prinzip der Selbsthilfe organisiert war. Mit Hilfe der Selbsthilfe war es möglich, den Bedürftigen eine Chance zu geben, selbst ihre Zukunft zu gestalten. Das Modell wurde anfänglich von der Politik nicht freundlich aufgenommen da man nach der Revolution 1848 in den Genossenschaften eine Gefahr für die Stabilität der Monarchie sah⁶⁶. Besonders die Furcht vor dem sozialistischen Gedankengut war durch Bismarck vertreten, groß.

Die andere Seite des Hermann Schulze-Delitzsch war die eines liberal denkenden Politikers.

⁶⁴ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 31, 99

⁶⁵ Vgl. ALDENHOFF, Rita: Der Politiker Schulze-Delitzsch. S. 27f

⁶⁶ Vgl. ebd. S. 28

Sein politisches Engagement war das eines liberalen Denkers, der für die Freiheit des Volkes eintrat. Er saß viele Jahre im Preußischen Parlament in Berlin. In dieser Position kämpfte er für die Freiheit der Bürger und gründete auch zweimal eine eigene Fraktion, um seine Forderungen besser durchsetzen zu können. Dass er mit seinen Reden nicht immer auf Zustimmung stieß, zeigte sich auch darin, dass es längere Pausen der politischen Aktivität gab. Diese Pausen waren nicht immer freiwillig, hinderten ihn aber nicht, seine Arbeit fortzusetzen.

Im Jahre 1863 erschien seine bekannteste Schrift „Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus“ in dem er sich für das System der Genossenschaft und gegen den Sozialismus aussprach. Diese Schrift wurde von dem Sozialisten Ferdinand Lassalle in einer Gegenschrift mit dem Titel „Herr Bastiat - Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit“, kritisiert und in der Folge kam zu einem umfangreichen Schlagabtausch. Lassalle gilt als der Begründer der deutschen Sozialdemokratie und stand auch zeitweise in Kontakt mit Engels und Marx. Schulze-Delitzsch wurde von Lassalle vorgeworfen, sich mit seinen ökonomischen Forderungen an den französischen Nationalökonom Frédéric Bastiat anzuhängen.

In seiner politischen Funktion ging es Schulze-Delitzsch um die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Handwerker und Gesellen. In ihnen sah eine wichtige Stütze der Bürgerlichkeit, die durch Bildung weiter gestärkt werden sollte. Die Arbeiterfrage war für ihn eine große Herausforderung. Die beste Möglichkeit für eine soziale Verbesserung sah er nicht, wie die Sozialisten, in einem Sozialstaat sondern in einem liberalen Staat, in dem jeder Mensch sein Schicksal selbst in die Hand nehmen konnte und sollte. Er war der Ansicht: Die soziale Stellung einer Gesellschaft könne nur durch eine fortschreitende Bildung aller Gesellschaftskreise gesichert werden⁶⁷. Und eben diese Bildung fehlte weiten Kreisen der Arbeiterschaft aber auch den Gesellen. Hier herrschte ein großer Nachholbedarf, der von allen politischen Strömungen vehement gefordert und auf verschiedene Art und Weise zu verwirklichen angedacht wurde.

Von Lassalle wurde Schulze-Delitzsch besonders vorgeworfen, er interessiere sich fast ausschließlich für den Handwerksstand und überlasse die Arbeiter ihrem Schicksal.

Die soziale Funktion der Genossenschaft bei Hermann Schulze-Delitzsch

Die drei Grundsäulen des Genossenschaftswesens sind Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung. Damit sieht Schulze-Delitzsch die Freiheit jedes Menschen für ein sinnerfülltes Leben bestmöglich gesichert. Jeder Mensch soll nach seinen Fähigkeiten arbeiten können. Keine Beschränkungen und Verbote sollen das Erwerbsleben des Einzelnen

⁶⁷ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 4-11

beschränken bzw. behindern.

Sein Interesse für die Handwerker war deshalb so groß, weil er in ihnen eine wichtige Stütze der Gesellschaft sah. Die Familien waren in den meisten Fällen seit Generationen Handwerker in der Gemeinde und haben in der Position immer schon eine soziale Verantwortung übernommen. Meister und Handwerker hatten eine grundlegende Ausbildung und waren in der Gesellschaft verankert. Die meist angelernten Fabrikarbeiter waren nicht organisiert und stellten die Gesellschaft durch ihre soziale Unterversorgung vor große Herausforderungen. Schulze-Delitzsch wollte mit seinen Genossenschaften auch Arbeiter ansprechen, musste jedoch bald einsehen, dass diese nicht über die notwendige handwerkliche und ökonomische Vorbildung verfügten⁶⁸.

Durch die drei Prinzipien von Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung spricht sich Schulze-Delitzsch für eine größtmögliche Handlungsfreiheit des Einzelnen aus. Jedem Menschen soll die Chance offen stehen seinen beruflichen Wünschen zu folgen. Die Genossenschaft hat daher zwei Standbeine: einerseits fordert sie das notwendige Maß an Freiheit für den Einzelnen, um sein Arbeitsleben selbst gestalten zu können. Dies ist ausgedrückt durch die drei Prinzipien. Auf der anderen Seite aber stellt das genossenschaftliche System auch eine Anweisung zur Verbesserung der ökonomischen Situation dar.

Seine Prinzipien setzen die Notwendigkeit von Bildung voraus. Die Bildung der Arbeiterklassen war in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch nicht weit vorangeschritten. Hierfür treten vor allem Adolph Kolping als auch Ferdinand Lassalle, Friedrich Engels und Karl Marx ein. Kolping tut dies massiv durch die Schaffung der Kolpinghäuser, die neben dem Obdach auch christliche und handwerkliche Bildung besonders für den Stand der Gesellen übernehmen. Auch die Genossenschaften nehmen nach ihren Grundsätzen den Bildungsauftrag an, insbesondere soll der Gemeinsinn gestärkt werden⁶⁹. Besonders auf fachlicher Ebene tritt die Genossenschaft als Bildungseinrichtung für ihre Mitglieder auf. Die grundsätzliche Bildung der Kinder sieht Schulze-Delitzsch als eine der Kernkompetenzen des Staates⁷⁰.

Bildung ist nach Ansicht Schulzes die Grundvoraussetzung zur Schaffung einer freien Gesellschaft die sich auf ihre eigenen Fähigkeiten verlassen können soll.

Schulze-Delitzsch wollte den Menschen zeigen, dass sie selbst aktiv werden müssen, wenn sie Missstände ändern wollten. Der Staat könne diese Aufgaben nicht übernehmen. Seiner Ansicht nach soll er solche Aufgaben auch gar nicht übernehmen da dies von privater Hand besser erledigt werden kann. Die Aufgabe des Staates sieht er in der Sicherung des Friedens und der Freiheit des Einzelnen und in der Gewährleistung einer grundsätzlichen und

⁶⁸ Vgl. ALDENHOFF, Rita: Der Politiker Schulze-Delitzsch. S. 27f

⁶⁹ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 4-11

⁷⁰ Vgl. ebd. S. 112

fundierten Ausbildung⁷¹. Der Staat könne darüber hinaus nicht für das Wohl aller sorgen. Weder habe er die Ressourcen, noch kenne er die Wünsche im Besonderen. Daher seien die Menschen angehalten, selbst initiativ zu werden. Eine Gesellschaft, die nicht unterdrückt ist, deren Potential kann sich besser zum Wohl aller entwickeln.

Wenn der Staat ein entsprechendes Fundament bietet, und dies sei eine seiner Hauptaufgaben, so liege es am Einzelnen, aktiv zu werden.

Eine Gesellschaft, die in ihr steckende Potentiale nütze, agiere zum Wohl aller. Je geringer der Einfluss des Staates, umso erfolgreicher könne der Einzelne der Gesellschaft wirtschaften.

Die Genossenschaft stellt in dieser bestimmten Weise ein soziales System vor, das sich gegen die aufstrebende Entmachtung des Einzelnen, auch durch die industrielle Entwicklung richtet.

Die Auswirkungen der französischen Revolution haben nicht die erhoffte Befreiung gebracht. Die Gründe dafür waren unter anderem, dass die Arbeiterklassen nicht organisiert waren. Es entwickelte sich zwar eine Solidarität zwischen den ärmeren und den wohlhabenderen Arbeiterschichten, diese ging aber nur so weit, so lange sich die besser gestellten Schichten nicht bedrängt fühlten. Man könnte davon sprechen, dass eine Revolution der Revolution notwendig wurde. Die unorganisierte Arbeiterschaft war dazu auch aufgrund der mangelnden Bildung nicht in der Lage⁷².

Schulze-Delitzsch wollte, wie auch Vogelsang, auf sanfte Weise eine Änderung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse bewirken. Eine Revolution der Revolution ohne Gewalt.

Mit dem Anspruch der Selbsthilfe macht sich der Hilfsbedürftige frei von Forderungen gegenüber Dritten. Er kann nicht auf die Hilfe anderer warten, er muss selbst eine Änderung herbeiführen. Damit wird aus einem unmündigen ein mündiger Bürger. Ein Mensch, der für seine Forderungen eintritt und diese mit all seinem Willen verwirklichen möchte. Der Einzelne lernt, sich selbst und seine Fähigkeiten kennen. Durch die Eigeninitiative wird er moralisch gestärkt. Er sieht, dass er mit seinen Problemen nicht alleine ist – und noch mehr – dass sich die Probleme gemeinsam rascher und einfacher lösen lassen.

Die Folgen der Revolution lassen sich hier erkennen: der Mensch hat eine Vernunft die er zu gebrauchen hat, alle Menschen sind von Geburt an mit bestimmten Eigenschaften ausgestattet die für die Gesellschaft nützlich sind.

Der Mensch ist ein Gruppenwesen. Mit der Geburt wird der Einzelne in eine Gesellschaft hineingeboren. Die Gesellschaft ist eine der prägenden Institutionen des Menschen. Die ersten Lebensjahre verbringt der Heranwachsende im Kreis der Familie. Der Mensch ist in seiner Entwicklung länger als jedes andere Lebewesen auf die Hilfe von anderen (Eltern bzw. Gesellschaft) angewiesen. Sie sind es auch, die bestimmte ethische, moralische und

⁷¹ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 109-112

⁷² Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 77

gruppenspezifische Prägungen vornehmen. Die Familie und die Gesellschaft sind der Ort, in dem der Einzelne auf seine eigenen Fähigkeiten hingewiesen wird. Sie machen aus dem Kind einen Teil der Gesellschaft – im Bestreben, das Kind für die Gesellschaft nützlich zu machen und umgekehrt⁷³.

Dem gegenüber, als Nutznießer und Teil der Gesellschaft ist das einzelne Individuum. Der Einzelne hat durch die Gesellschaft Vorteile und die Möglichkeit, seine eigenen Fähigkeiten für das Wohl der Gesellschaft einzusetzen. Die Gesellschaft verfügt über einen bestimmten Denkhorizont, der je nach Gesellschaft unterschiedlich geprägt und entwickelt sein kann. Der Einzelne kann nun innerhalb dieses Horizonts seine Stärken erkennen und entwickeln und so zum Nutzen für die Gesellschaft einsetzen. Ohne den Einsatz durch den Einzelnen entwickelt sich die Gesellschaft nicht weiter – und ohne diese Entwicklung hat auch der Einzelne keine Möglichkeit einer Entwicklung. Eine Gesellschaft ist nur so erfolgreich wie die partizipierenden Individuen – auf der anderen Seite aber auch ist das einzelne Individuum auf diese Vorleistungen der Gesellschaft angewiesen um die eigenen Fähigkeiten bestmöglich umsetzen zu können.

Jede Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich dieses Systems aus wechselseitiger Ergänzung bedient. Schulze-Delitzsch verfolgt mit seinen Genossenschaften eine Verbindung von Individualismus und Gemeinschaft⁷⁴. Individualität ist dann gefragt, wenn es darum geht, eigene Probleme zu lösen. Nicht das zurückziehen in die Arme der Allgemeinheit und das gemeinsame Leid ist die Herausforderung sondern daraus hinaustreten und sich der Aufgabe zu stellen. Auf der anderen Seite benötigt der Einzelne eine Gemeinschaft zur Entwicklung. Der Mensch ist ein Gruppenwesen und auf die Arbeitsteilung und Gemeinschaft angewiesen. Der Mensch wurde zu dem, was er ist, durch ein geschicktes System der Arbeitsteilung. Lassalle wirft Schulze-Delitzsch ein mangelndes Gemeinschaftsdenken vor – weil der Einzelne zunächst die Probleme selbst in die Hand nehmen muss. Dennoch können diese Erfolge nur fruchten, wenn er sich mit Leidensgenossen zusammenschließt. Gemeinsam können sie mit den jeweils unterschiedlichen Fähigkeiten leichter an die Lösung des Problems gehen. Schulze-Delitzsch ist sich bewusst, dass nicht alle Fähigkeiten den gleichen Erfolg innerhalb der Gesellschaft bringen können⁷⁵, gerade deshalb ist eine Zusammenarbeit notwendig.

Die Genossenschaft stellt daher neben der ökonomischen vor allem auch eine soziale Gemeinschaft da. Sie ist in der idealen Form eine eng verbundene Gemeinschaft, beinahe vergleichbar mit der Familie. In ihr ist genauso wie in der Familie, ein fairer, respektvoller und gerechter Umgang untereinander notwendig. Auch bei ihr steht der Einzelne mit seinen Bedürfnissen im Zentrum. Jeder soll seine Individualität und Freiheit behalten, aber nicht gren-

⁷³ Vgl. dazu u.a. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 21

⁷⁴ Vgl. ALDENHOFF, Rita: Der Politiker Schulze-Delitzsch. S. 26: Schulze ging davon aus, dass der die Gesellschaft dominierende Individualismus – würden nicht gesellschaftspolitische Alternativen ausgezeigt – eines Tages zum „völligen sozialen Schiffbruch“ führen werde, „wo im Kampfe um das nackte Leben der Bruder den Bruder von der rettenden Planke stößt, nur um sich selbst davon zu bringen“. Assoziationshandbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter, Leipzig 1853

⁷⁵ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 39f

zenlos und nicht egoistisch. Sondern im Wohl mit der Gemeinschaft. Eine Kooperation zwischen der Gemeinschaft und der Individualität, wie Schulze-Delitzsch es formuliert hat:

Die Individualität bedarf daher der bewußten Ergänzung durch die Gemeinschaft „mit der Forderung der Unterordnung, der Hingabe an die Gesamtheit“⁷⁶

Nur innerhalb einer erfolgreichen Gemeinschaft kann der Einzelne auch seine Ziele verwirklichen. Eine Genossenschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Bedürfnisse nicht allzu sehr auseinander gehen. Die erste auf reiner Selbsthilfe beruhende Assoziation, war die Kranken- und Sterbekasse zu Delitzsch, die Schulze-Delitzsch im Sommer 1849 gründete⁷⁷. Sozialpolitisch betrachtet stellt daher eine Genossenschaft eine Herausforderung an die Mitglieder da. In welchem Ausmaß war es wohl auch Schulze-Delitzsch anfänglich nicht bekannt.

Um den Vergleich mit der Familie beizubehalten, wäre es notwendig, auf die Trennung der Aufgaben der Genossenschaft erneut hinzuweisen, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Aus ökonomischer Betrachtung her ist die Genossenschaft, wie schon anfangs erwähnt, „ein Kind der Not“. Sie muss ihre Aufgabe darin sehen, die Not der Mitglieder aus der Situation heraus zu beheben, oder zumindest zu verbessern. Sobald diese Aufgabe erfüllt ist, könnte sich ein Fortbestand erübrigen.

Aus sozialer und vielleicht sogar moralischer Sicht ist eine solche Beendigung nicht notwendig empfehlenswert. Denn um eine Genossenschaft gründen zu können, ist eine bestimmte Form von Liberalismus notwendig. Dieser Liberalismus kann aber zu egoistischen Handlungen führen, bei denen nach Hobbes „ein Krieg aller gegen alle“ die Folge ist. Die Genossenschaften können hier eine Möglichkeit bieten, zwischen den radikalen Formen des Sozialismus und des Kapitalismus zu vermitteln.

Schulze-Delitzsch verfolgt mit seinem System auch eine soziale Verbesserung, wie sie auch bei den genossenschaftlichen Vertretern der christlichen Sozialreform zu finden ist. Auch das Ziel, nämlich eine soziale Verbesserung, kann in beiden Zugängen ausgemacht werden. Es geht um die Achtung des Menschen. Jeder Mensch soll ein lebenswürdiges Dasein führen können. Der Verdienst soll der Arbeit entsprechend gerechtfertigt sein. Ihre Forderungen sind solche, die wir in der westlichen Gesellschaft im 21. Jahrhundert, auch wenn sie nicht überall umgesetzt werden, doch als eine Selbstverständlichkeit ansehen. In der damaligen Zeit war dies aber bei weitem nicht selbstverständlich sondern ähnlich revolutionär wie die Forderungen der französischen Revolution.

⁷⁶ DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 76

⁷⁷ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 84

Wo sich jedoch die Ansätze zwischen dem humanistisch-liberalen und dem christlich-sozialen Denken trennen können, ist der, dass der christlich-soziale Gedanke die Umwelt in Form der Natur in sein Handeln mit einbezieht. Die Natur ist ebenso eine Werk Gottes wie der Mensch. Daher ist ihr mit der selben Achtung gegenüber zu treten. Bei Schulze-Delitzsch richtet sich das Augenmerk verstärkt auf die Beseitigung der Arbeiterfrage und weniger auf die Rücksicht gegenüber der Natur. So sagt er 1849, auf die Aussage eines Abgeordneten, „das höchste sei die Existenz des Staates“,

„Ich bin der Meinung nicht. Das Höchste im Leben der einzelnen Menschen, wie im Gesamtleben des Staates, ist die Würdigkeit der Existenz⁷⁸. ... Nichts ist so geeignet, die sittliche Würde im Arbeiter rege zu halten, als wenn er seine Thätigkeit nicht bloß als Broderwerb für sich, sondern in ihrem ganzen für die Gesellschaft begreift“⁷⁹

Damit zeigt sich die Priorität seiner Forderungen.

Die weitere Unterscheidung mag im Begründungsanspruch zu finden sein. Bei der christlichen Soziallehre findet sich die Letztbegründung in der Existenz und dem Werk Gottes⁸⁰. Im humanistischen Denken kann die Frage des Ursprungs oder des „warum“ nicht mit einem Verweis auf einen Schöpfergott beantwortet werden.

Man kann sagen, Schulze-Delitzsch ging es bei dem System der Genossenschaften, um die Verbesserung der sozialen Bedingungen für die Arbeiter.

Die Entwicklung der Genossenschaften ging jedoch in eine etwas andere Richtung. Die Umsetzung diente nicht so sehr der sozialen Verbesserung sondern vielmehr wurde sie der ökonomischen Rolle der Mitglieder entsprechend genutzt.

Kreditnehmer waren in den meisten Fällen Selbständige, die schon vor der Genossenschaft einen Betrieb hatten, aber die finanzielle Besserstellung durch den Zusammenschluss mit anderen Handwerkern nutzten. Dies bemerkte auch Schulze-Delitzsch wie das Zitat ausdrückt:

⁷⁸ KALTENBORN, Wilhelm: Ein großes Leben. Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883). Aus: Aus Erinnerung wird Zukunft. Zum 200. Geburtstag von Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883). Hans Hofinger, Andrea Karner, Peter Weiß (Hrsg.). Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 31. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 2009. S 18

⁷⁹ KALTENBORN, Wilhelm: Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus. S. 20. In: Ein großes Leben. Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883). aus: Aus Erinnerung wird Zukunft. Zum 200. Geburtstag von Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883). Hans Hofinger / Andrea Karner / Peter Weiß (Hrsg.). Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 31. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 2009. S 18

⁸⁰ Vgl. „Ut in omnibus glorificetur Deus“ (1, Petrus 4,11, R.B. 57,9)

Sie förderte weniger die Emanzipation der arbeitenden Klassen als vielmehr den „Erwerb und die Wirtschaft“ der sowieso schon selbständigen Handwerker, Gewerbetreibenden, Ärzte usw. [...] ⁸¹

Die Genossenschaften bei Schulze-Delitzsch in Hinblick auf die ökonomische Entwicklung

Die bereits oben angesprochene Förderung durch eine Genossenschaft war die, eine finanzielle Besserstellung der Handwerker zu erreichen, bzw. Handwerkern die Möglichkeit zu geben, ihre Selbständigkeit zu erhalten und mit der industriellen Entwicklung Schritt zu halten. Diese Forderung kann mithilfe der unterschiedlichen genossenschaftlichen Modellen erreicht werden. Das reinste und direkteste Modell war für Schulze-Delitzsch das Modell der Produktivgenossenschaft. Die einzige Sicherstellung, die sie vom Mitglied verlangte, war die eigene Arbeitskraft⁸². Jedoch setzte sich gerade diese Form der Genossenschaft nicht durch, im Gegenteil, sie konnte sich nie richtig entwickeln. Der Grund für das Scheitern ist sowohl in der sozialen als auch in der ökonomischen Organisation zu suchen. Schwierig ist es, eine Basis für die finanzielle Bewertung der Arbeitskraft zu finden, da die Leistungen sehr von den Fähigkeiten und Fertigkeiten des Mitgliedes abhängig sind. Es zeigt sich hier das Problem, dass die menschliche Arbeitskraft nicht geeignet ist, einer ökonomischen Bewertung zu unterzogen zu werden.

Dabei böten sich für den Arbeiter, der sich einer Produktivgenossenschaft zuwendet, folgende Vorteile gegenüber einer Abhängigkeit von einem Arbeitgeber:

- das Arbeitswerkzeug wird durch ihn mittels Kredit oder in Gemeinsamkeit durch die Genossenschaft erworben
- die Situation der Fabrikarbeiter, die weder Eigentümer des Produkts, noch eine entsprechende Entlohnung erhalten, spaltet sich auf. Denn zumindest das Produkt ist in seinem Eigentum und er kann den Preis dafür selbst festlegen.
- Er ist in der Lage, mit der Zeit bei guten Geschäften ein Eigentum zu erwerben und für die Ausbildung der Kinder bzw. für die Pension finanzielle Rücklagen bilden⁸³.

Durch diese finanzielle Besserstellung ist er auch von Almosen unabhängig. Er festigt seine soziale Position innerhalb der Gesellschaft und fördert das Selbstbewusstsein, da der Erfolg durch eigene Leistungen erbracht worden ist.

In dieser Betrachtung erfüllt das Eigentum die Befreiung und Unabhängigkeit gegenüber Dritten, die dies zu ihren Gunsten ausnutzen könnten.

⁸¹ ebd. S. 26

⁸² Vgl. ebd. S. 20

⁸³ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 45f

Das Kapital spielt in Bezug auf die soziale Komponente eine bedeutende Rolle, es lässt sich aber nicht ausschließlich auf diese reduzieren.

Er wollte damit dem Handwerker- und Arbeiterstand die Möglichkeit geben, auf ein Niveau zu kommen auf dem der Unternehmer mit der Industrie konkurrieren konnte.

Schulze-Delitzsch aber war kein Feind der industriellen Entwicklung, denn er sah in ihr einen notwendigen Schritt zur Hebung der sozialen Not und der Versorgung lebenswichtiger Produkte für alle Gesellschaftsgruppen. Aber sein Bestreben war es, den ärmeren und armen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit zu geben, selbst solche Unternehmer zu werden und sich aus ihrer sozialen Not zu befreien. Rein am Finanziellen soll es nicht scheitern, dass aus dem Einzelnen ein Unternehmer werden kann.

Schulze-Delitzsch aber möchte nicht aus jedem einen Kapitalisten machen. In erster Linie diene das Kapital bzw. die Vergabe von Vorschüssen an die Handwerker, um sie auf die selbe Ebene wie die Kapitalisten zu bringen. Schulze-Delitzsch formuliert es so:

Die beklagten Mißstände wären gerade das Ergebnis der Tatsache, daß der „unbemittelte Arbeiter mit dem Kapitalisten eben nicht zu konkurrieren vermag, dass es also darauf ankommt, ihm die wirkliche Konkurrenz mit jedem zu ermöglichen. Dazu müsse man – ähnlich wie im Sport, wo das selbstverständlich sei – gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen. Es gehe nicht darum, „dem Kapital den Krieg anzukündigen“, sondern man müsse „die Vorteile desselben auch dem Unbemittelten zugänglich machen“.⁸⁴

Die Kreditgenossenschaften entwickelten sich im Kleinen durch die Einlagen der Mitglieder. Diese Gelder waren anfänglich spärlich, die Kredite entsprechend gering. Denn damit waren die Handwerker frei von Wucherern und frei von staatlicher Hilfe.

In dieser finanziellen Unabhängigkeit und damit empfundenen Freiheit unterscheidet sich vom Genossenschaftsgedanken Schulze-Delitzsch ein weiterer wichtiger Vertreter, der aus der ländlichen Region stammende und in der heutigen Zeit im landwirtschaftlichen Bereich weit verbreitete Wilhelm Friedrich Raiffeisen.

⁸⁴ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 77

3.2.4. Wilhelm Friedrich Raiffeisen (1818-1888)

Geboren am 30.3.1818. Der Vater war Landwirt und von 1817 bis 1819 Bürgermeister. Er hatte 9 Kinder, Wilhelm war das siebente Kind.

Raiffeisen schlug eine militärische Karriere ein – die Umstände sind nicht restlos geklärt. Nach 3 Jahren beendete er seine Offiziersausbildung in Koblenz und arbeitete in einer Munitionsfabrik. Während der Ausbildung lernte er Mathematik, Physik, Chemie und erreichte so eine Allgemeinbildung, die sonst diesen sozialen Kreisen vorenthalten blieb.

Durch ein Augenleiden musste er den Militärdienst quittieren (1843) und sich einer anderen Beschäftigung zuwenden. Er ließ sich zu einem Verwaltungsbeamten ausbilden. Durch seinen Einsatz und seine Fähigkeiten wurde er nach zwei Jahren zum kommissarischen Bürgermeister der Gemeinde Weyersbusch, zu der 25 Ortschaften gehörten.

Aus seiner Ehe gingen sieben Kinder hervor, wobei nur eine Tochter und ein Sohn ihn selbst überlebten. Im Jahr 1863 starb seine Frau an einem Herzleiden. Er selbst war gesundheitlich immer angeschlagen.

Als Bürgermeister hatte auch er Einblick in das Elend der Landbevölkerung und versuchte zu helfen. So ließ er eine Straße als Verbindung der Ortschaften bauen, die zum Rhein führte⁸⁵.

In dem Krisenjahr 1846/47 gründete Raiffeisen als Bürgermeister den „Brotverein“⁸⁶, um so die Versorgung der armen Bevölkerung mit Brot zu sichern. Dabei widersetzte er sich der ministerialen Anordnung Brot nur gegen Bargeld auszugeben, und gab Brot auch gegen einen Vorschuss her. Das Geld bekam er von den wohlhabenden Kreisen der Bevölkerung. Es erwies sich als Erfolg, so blieben ihm Konsequenzen erspart. In Folge gründete er weitere Wohltätigkeitsvereine. Dabei wurde in die Vereine Geld eingelegt. Er veranlasste, dass keine Dividenden ausgezahlt werden dürfen und das Vermögen bis zur Auflösung im Verein bleibt. Bei Auflösung der Vereine geht das Geld an die Armenkassen der Gemeinden.

Raiffeisen beobachtete, dass die Vereine nach einigen Jahren in Auflösung begriffen waren. Er vermutete den Grund darin, dass die Menschen nicht länger bereit waren, Almosen zu geben ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten. Er orientierte sich an den Genossenschaften von Schulze-Delitzsch die zu dieser Zeit bereits weit verbreitet waren. Diese waren auch deshalb erfolgreich, weil die Genossenschaften Dividenden an die Mitglieder auszahlten.

Dies hielt Raiffeisen auch aus dem Grund für nicht notwendig, als dass die Mitglieder keinen Mitgliedsbeitrag zu bezahlen hatten sofern es ihnen finanziell nicht möglich war.

Nach einem Briefwechsel mit Schulze-Delitzsch sah er ein, dass nur dann ein Erfolg zu verzeichnen sei, wenn die Hilfsbedürftigen selbst zu Mitgliedern werden. Das heißt, wenn sie nach dem Prinzip der Selbsthilfe tätig werden.

Raiffeisen hatte gegenüber Schulze-Delitzsch auch ein eigenes Kreditsystem angedacht,

⁸⁵ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 327

⁸⁶ Vgl. ebd. S. 328

das jedoch nie umgesetzt wurde. Und zwar beobachtete er, dass die Genossenschaften so lange funktionierten, bis sich die maßgeblichen Personen aus irgendwelchen Gründen zurückziehen. Um nicht die ganze Genossenschaft durch den Weggang einer Person in Gefahr zu bringen, dachte er an, die Verwaltung an die jeweiligen Gemeinden zu übertragen. Er beschränkte sich in Zukunft zunehmend auf die Bereitstellung von Geldmitteln, da die am Notwendigsten gebraucht wurden. Die neu gegründeten Vereine galten nur auf Gemeindegebiet⁸⁷. Wer verzog, musste seine Mitgliedschaft zurücklegen. Weiters hafteten alle Mitglieder solidarisch. Hier wurde auch, um dem Wucher entgegenzuwirken, die Ratenzahlung eingeführt. Daneben wurde in dieser Zeit auch mit dem gemeinsamen Bezug landwirtschaftlicher Geräte begonnen.

Die von Raiffeisen verfasste Schrift, in der er sein System darlegt, fand großen Zuspruch in der Bevölkerung und in Folge kam es zu einem weiteren Ansteigen der Neugründungen. Ihm war wichtig, dass neben der ökonomischen Verbesserung der Mitglieder auch die sittliche Erziehung erfolgte. Sein Prinzip war, dass die Vereinsbezirke so klein als möglich waren, um so ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln zu lassen. Durch die Solidarhaftung schauten die Mitglieder aufeinander. Die Vergabe der Kredite war an klar bestimmte Regeln gebunden. So musste immer eine Sicherstellung vorhanden sein. Bürgen wurden akzeptiert, diese aber mussten einen Grundbesitz vorweisen können.

Es gibt grundsätzlich keine Geschäftsanteile, wo es sie gibt (Raiffeisen sieht sie nur für dann sinnvoll, wenn sie das Mitglied auch leisten kann), wird eine Dividende ausgeschüttet. Gewinne werden in einem Reservefond gesammelt. Dieser Fond ist nicht antastbar und auch nicht auflösbar. Damit soll die Sicherstellung der Genossenschaft über diverse Krisen gesichert werden.

Durch die regionale Begrenzung der Vereine ergaben sich auch Schwierigkeiten. Die Vorteile liegen auf der Hand:

- bessere Risikoabschätzung
- besseres Gemeinschaftsgefühl
- bessere gegenseitige Kontrolle und Hilfe⁸⁸

Die Nachteile waren, dass die Vereine nicht die notwendigen Geldmittel für alle Mitglieder aufbringen konnten. Die Einlagen waren zu gering gegenüber dem Bedarf. Zunächst versuchte Raiffeisen durch die Vermittlung zwischen den Vereinen die Defizite auszugleichen, doch blieb der Erfolg aus. Teilweise auch aus dem Grund, da alle Vereine Landwirtschaftliche waren, der Bedarf an Finanzmitteln immer in allen Vereinen zu gleichen Zeit auftrat. Schulze-Delitzsch löste das Problem insofern, als er versuchte, verschiedene Gewerbe in einer Kreditgenossenschaft zu verbinden⁸⁹.

⁸⁷ Vgl. BALTZAREK, Franz: Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften. S. 91

⁸⁸ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 338

⁸⁹ Vgl. ebd. S. 344

Raiffeisen gründete 1874, um dem Problem Herr zu werden, die Landesverbände. Sie sind den Vereinen übergeordnet und verfügen über entsprechende Sicherheiten und entsprechenden finanziellen Rückhalt, dass sie solche Engpässe ausgleichen konnten. Die Landesverbände⁹⁰ hatten ein höheres Bilanzvolumen, da sie auch durch staatliche Förderungen Kredite an die Kleingenossenschaften vergeben konnten.

Einhergehend mit der Gründung der Landesbanken und wiederum einem Spitzeninstitut der Landesbanken, die, wenn möglich, auch mit Solidarhaft, ansonsten mit Aktien finanziert werden sollten, wurden auch Versicherungs- und Pensionskassen angedacht. Dabei sollten die Gelder, die durch die Versicherung zusammenkommen, den Genossenschaften zugeführt werden um diese in ihrer Position zu stärken. Dies wurde jedoch von Seiten der Regierung vorerst noch nicht bewilligt. Die Verwirklichung der Versicherung über ganz Deutschland erfolgte erst im Jahr 1922.

1877 wurde die Zentralbank liquidiert, da sie seit der Gründung keine Funktionen übernommen hatte.

Die von ihm gegründeten Verkaufsgenossenschaften (Raiffeisen, Fassbender & Cons., 1881) war eine Handelsgenossenschaft, die sich der Beschaffung von landwirtschaftlichen Produkten gewidmet hatte. Dies konnten sich zu Lebzeiten auch nicht durchsetzen. Sie wurde 1899 liquidiert und erst nach seinem Tod wiederbelebt.

⁹⁰ Vgl. ebd. S. 345

3.2.5. Ferdinand Lassalle (1825 – 1864)

Geboren am 11.4.1825 in Breslau.

Der Vater war jüdischer Seidenhändler und benannte sich nach seinem Herkunftsort in Schlesien – zunächst Loslauer, später Lassal. Ferdinand nahm, nachdem er in Paris war, die französische Schreibweise Lassalle an.

Nach dem kurzen Besuch eines Gymnasiums wechselte er auf eine Handelsschule in Leipzig, an der er aber auch nicht bleiben wollte, da ihm das Handwerk des Händlers zu langweilig erschien. Er strebte nach Höherem. Von seinem Wesen her war er stur und aufbrausend, der jeden Konflikt austragen wollte. Mit seiner Kritik am Bestehenden machte er auf sich aufmerksam und sich nicht immer beliebt.

Er entschloss sich für das Studium der Geschichte, Philosophie und Philologie.

Er studierte zunächst in Breslau, wechselte dann nach Berlin. Während des Studiums orientierte er sich an Heraklit und Hegel. Beide studierte er intensiv.

Heraklits „alles fließt“ war seine Quintessenz. Nichts ist im Sein statisch – alles ist in Bewegung. Der Logos, der über allem schwebt, ist einem ständigen Wechsel unterworfen. Aus diesem ständigen Werden leitet er seine Staatstheorie ab.

Heinrich Heine schreibt über Lassalle in einem Brief an Varnhagen von Ense:

„Mein Freund, Herr Lassalle, der Ihnen diesen Brief bringt, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben; mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größten Scharfsinn, der mir je vorgekommen, mit der reichsten Begabung der Darstellung verbindet er eine Energie des Willens und eine Habilité im Handeln, die mich in Staunen setzte ... Diese Vereinigung von Wissen und Können, von Talent und Charakter war für mich eine freudige Erscheinung ...“⁹¹

Aber die Hochachtung wandte sich nach sechs Jahren in tiefe Abneigung. Heine bezeichnete ihn als

„... einen der furchtbarsten Bösewichter, der in seiner raschen Entwicklung zum Schlechten zu allem fähig ist: zu Mord, Fälschung und Diebstahl und der über eine an Irrsinn grenzende Willenszähigkeit verfügt.“⁹²

Ob der Wandel alleine von der Hinwendung zum Sozialismus, der damals in Frankreich bereits erstarkt und in Deutschland gar nicht bekannt war, herrührt, muss offen bleiben.

In Deutschland bekannt wurde er durch den Prozess der Gräfin Hatzfeld. Diese wollte sich

⁹¹ ebd. S. 236f

⁹² ebd. S. 237

von ihrem Mann, einem Grafen trennen, der sie betrog und zu diffamieren versuchte. Lassalle trat als ihr Anwalt auf. Dazu musste er sich in die Rechtssprechung einlesen. Der Prozess ging im Ganzen über 10 Jahre und umfasste 36 Gerichtsverhandlungen. Sein Animo, sich überhaupt mit dem Fall zu beschäftigen, fußte nach eigenen Aussagen darin, dass er dieser Frau helfen wollte, da sonst alle Möglichkeiten der Gesellschaft versagt hätten. Er handelte sozusagen aus Menschenliebe und Tugendhaftigkeit. Dass der Prozess solche Ausmaße annehmen würde, war nicht vorherzusehen. Er entwickelte sich zunehmend zu einem Politikum, die konservativen Vertreter des Landes standen hinter dem Grafen, die freisinnigen Parteien auf der Seite der Gräfin.

Lassalle hielt im Jahre 1849 ein Plädoyer für die Gräfin von 7 Stunden 30 Minuten das so beeindruckend gewesen sein muss, dass der Anwalt des Grafen den Prozess beendete und Lassalle gewann. Eben der Richter hatte ihn ein paar Jahre zuvor für 6 Monate in Haft nehmen lassen da er angeblich eine Kasette mit wichtigen Dokumenten des Grafen hatte stehen lassen.

Im Jahr 1848 trat er der „rheinischen Zeitung“ bei, in dem Marx und Engels sowie der Dichter Freiligrath maßgeblich beteiligt waren. Die Revolution sahen alle kommen und setzten große Hoffnungen darauf. Lassalle rief vor einer Arbeiterversammlung zum Widerstand auf, worauf er zu 6 Monaten Haft verurteilt worden war. Bei einem anderen ähnlichen Verfahren wurde er von den Geschworenen freigesprochen.

Ihm zugute kam die Haft, da er bei den Kommunistenprozessen im Jahre 1850 nicht verurteilt werden konnte da er zu dieser Zeit bereits die Strafe absaß.

Im Jahre 1857 ging er nach Berlin, nachdem ihm durch die Unterstützung von Alexander von Humboldt ein Wohnrecht erteilt worden war.

In dieser Zeit entstanden die Werke „Franz von Sickingen“, sowie sein rechtsphilosophisches Werk „Das System der erworbenen Rechte. Eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie“.

Er weiß von Schulze-Delitzsch und auch von Huber und dessen genossenschaftlichen Gedanken. An Schulze-Delitzsch kritisiert er, dass die Kreditgenossenschaften zwar die Arbeiter unterstützen, ihnen aber nicht ermöglichen können, gegen die industrielle Produktion anzukämpfen. Diese haben alleine durch das größere Einkaufsvolumen geringere Rohstoffpreise und können daher auch günstiger produzieren.

Über die Konsumgenossenschaften sagt er, dass sie einen guten Ansatz bieten, aber im Grunde auch keine Lösung des Problems sein können. Sie helfen lediglich vor den Wuchern. Denn, der Preis eines Produktes setze sich in erster Linie aus den Arbeitskosten zusammen. Wenn nun Produktivgenossenschaften die Produkte günstiger abgeben können, so heißt dies für Lassalle, dass ein geringerer Lohn einhergeht. Und damit entsteht eine Spirale, die dem Arbeiterstand aber keine Entlastung bringt.

Lassalles bevorzugtes System war das einer Produktivgenossenschaft, aber, anders als bei Schulze-Delitzsch, durch eine staatliche Aufsicht. Seiner Ansicht nach sei es die Pflicht des Staates, den Arbeitern so zu helfen aus der Abhängigkeit zu entkommen, in dem er ihnen bei der Gründung als Bürge steht.

Ein häufig hervorgebrachtes Argument gegen dieses System, nämlich dass dies Tür und Tor für jede Form des Betruges öffnen würde, da kein Risiko bestünde und eine Wirtschaft dies auch gar nicht aushalten könnte, da jeder auf „Teufel komm raus“ produzieren würde, entgegen Lassalle, dass die Erzeugnisse, die in Genossenschaften produziert würden, regional beschränkt und begrenzt wären. Das heißt, ein System wie es einer Zunft nicht unähnlich wäre, dass nämlich alle Unternehmer einer Region in einer Genossenschaft vereint wären und so auch keine Konkurrenz aufkommen würde, Damit wäre der Absatz immer gesichert. Überzeugen konnte er mit seiner Theorie jedoch nicht.

1863 wurde er zum Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterverbundes (DAV)

Die Kontroverse, die zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch geführt wurde, zeigt das System der Genossenschaft als ein Instrument zur sozialen Verbesserung des Arbeiter- und Handwerkerstandes. Dabei lässt es sich aus den beiden politischen Lagern des Liberalismus bzw. der Sozialismus betrachten. Es geht in beiden Fällen um die Verbesserung von sozialen Notständen. Doch baut das System von Schulze-Delitzsch auf der Selbsthilfe und Selbstverantwortung auf. Dem gegenüber steht das sozialistische System nach Lassalle, in dem der Staat die tonangebende Instanz ist.

Die Anschuldigungen Lassalles gegen Schulze-Delitzsch richten sich nicht ausschließlich auf das System der Produktiv-Genossenschaften sondern betreffen alle Bereiche der Genossenschaften wie Kredit-, Waren-, Erwerbigenossenschaften.

Diese Kontroverse soll hier dennoch angesprochen werden, um die unterschiedlichen Zugänge sehr klar aufzuzeigen.

3.2.6. Kontroverse Lassalle - Schulze-Delitzsch

(4) Verhältnis zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle

Lassalle geht in der Schrift „Schulze-Delitzsch Bastiat“ auf das von Schulze-Delitzsch veröffentlichte „Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus“ ein, das im Jahre 1863 erschienen ist.

Lassalle machte es sich zur Aufgabe, den Vortrag, der sich in die Kapitel „Arbeit“, „Kapital“ und „Konkurrenz“ gliedert, zu kommentieren und zu widerlegen. Dabei geht er nicht zimperlich vor, wie so manche Formulierung erkennen lässt. Seine Struktur richtet sich nach der von Schulze-Delitzsch, er arbeitet die Kapitel in der von Schulze-Delitzsch verfassten Reihenfolge ab.

Zu Beginn seiner Argumentation schreibt er:

Im Anfang ist es erforderlich, selbst auf die Gefahr hin, unsere Leser hin und wieder zu langweilen, längere Zeit hindurch wörtlich und ohne Fortlassung den Inhalt Ihrer Vorträge, Herr Schulze, hier wiederzugeben und sie nur durch unser kritisches Accompagnement zu unterbrechen. Wir sind gezwungen, diese Methode zu wählen und einige Zeit fortzusetzen, damit Niemand etwa glaube, dass wir bloß das Schlechte aus Ihnen mittheilen und das Gute fortließen.⁹³

Die Arbeit ist für Schulze-Delitzsch die wichtigste Triebfeder und die Frage, warum wir arbeiten müssen, beantwortet er damit, dass wir Bedürfnisse und Fähigkeiten besitzen. Bedürfnisse werden verfolgt in dem Bestreben nach Befriedigung. Schulze-Delitzsch spricht sogar von dem Trieb nach der Befriedigung.

Lassalle sieht hier bei Schulze-Delitzsch eine Trennung zwischen Trieb und Bedürfnis. Und meint, dies zu tun, um seinen Reden eine wissenschaftliche Note zu geben, bzw. um den Arbeitern, die vornehmliche Schicht der Zuhörer, das Gefühl der Bildung zu geben, weil sie meinten zu wissen, Trieb und Bedürfnis seien unterschiedliche Empfindungen. Lassalle spricht hier vom „Kleister der sich um das Gehirn des Arbeiters legen muss und dass die Arbeiter nicht kritisch genug wären, um dies auch zu erkennen.“⁹⁴

Zunächst bezieht er sich auf die Grundtriebe, Hunger, Durst, Schlaf. Es entsteht eine dreier Kette aus Bedürfnis – Anstrengung – Befriedigung.

Um die Bedürfnisse befriedigen zu können, setzen wir unsere Fähigkeiten ein. Aber nicht jeder Mensch hat die Fähigkeit, alle seine Bedürfnisse zu befriedigen. Im Gegenteil, den größten Teil unserer Bedürfnisse können wir nicht ohne Hilfe befriedigen. Wir haben aber

⁹³ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 23

⁹⁴ Vgl. ebd. S. 26

den Trieb, alle Bedürfnisse befriedigen zu wollen und dies ist ein Kreislauf der nicht abbricht. Auf der anderen Seite aber hat auch jeder Mensch unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten. Schulze-Delitzsch sieht es als eine Naturgegebenheit. Die Natur gibt dem Einzelnen die Möglichkeit für sein Überleben aufzukommen. Er spricht vom „verdient sein“.

Lassalle wettert massiv gegen diesen Verdienst, da er ihn aus kapitalistischer Sicht sieht.

Meiner Ansicht nach meint Schulze-Delitzsch unter dem Begriff des „verdient sein“ aber mehr ein Geben und Nehmen. Man muss selbst etwas zum Wohl der Gesellschaft beitragen um auch von ihnen profitieren zu können.

Lassalle weiter auf Seite 27:

Sie wollen den Arbeitern ökonomische Vorträge halten. Sie wollen ihnen nachweisen, wie sich die Welt der bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen als notwendig und rechtmäßig aus dem Gedanken ableiten. Sie wollen sie ihnen aus dem „Wesen der Arbeit“ entwickeln, mit welchem Sie so eben Ihre Vorträge beginnen. Der „Verdienst“ oder der Profit, das ökonomische „Verdienen“, von dem Sie sprechen, ist aber bereits eine äußerst komplizierte ökonomische Erscheinung.

Lassalle hält an dem Begriff des Verdienstes insofern fest, als er nur dann Gültigkeit hat, wenn Geldmittel, Tauschmittel etc. fließen. Als Gegenbeispiel erwähnt er antike Sklaven so wie Inkas in Peru, die Leistungen erbrachten ohne den Begriff der modernen Ökonomie zu verwenden.

Lassalle unterstellt Schulze-Delitzsch durch Unkenntnis entstandene Konzeptlosigkeit. Um überhaupt von Verdienst sprechen zu können, müssten im Vorfeld Begrifflichkeiten wie Tauschwert, Kapital, Zirkulation, Konkurrenz, Privatunternehmenschaft, Lohnarbeit nicht erklärt sondern schlichtweg vorausgesetzt werden. Was aber seiner Ansicht bei der Klientel der Arbeiter zu viel sei. Die Ursache dafür sieht er im Katechismus des Schulze-Delitzsch.

Schulze-Delitzsch fährt sinngemäß fort: durch den Verstand und den Willen sind wir in der Lage, die Triebe zu planen, das meint, wir wissen dass wir auch in den nächsten Tagen werden essen müssen, wir ein Obdach benötigten uvm.. Man kann sagen, wir sind in der Lage, die Zukunft zu planen und für Gegebenheiten bzw. Notwendigkeiten vorzuarbeiten. Dies geschieht durch die Arbeit. Der Begriff der „Arbeit“ ist für Schulze-Delitzsch nur beim Menschen möglich, weil es voraussetzt, dass etwas für die Zukunft vorbereitet wird. Tiere arbeiten daher nicht, da sie ihre Triebe im Moment befriedigen wollen, nicht aber an die Zukunft denken. Lassalle fasst die Erklärung so zusammen, dass eine kurzfristige Triebbefriedigung nicht Arbeit sein kann. Lassalle sieht einen Unterschied zwischen der menschlichen und der tierischen Arbeit nicht in dem Aspekt der „zukünftigen Lustbefriedigung“ sondern sieht den Unterschied vielmehr in der Fähigkeit des Menschen, Handlungen mit Bewusstsein zu setzen, was er den Tieren unterstellt. Einhergehen würde nach seiner Ansicht nach nämlich, dass Menschen nur dann „arbeiten“, wenn sie für sich selbst, nämlich für die eigene zukünftigen Lustbefriedigung tätig wären. Bei Sklaven, um sein Beispiel heranzuziehen, würde dies nicht

zutreffen, woraufhin ihre Tätigkeiten nicht als menschliche Handlungen gesehen werden können, sondern denen der Tiere zuzurechnen wären. Ebensolches gilt seiner Ansicht nach für die Arbeiterschaft des 18. Jahrhunderts. Diese Menschen erhalten für ihre Arbeit zu wenig Lohn – so dass es ihnen nicht möglich ist, für zukünftige Zeiten etwas zu planen. Dem Arbeiterstand kann es nur um momentane Bedürfnisbefriedigung gehen – denn für eine Zukunft reichen die Finanzmittel allemal nicht aus.

Eine solch enge Begriffsfassung hat Schulze-Delitzsch nicht. Es geht ihm im Prinzip um die Notwendigkeit der Selbstsorge. Das heißt, jeder Mensch ist dafür verantwortlich, seine eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten so einzusetzen, sich und der Familie ein Überleben zu sichern. Was Lassalle meiner Ansicht nach verkennt ist, dass es eben Schulze-Delitzsch auch um eine Verbesserung des Arbeiterstandes geht. Dass eben die Arbeiter aus der sklavenhaften Abhängigkeit der Unternehmer befreit werden sollen. Eben unter dem Aspekt der Selbsthilfe. Sie müssen selbst aktiv werden und sollen sich nicht auf die Hilfe von außen verlassen. Wortwörtlich sagt Schulze-Delitzsch:

So ist denn der Zweck der Arbeit die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, und derselbe wird erreicht durch vernünftigen Gebrauch der von der Natur in den Menschen gelegten Kräfte.⁹⁵

Die Bedürfnisse sind durch eigene Fertigkeiten zu befriedigen. Dabei soll der Einzelne der Gesellschaft möglichst wenig zur Last fallen. Jeder ist angehalten, sich möglichst selbst auf diese Befriedigung zu verlassen und diese Aufgabe nicht der Gesellschaft zu überlassen.

Die Selbstverantwortung und Zurechnungsfähigkeit sind die Grundpfeiler einer Gesellschaft, denn auf ihr können ökonomische und politische Gesetze aufgebaut werden.

Die Aufgabe eines Staates kann es nicht sein, diese Verantwortung seiner Mitglieder zu übernehmen, sondern ausschließlich die, für die Freiheit der Arbeit und die Freiheit der Bürger zu sorgen. Sie vor äußeren und inneren zersetzenden Einflüssen zu bewahren. Dadurch soll gewährleistet werden, dass der Einzelne seinen Fähigkeiten nachgehen und so bestmöglich zum Wohl der Allgemeinheit tätig sein kann. Die Zufriedenheit und das Wohl des Einzelnen sei eine unbedingte Notwendigkeit für das Wohl der gesamten Gesellschaft.

Vermögenswerte des Staates haben die Aufgabe, diese Freiheit des Einzelnen zu sichern. Schulze-Delitzsch schreibt:

[...] der Staatssäckel besteht von dem, was aus den Privatsäckeln der Bürger in ihn hineinfließt. Nun können wohl wenige von vielen oder auch ein vorübergehender Notstand vieler von allen übertragen werden. Aber die zahlreichste Klasse der Staatsbürger dauernd an eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, d.h. aus den Mitteln der übrigen Gesellschaftsklassen, also viele auf wenige, verweisen, wäre gleichbedeutend mit

⁹⁵ THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 32

Schulze-Delitzchs liberale Position soll jedem Einzelnen eine größtmögliche Freiheit und Selbstverantwortung gewähren. Des Staates Aufgabe sei die Sicherung seiner Interessen. Jedoch nicht die Unterstützung des Einzelnen. Dieser habe selbst für sein Fortkommen zu sorgen.

Lassalle sieht hier Schulze-Delitzsch einem Irrtum aufgesessen zu sein, da nach seiner Ansicht nach ein solches Verlassen auf die Naturkräfte nicht für eine Gesellschaft gelten kann. Denn eine Gesellschaft sei zu komplex, die Anforderungen darin beschränkten sich nicht ausschließlich auf das Wesentliche. Lassalle sieht hier eine Ungerechtigkeit, da manche Eigenschaften nützlicher seien, um in einer Gesellschaft weiterzukommen als andere.

Lassalle zitiert Aristoteles der seine Lehre vom Staat beginnt: „Da jedes gemeine Wesen eine Gesellschaft vereinigter Menschen ist“, und Schulze-Delitzsch sieht genau eine solche Gemeinschaft aus isolierten Wesen gewachsen. ⁹⁷. Damit spielt Lassalle darauf an, dass eine Gemeinschaft die Recht sprechen soll, immer auf einer Gemeinschaft aufbauen muss. Ein Rückschritt der Menschheit in das Stadium der Isoliertheit stellt für Lassalle einen der größten Rückschritte der Menschheit da.

Schulze-Delitzsch muss sich den Vorwurf von Lassalle gefallen lassen, die Geschichte nicht zu kennen denn sonst wüsste er, dass auch schon Aristoteles sagte, dass Herr und Knecht die erste Wirthschaft begründeten. ⁹⁸.

Lassalle sieht in der Gemeinsamkeit das wichtigste Fundament jeder Gesellschaft.

Meiner Ansicht nach hat Lassalle hier Schulze-Delitzsch bewusst oder unbewusst falsch verstanden. Es geht Schulze-Delitzsch nicht darum, aus jeder Form der Gesellschaft und Solidarität auszutreten. Schulze-Delitzsch möchte eher das Gegenteil erreichen, in dem er die Arbeiter auffordert, sich zusammenzuschließen und wirtschaftlich in Freiheit agieren zu können, um sich so der Herrschaft der Unternehmer zu entziehen. Der Einzelne darf sich nicht auf die Hilfe des Staates oder sonstiger Einrichtungen verlassen – Hilfe von außen führt erneut in eine Abhängigkeit.

Lassalle bezieht diese Freiheit auf einen gesamten gesellschaftlichen Verbund, und meint damit, Schulze-Delitzsch fordere die Auflösung jeder Gesellschaft, was aber von Schulze-Delitzsch nicht gemeint sein kann.

Nach Lassalle unterscheidet sich die Ökonomie gegenüber, er nimmt als Beispiel die Rechtssprechung in der Weise, dass man in der Ökonomie dafür verantwortlich gemacht werden kann, was man nicht getan hat. Die Rechtssprechung kann nur bestrafen, was man getan hat.

⁹⁶ ebd. S. 33

⁹⁷ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 37

⁹⁸ ebd. S. 38

[..] wenn Jemand raubt oder mordet oder irgend eine andere Handlung begeht, so ist er als Einzelner der alleinige Urheber derselben. Er ist ein Produkt seiner Willensfreiheit. [...] Wenn z.B. heute die Korinthernte in Korinth und Smyrna oder die Getreideernte im Mississippithal in den Donauländern und der Krim sehr reichlich ausgefallen ist, so verlieren die Korinthenhändler in Berlin und Köln, sowie die Getreidehändler, welche große Vorräthe zu den früheren Preisen auf Lager haben, durch den Preisabschlag vielleicht die Hälfte ihres Vermögens. Ist umgekehrt unsere Getreideernte schlecht ausgefallen, so verlieren in diesem Jahre die Arbeiter die Hälfte ihres Arbeitslohnes und mehr, der zwar im Geldausdruck derselbe bleibt, aber ihnen nur einen um so viel geringeren Theil von Nahrungsmitteln beschaffen kann.⁹⁹

Lassalle möchte in noch folgenden, anderen Beispielen darauf hinaus, auf die Ungerechtigkeit der Unternehmer bzw. Kapitalisten gegenüber den Arbeitern bzw. Konsumenten hinzuweisen. Wenn die Nachfrage hoch ist, steigen die Preise in Relation mehr, als wenn das Angebot beispielsweise durch eine gute Ernte, ausreichend ist. Folge ist, dass der Unternehmer, um den Preis hoch zu halten, die Produktion drosseln mag und dafür Arbeiter entlassen werden.

Auf diesen Vorwurf antwortet Schulze-Delitzsch, dass es durchaus nicht so sei, dass der Einzelne ökonomische Einflüsse nicht voraussehen könne, also auf die Gunst anderer angewiesen sei. Teilweise, so Schulze-Delitzsch sei es richtig, aber jeder Einzelne könne dies auch beeinflussen. Die Unternehmer, die ihre Aufgabe ernst nehmen und mit vollem Einsatz dahinter seien, können bei einer guten Konjunktur Reserven schaffen, um eine schlechte Konjunktur zu durchtauchen. Und wenn sie dennoch Schiffbruch erleiden sollten, so hätten sie das Wissen und den Einsatz, um sich eine neue Grundlage zu schaffen. Schulze-Delitzsch meint, Lassalle habe den Faktor des „eigenen Wollen und Können des Menschen“¹⁰⁰ nicht bedacht. Es bleibe ein bestimmter Bereich, der durch den Menschen nicht gelenkt werden könne, aber dem Menschen deshalb jede Entscheidungsfähigkeit abzusprechen, dies geht Schulze-Delitzsch zu weit.

So ist der Mensch beschaffen und so sind die Umstände, unter denen er in die Welt gesetzt ist, daß von zwei Seiten her sein Dasein bestimmt wird. Einmal durch ihn selbst, seine innern Eigenschaften, die eignen Fähigkeiten und Kräfte, deren Ausbildung und Gebrauch, kurz sein Wollen und Können. Sodann durch die Außenwelt, wie sie einerseits als Naturmacht, andererseits als die Summe der gesellschaftlichen Einrichtungen und Zustände, sowie des Zivilisationsgrades der Zeiten und Kreise, in denen er sich bewegt, auf ihn einwirkt.¹⁰¹

Schulze-Delitzsch sieht diese beiden Aspekte in gegenseitiger Wechselwirkung. Je größer

⁹⁹ ebd. S. 39f

¹⁰⁰ THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 179

¹⁰¹ ebd. S. 178f

die eigenen Fähigkeiten zu nutzen der Einzelne im Stande ist, umso geringer ist der Einfluss der Außenwelt.

Der Fehlschluss der Lassall'schen Ansicht liegt laut Schulze-Delitzsch darin, dass er die Fähigkeiten des Einzelnen nicht in Betracht zieht und die ökonomischen Einflüsse als eine unbewegbare Konstante sieht. Nach dem Modell stellt sich die Frage, ob bzw. warum es wechselnde Konjunkturen geben kann. Und weiters, warum es, bei einer schlechten Konjunktur dennoch Unternehmen gibt, die eine solche überstehen und warum andere daran zugrunde gehen? Scheinbar geht er hier doch von einer Selbstinitiative aus, die eben diese unterschiedlichen Entwicklungen ermöglichen.

Schulze-Delitzsch spricht hier von einem Risiko, das jeder Unternehmer hat, wobei der mit sorgfältigem Wirtschaften auch schwache Konjunkturzeiten überstehen kann. Als Entschädigung für eben solches Risiko spricht Schulze-Delitzsch dem Unternehmer auch einen entsprechenden Lohn zu.

Die Hilfsmittel der Arbeit sind eine Synthese aus der Arbeit des Menschen und der Macht der Natur. In der Natur finden sich die Rohstoffe, die der Mensch für seine Arbeit benötigt. Die Natur bringt, sagt Schulze-Delitzsch die Materialien hervor um sie für den Menschen nutzbar zu machen. Die Natur ist einerseits Rohstofflieferant für die Werkzeuge, auf der anderen Seite aber auch das Objekt der Nutzung. Der Mensch benutzt sie zweifach. Er sagt

[...] daß menschliche Arbeit um so leichter und dabei auch um so ergiebiger ist, je mehr die Naturhilfe sie unterstützt¹⁰²

Der Mensch ist ein faules Wesen, immer bestrebt mit möglichst geringem Aufwand einen größtmöglichen Ertrag zu erzielen. Dafür verwendet er seinen Geist, um seine Werkzeuge so weiter zu entwickeln, dass sie die Arbeit vereinfachen.

Es ist ein Prozess der immer voranschreitet und damit natürlich auf bereits bekanntem aufbaut. Schulze-Delitzsch spricht hier von Kapital, „d.h. die Summe früherer Arbeitsergebnisse, deren jemand zum Beginn wie zur Fortsetzung einer bestimmten gewerblichen Beschäftigung notwendig bedarf“.¹⁰³ Er weist darauf hin, dass Kapital nicht alleine aus einer Geldsumme bestehe. Geld kann insofern als Kapital gesehen werden, als man mit ihm alle notwendigen Werkzeuge erwerben kann. Aber Geld dient vielmehr als Vermittler. Ein anderes Beispiel wäre Grund und Boden als Kapital, das dazu dient, damit zu wirtschaften.

Lassalle fährt mit seiner polemischen Kommentierung fort - indem er meint, er könne nicht, wie im vorigen Kapitel, Schulze-Delitzsch Wort für Wort abschreiben, weil seine Leser vor Langweile einschlafen würden.¹⁰⁴

¹⁰² ebd. S. 35

¹⁰³ ebd. S. 36

¹⁰⁴ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 56

Er stellt die Frage der Freiheit – die ja, wenn der Arbeiter erst für Rohstoffe und Werkzeuge sorgen müsse, nicht vorhanden sein kann. Der mittellose Arbeiter habe kein Kapital, um sich Rohstoffe und Werkzeuge überhaupt erst auf Vorrat legen zu können. Auch hier argumentiert er wieder sehr überspitzt, denn der Freiheitsbegriff ist von Schulze-Delitzsch anders gesehen worden. Nach Lassalles Freiheitsbegriff, der grundsätzlich philosophisch gesehen werden muss, wäre überhaupt die Frage der Freiheit des Menschen zu untersuchen.

Schulze-Delitzsch weist auf die Notwendigkeit hin, innerhalb einer Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Die Bedürfnisse des Einzelnen können leichter und umfangreicher durch die Gemeinschaft erfüllt werden. Die ursprüngliche Lebensform des Menschen ist innerhalb einer Gesellschaft – seiner Ansicht nach ist der Mensch nur innerhalb einer solchen Gemeinschaft längerfristig lebensfähig. Er spricht von der natürlichen Bestimmung sowie seine Entwicklung die auf eine solche Gemeinschaft abzielt.

Der ärmste Tagarbeiter schläft doch auf Stroh, hat Kleidung und Obdach, so schlecht sie sein mögen, sein Stück Brot für den Hunger und besitzt irgend ein Gerät und Werkzeug zu Wirtschaft und Arbeit. Wie wäre es, stände er nackt und bloß allein für sich in der Öde – hätte er da wohl Aussicht, sich diese Gegenstände zu beschaffen?¹⁰⁵

Damit möchte Schulze-Delitzsch darauf hinweisen, dass auch der Ärmste einer Gesellschaft doch mehr hat, als wenn er alleine für sich wäre. Schulze-Delitzsch deutet die Vorteile der gemeinschaftlichen Arbeit an, mit Hilfe deren die gesamte Gesellschaft Vorteile hat. Damit setzt er genau diese Notwendigkeit einer Gemeinschaft voraus, die Lassalle im vorigen Kapitel als nicht vorhanden kritisiert hat. Schulze-Delitzsch geht so weit, dass er die Existenz des Menschen außerhalb einer Gesellschaft verneint.

Lassalle wendet hier kritisierend ein, Schulze-Delitzsch würde eine Gesellschaft nur deswegen gut heißen, um die Bedürfnisse bestmöglich befriedigen zu können. Zusätzlich weist er darauf hin, dass in der moderneren Gesellschaft (aus Sicht des 19. Jahrhunderts) vermehrt bis ausschließlich eine Arbeitsteilung vorherrschend sei und nicht der Einzelne vom Rohstoff bis zum Endprodukt alle Schritte selbst vollziehe. Dies ist auch nach Schulze-Delitzsch nicht vorgesehen und so auch nicht angesprochen, denn dies zeigt schon sein „Kapital“ Begriff, der auch die Vorleistungen anderer Zeiten bzw. Menschen mit einbezieht. Das Werkzeug für die Arbeit des Handwerkers wird in den meisten Fällen von einem anderen Handwerker hergestellt.

¹⁰⁵ THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 35

¹⁰⁵ ebd. S. 38

Um Ferdinand Lassalle selbst zu Worte kommen zu lassen:

Nicht ein Nebeneinanderleben von Menschen, die bloß ihre individuellen Arbeitsergebnisse mit einander austauschen, wie Sie sich das so gerne vorstellen und so oft wiederholen, Herr Schulze, bildet die menschliche Gesellschaft und die gesellschaftliche Arbeit, sondern die Produktion ist eine gemeinsame.¹⁰⁶

Lassalle kritisiert daran, dass die Gewinne nicht an die Arbeiter weitergegeben werden sondern, dass sowohl die Verteilung, als auch der Verkauf der Produkte von wenigen Menschen der Gesellschaft erledigt wird, die damit auch die Gewinne für sich beanspruchen.

Das Produkt geht nicht nur als Gegenstand, sondern auch seinem Werthe nach in das individuelle Eigenthum des Unternehmers über, der es für seinen alleinigen Gewinn verwerthet, sämtliche Arbeiter aber, die zum Zustandekommen des Produkts kooperiert haben, als Leute behandelt [...] sie also nach dem Lohngesetz ausbeutet, welches sich unter diesen Umständen für Leute, die gar nicht „irgend eine Beschäftigung, irgend eine Arbeit zu Erwerbszwecken beginnen können“, bilden muß.¹⁰⁷

Schulze-Delitzsch würde darauf einwenden, dass dem Unternehmer dieser Gewinn zusteht, da er das Risiko sowohl über die Produktion, als auch über den Verkauf selbst trägt und darüber hinaus noch für die Subsistenzmittel aufkommen muss. Den Vorwurf, den Lassalle erhebt, vor allem gegen die Möglichkeit der Selbständigkeit der Arbeiter, genau diese angebliche Unmöglichkeit möchte Schulze-Delitzsch mit den Vorschussvereinen bekämpfen und so den Arbeitern einen Weg in die Selbständigkeit ermöglichen. Lassalle sieht in der gemeinsamen Produktion und individuellen Vermarktung einen Widerspruch, den er Schulze-Delitzsch vorwirft, nicht erkannt zu haben. Lassalle mag im Blickpunkt haben, dass durch eine solche Individualisierung der Vermarktung die Freiheit des Arbeiters beschränkt würde – wie dies in Fabriken hauptsächlich der Fall war.

Schulze-Delitzsch sieht darin die Möglichkeit des Einzelnen, die Bereiche, in denen seine Leidenschaften und Fähigkeiten liegen, zu verstärken und seine Schwächen durch andere Arbeiter ausgleichen zu lassen. Lassalle nimmt es wieder wörtlich und wendet ein, dass es so einfach ja nicht sein könne – denn sonst hätten alle Menschen gleich viel. Denn da, so Lassalle, nach Schulze-Delitzsch außerhalb einer Gesellschaft alle gleiche Individuen seien, müsse eine solche Verteilung innerhalb einer Gesellschaft zu suchen sein. Das hält aber Lassalle nach Schulze-Delitzschs Auffassung für nicht möglich.

Er tut hier Schulze-Delitzsch Unrecht, da mit dem System nicht gewährleistet ist, dass jeder auf die gleiche Art und Weise Erfolg hat. Jedem Menschen soll die Wahl seiner Arbeit frei

¹⁰⁶ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 58f

¹⁰⁷ ebd. S. 59

sein, dies geht aber nicht näher auf die zusätzlichen Fähigkeiten des Einzelnen ein. Das heißt, jemand, der ein guter Handwerker ist, muss kein guter Wirtschaftler sein usw. Dies mögen aber Gründe dafür sein, erfolgreicher zu sein als Andere.

Die Form und Art der Gesellschaft werden durch die Gesellschaft vorgeprägt, doch so Lassalle, das wolle Schulze-Delitzsch nicht eingestehen, obwohl der dies erkannt hätte. Die Formen sind Bedürfnis, Anstrengung und Befriedigung.

Bedürfnis und Befriedigung sind persönliche Faktoren, die nicht durch eine andere Person entstehen, noch befriedigt werden können. Dagegen kann die Anstrengung auch von anderen übernommen werden. Schulze-Delitzsch meint hier die Arbeitsteilung – denn der Weg zur Befriedigung kann auch durch andere, nämlich durch die Produktion des gewünschten Gegenstandes, begangen werden. Es ist sogar viel einfacher und rascher, wenn andere an solcher Bedürfnisbefriedigung arbeiten, da anzunehmenderweise mehrere Menschen die Lust nach einer solchen Befriedigung haben werden.

Schulze-Delitzsch bezeichnet es als

Die Erzeugnisse der menschlichen Arbeit sind übertragbar [...] aber wir können einer für den anderen arbeiten, wir können uns einander gegenseitig Dienste leisten und mit dem, was jeder zum Leben braucht, versorgen.¹⁰⁸

Für Schulze-Delitzsch besteht darin eine Notwendigkeit, um überhaupt einer Gesellschaft das Überleben zu sichern.

Daß außerhalb der Gesellschaft die Bedürfnisse des vereinzelt Menschen seine Kräfte übersteigen und Verkümmern sein gewisses Los ist, steht der andere ebenso unumstößlich gegenüber: daß innerhalb der Gesellschaft, im Austausch der wechselseitigen Arbeitserzeugnisse und Leistungen, die Kräfte des Menschen weit über seine Bedürfnisse hinausgehen.¹⁰⁹

Am Beginn jedes Bedürfnisses steht die Befriedigung der eigenen Seele, erst im Weiteren können die überschüssigen Produkte an andere weitergegeben werden. Dafür erhält man vom anderen Produkte, in deren Herstellung man nicht so bewandert ist. Dies setzt aber voraus, dass die Sicherung der zahlreichen Bedürfnisse, die man selbst nicht befriedigen kann, durch andere ermöglicht wird. Es ist daher Vertrauen notwendig. Dieses Vertrauen zu erhalten bzw. zu fördern sei auch eine Aufgabe des Staates.

Lassalle sieht hier wieder einen Widerspruch in der Argumentation Schulze-Delitzschs. Die-

¹⁰⁸ THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 39

¹⁰⁹ ebd. S. 39

ser beruhe darauf, dass Schulze-Delitzsch zunächst von der Individualität des Menschen spricht, um hier jetzt von der Notwendigkeit einer Gesellschaft zu sprechen. Vor allem sieht Lassalle die Freiheit des Einzelnen in Frage gestellt, wo er doch bezüglich seiner Bedürfnisbefriedigung auf seine Umwelt angewiesen zu sein scheint.

Diese Entwicklung ist aber nicht eine Erfindung von Schulze-Delitzsch, sie entspricht grundsätzlich einer Tatsache. Durch die Spezialisierung des Handwerks hat sich eine Arbeitsteilung entwickelt die nicht auf der Idee Schulze-Delitzschs fußt und auch von Lassalle objektiv nicht verneint bzw. abgelehnt werden kann.

Lassalle versucht mit statistischen Daten zu unterstreichen, dass das Genossenschaftssystem, wie es beispielsweise in Großbritannien und Flandern existiert, weit mehr Armut bringt als es beseitigt.

Schulze-Delitzsch führt einen Vorteil an, indem er davon spricht, dass durch die Spezifizierung mehr produziert werden kann als der Einzelne verbrauchen kann – und so die Gesellschaft an Wohlstand gewinnt.

Lassalle wendet hier scharf ein, dass die Armut derart groß sei, dass nicht einmal die wichtigsten Grundnahrungsmittel in ausreichender Menge vorhanden sind. Für ihn grenzt es an Blasphemie, da von einem Überschuss zu sprechen. Er weist auch auf die schlechten Arbeits- und Gesundheitsbedingungen innerhalb der Firmen hin – und schlägt hier in die gleiche Kerbe wie Schulze-Delitzsch, der durch seinen Gedanken ein Gegengewicht zur Fabrikarbeit schaffen möchte, das Lassalle aber so nicht sieht. Er sieht in Schulze-Delitzsch einen naiven Kapitalisten.

Lassalle führt Daten aus dem statistischen Bureau des Geheimen Rath Egel an, seines Zeichens Direktor des Bureaus, nach dem die Lebensdauer eines Rentiers bei durchschnittlich 66 Jahren, die eines Maschinenbauers bei 37 Jahren und die eines Tabakspinnners und Cigarrenmachers bei 31 liegt.¹¹⁰

Lassalle ist der Ansicht, dass der Mensch in seiner Gesamtheit genügend Waren produziert um das Überleben aller zu sichern, dass jedoch die Verteilung nicht an alle im gleichen Maße geht. Dass den größten Teil die Unternehmer und Industriellen für sich beanspruchen und der großen Klasse der Arbeiter das Überleben kaum gesichert werden kann.

Für die Ansicht Schulze-Delitzschs hat er nur Spott übrig. So schreibt er

Herr Schulze! Patrimonialrichter! Haben Sie denn gar keinen Begriff von der wirklichen Gestalt der heutigen gesellschaftlichen Arbeit? Sind Sie denn nie aus Bitterfeld und Delitzsch herausgekommen? In welchem Jahrhundert des Mittelalters leben Sie denn eigentlich noch mit allen Ihren Anschauungen?!¹¹¹

¹¹⁰ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 66

¹¹¹ ebd. S. 72

Lassalle ist der berechtigten Ansicht, dass gerade im Zeitalter der Industrialisierung die Arbeiter dies aus zwei Gründen nicht tun:

1. sie stellen keine Gesamtprodukte mehr her, sondern steuern nur einen kleinen Teil des Gesamtwerkes bei; sie sehen das Endprodukt nicht
2. sie benötigen die Waren, die sie selbst produzieren, in den meisten Fällen nicht. Ihre Bedürfnisse sind viel grundlegender.

Polemisch meint er:

Herr Borsig produziert zunächst Maschinen für seinen Familienbedarf. Die überschüssigen Maschinen verkauft er dann.¹¹²

Das System, in dem im Eigentlichen für den Eigenbedarf produziert und Überschüsse weiterverkauft werden, dieses System sieht Lassalle in der Vergangenheit, aber nicht in der Zeit der industriellen Produktion. Hier sieht er einzig den Gewinn als primäres Prinzip. Unterstützt und massiv vorangetrieben durch die Entstehung des Geldes bzw. anderer Tauschwerte.

Er unterstellt dies auch Schulze-Delitzsch:

- die Wirtschaft produziere das, was der Einzelne nicht brauche und somit ein Teil in großem Reichtum und der andere Teil in großer Armut lebe
- diese Form der Produktion sei die Mutter des Weltmarktes
- sie sei die Ursache der Überproduktion, der Krisen und der Arbeits- und Handelsstockungen
- und die Ursache für die Leiden des Arbeiterstandes

Lassalle hat mit unter Recht, wenn er dem einzelnen Handwerker einen höheren Wohlstand zuspricht, da dieser am Land möglicherweise einen kleinen Acker besitzt den er selbst bewirtschaftet und so für den eigenen Bedarf die Lebensmittel selbst produziert.

Lassalle knüpft an dieser Produktion des Nicht-Gebrauches den Kapitalbegriff auf. Für ihn ist Kapital nicht die für ein Handwerk notwendigen und geleisteten Aufwendungen wie bei Schulze-Delitzsch sondern

[...] nur bei dieser ausschließlich auf Tauschwerthe gerichteten Produktion, also nur dann, wenn die Arbeit die „Form und Art ihrer Verrichtung“ angenommen hat, daß Jeder Dinge seines eignen Nicht-Gebrauches produziert – daß nur dann sage ich, Kapital im eigentlichen Sinne vorhanden ist!¹¹³

Zitat Lassalle S. 76¹¹⁴:

Sie begreifen also vorläufig nichts, nichts, gar nichts von allen

¹¹² ebd. S. 73

¹¹³ ebd. S. 76

¹¹⁴ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 76

unseren ökonomischen Zuständen!
Und gegen dieses Ihr Kleinkindergerede soll ich Oekonomie dozieren?
Spätere Zeiten, denen ja doch eigentlich alle meine Mühen und Anstrengungen gelten, werden mir gerade das zum höchsten Verdienst anrechnen, daß ich mich sogar der *S e l b s t e r n i e d r i g u n g* unterzog, die für mich darin liegt, dies Ihr Kindergeträtsch erst noch zu kritisieren!

DIE TEILUNG DER ARBEIT IN VERSCHIEDENE GESCHÄFTSZWEIGE IM BESONDEREN

Die Teilung der Arbeit steht für Schulze-Delitzsch in einer Effizienzsteigerung. Diese äußert sich für ihn in drei Hauptpunkten:

1. eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeit. Die Ursache sieht er darin, dass jeder genau nach seinen Fähigkeiten tätig wird und durch ständige Verbesserung seiner Arbeitsorganisation und Tätigkeit effizienter und besser wird. Zugute kommt dabei die Vielseitigkeit des Menschen an sich – so dass wirklich jeder seine Nische findet. Diese Entwicklung der Erfindungen wird in Folge immer weiter gegeben und beschleunigt.
2. Arbeitsteilung reduziert die Kosten, da Werkstoffe und Werkzeuge best möglich eingesetzt und genutzt werden. Man kann hier von einer Produktivität sprechen. Es wäre für den Einzelnen nicht möglich, sich alle Gerätschaften für die Produktion seiner Werkzeuge selbst anzuschaffen und diese Werkzeuge dann auch noch selbst herzustellen. Als Beispiel: wie viel Zeit und Energie wäre notwendig, um sich selbst einen Hammer zu konstruieren. Das Eisen müsste abgebaut, erhitzt, etc. werden.
3. Eine Arbeitsteilung gewährleistet eine größtmögliche Ausnutzung der Rohstoffe der Natur. Da Werkstoffe dort produziert werden können, wo die Rohstoffe zahlreich vorhanden sind.

Lassalle übt Kritik vor allem daran, dass hier nicht eine „Teilung der Arbeit im Besonderen“ beschrieben wird sondern dies eine sehr allgemein gehaltene Beschreibung ist. Er unterstellt Schulze-Delitzsch dass er mehr oder weniger der Sprache nicht mächtig sei, da er nicht in der Lage sei, dem Leser die Erklärung dieses, in der Überschrift angekündigten Themas zu geben.

DAS KAPITAL

Kapital setzt sich nach Schulze-Delitzsch zusammen aus den drei Punkten

- Rohstoffe
- Werkzeuge
- Subsistenzmittel oder einen Fonds zur Zahlung der Arbeiterlöhne

Das Kapital bildet den Teil des Vermögens eines Menschen, der nicht sofort verzehrt, nicht zur Befriedigung augenblicklicher persönlicher Bedürfnisse verwendet, sondern entweder zum dauernden Nutzen und Gebrauch für die Zukunft angesammelt und verwendet, oder bei einer künftigen Arbeit, bei Beginn oder Fortsetzung eines Geschäfts, gleichviel ob eines eigenen oder fremde, angelegt wird.¹¹⁵

Es gibt Gegenstände deren Verzehr nicht möglich ist – dazu gehören Maschinen, Grundstücke, Häuser usw. Andere wiederum können für den eigenen Verzehr, aber auch als Kapital gesehen werden. Als Beispiel nennt Schulze-Delitzsch ein Weizenfeld, dessen Ernte selbst verbraucht, an die Arbeiter ausgegeben und aber auch verkauft und der Erlös für Investitionen verwendet werden kann. Aber auch Wissen, Fertigkeiten können als Kapital bezeichnet werden, sofern sie den zukünftigen Lebensunterhalten zu sichern verstehen. Schulze-Delitzsch übersieht nicht, dass auch Maschinen einer Abnützung unterliegen – und dennoch zum Kapital gerechnet werden können. Ausschlaggebend ist für ihn die „positive Konsumtion“. D.h., dass durch die Produktion und damit Verbrauch der Maschine neue Werte geschaffen werden.

Zusammenfassend kann es so formuliert werden, dass Kapital all das Vermögen ist, das der zukünftigen Sicherung dient und somit eine positive Konsumtion darstellt.

Die Kritik Lassalles richtet sich gegen die liberale Ökonomie als solche, die seiner Ansicht nach falsch ist, wobei Schulze-Delitzsch und sein „Gedankenvater“ Bastiat die Krönung darstellen würden

Lassalle tritt hier mit der Annahme auf, der Begriff des Kapitals beruhe bei Schulze-Delitzsch ausschließlich auf „Privatkapital“; was Schulze-Delitzsch durchaus so sehen kann, da er sich gegen jede Form von staatlicher Unterstützung ausspricht. Überdies ist für ihn das Staats- oder öffentliche Kapital nicht mehr als die Summe des gesamten Privatkapitals. Lassalle sieht hier auch das öffentliche Kapital als eine Möglichkeit der Subventionierung.

Er geht über zu einer eigenen Definition des Kapitals – es dient zur Erklärung und Hilfeleistung Schulze-Delitzschs, da er diesem zu unterstellen vermag, dieser (Schulze-Delitzsch) sich ja „überhaupt nicht zu so gebildeter Denk- und Sprachweise emporschwingen könne“¹¹⁶:

1. „Das Kapital ist der Teil des Vermögens, der gespart bzw. investiert und somit für die Zukunft verwendet wird. Damit sei Kapital ein Teil des Einkommens. Lassalle sieht es genau umgekehrt: das Kapital ist das, was ein Einkommen schafft. „es entspringt also das Einkommen dem Kapital“ (S. 82)

Zitat S. 84: „Macht Alles nichts! Alles wie es gerade für das Bedürfnis jeder Seite Ih-

¹¹⁵THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 46

¹¹⁶BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 82

res Katechismus nöthig ist! [...] Sie erklären also, wenn man Ihre Definition begriffsmäßig zusammenfasst, das „Kapital“ als einen bestimmten „Theil des Kapitaleinkommens!!!“ Großer Schulze! Das diese chaotische Verwirrung in Ihrem patrimonialrichterlichen Haupte angerichtet hat, lässt sich nun ohne zu großen Scharfsinn errathen. Sie haben gewiß einmal in Delitzsch gesehen, wie Jemand, der 1000 Thaler Einkommen hatte, aus demselben 500 Thaler erspart und als Kapital angelegt hat. Und flugs glauben Sie nun, wie sich später zeigen wird, dies wäre der Prozeß, durch welchen sowohl historisch die Kapitalbildung entstanden sei, als auch durch welchen sich die heutige europäische Kapitalbildung vollziehe!“

2. die Erklärung des Kapitalbegriffes bleibt aus, es folgt vielmehr nur ein Versuch einer geschichtlichen Erklärung. Dies wirft er Schulze-Delitzsch vor – das er hier wiederum nicht wisse wovon er rede.
3. Eine Unterscheidung zwischen umlaufenden und fixem Kapital.

Umlaufendes Kapital ist jenes, das für Güter des täglichen Lebens aufgewendet werden muss. Fixes Kapital sind Vermögen in Form von Grundstücken, Häusern – jener Bereich den Schulze-Delitzsch als Kapital nach seinem Verständnis bezeichnet

Lassalle fordert eine allgemeine Begriffsbestimmung von „Kapital“, da er mit der Bestimmung von Schulze-Delitzsch nicht viel anfangen könne. Als Beispiel führt er das Leben eines Studenten an, der, um zu überleben natürlich Kapital verzehren muss, dennoch daraus einmal einen Ertrag erwirtschaften können. Für ihn ist Kapital nicht ausschließlich fixiert, sondern beinhaltet auch umlaufendes Kapital. Besonders erwähnt er noch die Frage der Form des Kapitals bei geisteswissenschaftlicher Arbeit einerseits und möchte auch festhalten, dass Kapital nicht automatisch zu einem Vermögen führt. Dies hat Schulze-Delitzsch auch nie behauptet – er weist ja auch ausdrücklich drauf hin, dass nicht jeder Mensch alle Fähigkeiten für ein erfolgreiches Leben mit sich trägt. Dafür gibt es andere Menschen, die solche Defizite ausgleichen können.

Schulze-Delitzsch sieht in den Kosten, die für andere Produkte gezahlt werden müssen, nicht mehr als Arbeitslöhne. Die Rohstoffe, die für ein Produkt verwendet werden, machen nur einen kleinen Teil des zu bezahlenden Preises aus. Der große Teil davon geht für Arbeitslöhne auf – und ist daher seiner Ansicht nach gerechtfertigter als es Lassalle sieht, der darin nur eine Bereicherung des Unternehmers vermutet.

ENTSTEHUNG DES KAPITALS

Kapital wird durch Sparen erzielt – doch reicht das sparen an sich nicht aus um ein Vermögen zu schaffen. Es ist nach Meinung Schulze-Delitzschs notwendig, das Ersparte produktiv

einzusetzen um so einen Mehrwert zu erzielen.

Indessen reicht das Sparen, das Nichtverzehren einer Sache für sich allein nicht hin, Kapital zu schaffen. Vielmehr muß demselben eine lohnbringende Tätigkeit, eine produktive Arbeit notwendig vorhergehen, wie sich von selbst versteht, weil ohne dem die Gegenstände, an welchen gespart werden kann, fehlen würden.¹¹⁷

Das Mittel, solche Werte zu schaffen, sei die Arbeit. Nur durch Arbeit alleine würden sich Werte schaffen lassen, die in späterer Folge zu einem Vermögen führen können. Arbeit und Kapital würden in einem ständigen Kreislauf in Wechselwirkung treten. Dies könne zu einem längeren Prozess voller Entbehrungen werden. Für Schulze-Delitzsch jedoch spielt das Vermögen nur insofern eine Bedeutung, als es dem Unternehmer mehr Freiheit lässt. Es würde aber keinesfalls zu Hedonismus erziehen. Die Aufgabe der Reichen wäre es, das Geld, welches sie selbst nicht für ihre Zukunft benötigen, Anderen gegen Zins zur Verfügung zu stellen.

Lassalle wendet mit einiger Berechtigung hier gegen Schulze-Delitzsch ein, dass, besonders in der Arbeiterklasse, der Arbeitsertrag und der Lohn nicht übereinstimmen müssen. Der Lohn würde nicht dem Ertrag der Arbeit entsprechen. Daher sei es vielen Arbeitern auch nicht möglich, etwas zu sparen.

Was Lassalle aber nicht bedenkt ist, dass sich Schulze-Delitzsch dieser Problematik durchaus bewusst ist – mit den Vorschussvereinen möchte er genau diese Problematik beseitigen!

Ökonomen der Zeit definieren Kapital als „Angehäuften Arbeit“. Für Lassalle erheblich scheint die Unterscheidung zu sein, ob die Person, die jenes Kapital besitzt, auch die Arbeit geleistet haben muss. In den wenigsten Fällen wird dies der Fall sein. Lassalle denkt hier insbesondere an Sklaven, die für ihre Arbeit keine Form von Entschädigung erhalten haben.

Schulze-Delitzsch wirft er vor, dem Kapital immer unterschiedliche Gründe seiner Entstehung zu unterstellen. Zunächst sei dies durch sparen, später durch die Arbeit. Es ist ein Kreislauf, eines geht dem anderen einher – dies aber möchte Lassalle nicht sehen.

KREDIT UND KAPITALRENTE

Schulze-Delitzsch unterscheidet nicht zwischen den beiden Begriffen „Kredit“ und „Kapitalrente“. Kredite sind notwendig für diejenigen, die ein Gewerbe eröffnen wollen, aber nicht durch Erbschaft, Schenkung usw. ausreichende Finanzmittel zur Verfügung haben. Ihnen wird die Möglichkeit gegeben, sich selbst ein Vermögen zu verdienen. Aus diesem Grund werden sie nach Schulze-Delitzschs Auffassung auch gerne bereit sein, dem Kapitalgeber ein wenig

¹¹⁷THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 48

dafür zu entschädigen, dass dieser die Geldsumme nicht für sich verwerten kann. Der Zins ist nicht mehr als eine Entschädigung für die Nichtverfügbarkeit einer Geldsumme. Und sie sollte in erster Linie dafür verwendet werden, damit eine Existenz zu begründen.

Die Gründung seiner Vorschussvereine entstand aus der Not heraus, dem Wucherer eine Alternative gegenüberzustellen. Seiner Vorstellung nach kann aber auch eine Privatperson Geld verleihen – er sieht es als die Pflicht des reichen Unternehmers, das Geld, das er selbst nicht für seine Zukunftssicherung benötigt, hilfsbedürftigen Personen zu deren Existenzgründung gegen einen Zinssatz zur Verfügung zu stellen.

Der Zins hat die Funktion:

- eine Entschädigung für nichtverwendbares Kapital von Seiten des Verleihers
- eine Art Sicherstellung, um bei einer Zahlungsunfähigkeit des Schuldners einen kleinen Anteil des eingesetzten Vermögens zurückzubekommen
- den Schuldner aus der Rolle des Bittstellers und der Abhängigkeit zu führen, da er für das geborgte Geld eine Leistung in Form von Zinsen erbringt

Ja, Zins ist lästig! Hebt den Zins auf, und der Kredit ist weg, und wenn ihr in am nötigsten braucht, fehlt er euch!¹¹⁸

Der Kredit setzt ein soziales und sittliches Vertrauen in einer Gesellschaft voraus. Das heißt, ein Kreditsystem ist erst in einer gewachsenen und gefestigten Gesellschaft denkbar. Anzumerken wäre hier, dass Schulze-Delitzsch von einem Idealzustand spricht. Wie sich in dem Geschäft der Wucherer zeigt, ist eine solche sittliche Basis nicht immer voraussetzbar. Lassalle wettert gegen oben angeführtes Zitat von Schulze-Delitzsch, dass dies nie jemand verlangen würde – nicht einmal überzeugte Sozialisten wie Proudhon. Was diese vielmehr fordern würden wäre eine Institution, und Lassalle spricht hier von Volks- bzw. Staatsbanken, die dem Bedürftigen Kredit ohne Zinsen zur Verfügung stellen sollten.

Auf diesen Vorschlag reagiert Schulze-Delitzsch mit Unverständnis, da er der Überzeugung ist, wenn keine Zinsen zu zahlen wären und der Staat als Bürge haften würde, niemand das Geschäft so ernst nehmen würde wie es notwendig wäre um erfolgreich zu sein. Und überdies wäre der Staat verpflichtet, auch einem, in Konkurs gegangenen Staatsbürger erneut Kredit zu gewähren.

Neben dem Sparen für ein eigenes Geschäft ist auch eine Vorsorge für die Pension eine wichtige Säule. Denn nur durch ein regelmäßiges, wenn auch geringes Ansparen fürs Alter lässt sich ein Lebensabend ohne allzu große Einbußen realisieren. Dafür hat Schulze-Delitzsch so genannte Pensionskassen eingerichtet.

¹¹⁸ ebd. S. 55

Der Preis einer Ware setzt sich zu einem geringeren Teil aus dem Preis der Rohstoffe die für die Produktion notwendig, zum größeren Teil aber aus dem Lohn des Arbeiters für die Herstellung zusammen. Schulze-Delitzsch rechnet hier damit, dass, wenn alle Unternehmer gut verdienen und stets neue Produkte produzieren lassen, einerseits die Beschäftigung, als auch das Niveau der Entlohnung steigt.

Hieraus folgt, dass durch die Vermehrung, das Wachstum der Kapitalien die vermehrte Beschäftigung und bessere Löhnung der Arbeiter bedingt wird, und dass, wenn nicht etwa die Vermehrung der Arbeiter in noch größerer Progression stattfindet, als die des Kapitals, Lohn und Beschäftigung dadurch steigen.¹¹⁹

Lassalle würde dem widersprechen, da er nicht der Überzeugung ist, dass der Unternehmer mehr als unbedingt notwendig an seine Arbeiter zahlt, sondern den Gewinn für sich selbst verwendet.

Weiters ist Schulze-Delitzsch davon überzeugt, in einem Land mit viel Kapital entstünden auch viele Unternehmen da versucht würde, das Kapital arbeiten zu lassen.

Durch das Wachstum des Kapitals und die maschinelle Produktion sieht Schulze-Delitzsch zwei positive Aspekte für die Arbeiterklasse:

- Erhöhung der Lebensqualität da durch die maschinelle Produktion Güter in zahlreicherer Menge und zu günstigeren Preisen produziert werden können
- Vergeistigung der einst handwerklichen Arbeit da „einfache“ Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt werden und der Arbeiter sein Betätigungsfeld in einem anderen Bereich finden wird

Schulze-Delitzsch sieht darin eine Art von Befreiung für die Arbeiter. Maschinen sind Sklaven der Neuzeit. Die Arbeiter müssen sich an ihre neue Position gewöhnen und damit enden, über das Leid zu klagen dass ihnen die Maschine angeblich bringt und sich mehr auf die geistige Arbeit einrichten. Damit, so Schulze-Delitzsch, wird das Interesse an geistiger Tätigkeit auch im privaten Bereich Fuß fassen und sich positiv auf die Entwicklung der Gesellschaft auswirken. Ähnliche Vorstellungen verfolgte schon Thomas Morus (1478-1535) in seinem Roman „Utopia“, in dem die Maschinen die Arbeit zur Erhaltung der Gesellschaft leisten und sich die Menschen dem Studium widmen könnten.

Er sieht auch keine Gefahr der Arbeitslosigkeit da seiner Ansicht nach Maschinen nicht die Menschen ersetzen sondern lediglich die Produktion gesteigert wird und somit die Waren günstiger werden. Und sollte es dennoch zu Entlassungen kommen, so würde damit mehr Kapital freigesetzt, hervorgerufen durch die geringeren Lohnausgaben, dieses Kapital würde seiner Ansicht nach wiederum investiert und damit könnten diese Arbeitskräfte wieder beschäftigt werden. Schulze-Delitzsch kann sich nicht vorstellen, dass jemals der Zustand der

¹¹⁹ ebd. S. 59

Übersättigung eintreten könnte. Für ihn was nicht vorstellbar, dass das Angebot größer werden könnte als die Nachfrage.

Er gesteht ein, dass manche Berufe durch Maschinen vollkommen ersetzt würden, als Beispiel die Abschreiber die durch den Buchdruck überflüssig geworden sind, dennoch wäre es für ihn undenkbar die Buchdruckerzunft zu unterbinden, zum Schutz der Zunft der Abschreiber.

Aber solche vereinzelt Beispiele können den großen Nutzen aller nicht leugnen. Zahlen belegen dies, der Wochenlohn betrug¹²⁰

1804: 32 Schilling in 74 Arbeitsstunden
1833: 42 Schilling in 69 Arbeitsstunden
1850: 40 Schilling in 60 Arbeitsstunden

berechnet auf die Grundnahrungsmittel Fleisch und Weizen erhielt man von einem Wochenlohn eines Baumwollarbeiters in Pfund¹²¹

im Jahre	Weizenmehl	Fleisch
1804	117	62,5
1814	175	67
1833	267	83
1850	320	85

Kapital ist für ihn der Weg raus aus der Armut hin zu einer Wohlstandsgesellschaft. Für ihn ist es die Lösung der meisten Probleme. Kapital heißt für ihn nicht nur materielles, sondern auch geistiges Kapital. Darunter versteht er die Erforschung verschiedenster Erscheinungen die einer Gesellschaft dienlich sind und von Generation zu Generation weitergegeben und verbessert werden.

Und jene Ansammlung und Ausbildung vollends von Wissen und nützlichen Fertigkeiten, von Entdeckungen und Erfindungen, die Leben und Arbeit immer leichter machen, das größte, reichste und unverwüthlichste Kapital von allen, welches das stets gesteigerte Wachsen der übrigen erst möglich macht.¹²²

Lassalle geht auf diese Punkte nicht weiter ein – in der Einleitung zum folgenden Kapitel schreibt er:

Wir übergehen die beiden bei Ihnen noch folgenden Abschnitte Ihres „Kapital“-Unsinnns, die immer wieder dasselbe Grundthema in allen möglichen falschen Quinten weiter variiren, welche sich nun durch alles Vorhergehende hinreichend von selbst auflösen, zum Theil auch noch später von uns beiläufig betrachtet werden sollen.¹²³

¹²⁰ ebd. S. 63

¹²¹ ebd. S. 63

¹²² ebd. S. 66

¹²³ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 133

DAS EIGENINTERESSE UND SEINE WIRKUNGEN IM HAUSHALT DER GESELLSCHAFT

Für Schulze-Delitzsch dient die Arbeit zur Befriedigung von Bedürfnissen, die dem Menschen angeboren sind. Es geht vor sich in der Dreiheit von Bedürfnis – Anstrengung – Befriedigung. Die Form der Arbeit entwickelte zur Arbeitsteilung um so effizienter und den Fähigkeiten der Menschen angepasst zu produzieren. Daraus resultierend ergab sich zwingend der Tauschhandel, bei dem die notwendigen Produkte gegen eigene Produkte eingetauscht werden konnten.

Jeder Mensch ist so geprägt, dass er

- mit möglichst geringem Aufwand
- möglichst großen Ertrag erzielen möchte.

Schulze-Delitzsch sieht darin keinen Nachteil – im Gegenteil, er sieht darin einen wichtigen Punkt für den Erfindungsgeist des Menschen. Denn dadurch verbessert er ständig seine Produktionswege, um den Ertrag zu steigern und sich dabei weniger anstrengen zu müssen. Vorausgesetzt sind Freiheit und eine Rechtssicherheit.

DER TAUSCH, DER WERT

Der Tausch und das Eigeninteresse sind die Grundsäulen einer Gesellschaft. Die Möglichkeit des Tausches rührt aus der Arbeitsteilung.

Damit ergaben sich aber Schwierigkeiten.

- ein unterschiedlicher Zeitaufwand bei zu tauschenden Produkten
- ein geschickter Handwerker benötigt für die Herstellung weniger Zeit als ein ungeschickter. Dennoch kann der Ungeschickte den zusätzlichen Zeitaufwand nicht in Rechnung stellen.
- Güter des täglichen Gebrauchs stehen Gütern mit einer längeren Gebrauchsdauer gegenüber.

Je höher der Arbeitsaufwand ist, umso höher ist auch der Preis der dafür verlangt werden kann. Ein Diamant ist erst dann wertvoll, wenn er gut geschliffen ist und es jemanden gibt der den Preis dafür bezahlen möchte. Geld bietet die Möglichkeit einer Gerechtigkeit und Dauerhaftigkeit. Das heißt, Geld als Tauschwert Mittel muss bzw. kann gespart und zu einem späteren Zeitpunkt verwertet werden. Überdies ist es nicht an eine bestimmte Sache geknüpft.

Der Wert einer Sache ist ähnlich schwierig zu beschreiben. Ricardo teilt den Wert in einen Nutzwert und einen Monopolwert. Schulze-Delitzsch sieht eine solche Unterscheidung auch

– und führt das Beispiel einer Semmel in einer belagerten Stadt an. Hier steigt der Wert ins scheinbar unermessliche, auch wenn die Zutaten dafür einen sehr geringen materiellen Wert aufweisen. Grund dafür ist Angebot und Nachfrage. Ricardo mit seiner Wert Teilung wird von Lassalle angeführt. Der Monopolwert, und hierfür zählt für Lassalle auch die Semmel aus Schulze-Delitzschs Beispiel, orientiere sich ausschließlich an der großen Nachfrage. Ein solcher Wert stehe in keiner Relation zu dem Wert der Herstellung.

Der Nutzwert sei abhängig von räumlich-zeitlichen Situationen. Der Wert einer Ware sei für Person A gering, wenn diese im Moment keine Verwendung habe. Für den Nachbarn, der diese Ware notwendig brauche, habe sie dagegen einen hohen Nutzwert.

Lassalle kritisiert an Schulze-Delitzsch, die Theorien von Ricardo, aber auch die französische und britische Ökonomietheorie nicht berücksichtigt. Lassalle unterstellt ihm hier erneut Unkenntnis zu habenn.

Das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ heißt für Schulze-Delitzsch auch: „keine Leistung ohne Gegenleistung, nichts umsonst, nichts ohne Entgelt“¹²⁴

DIE KONKURRENZ

Die freie Konkurrenz ist für Schulze-Delitzsch die Instanz, die für die Preisregulierung zuständig ist. Denn jeder hat ein Eigeninteresse – der, der sein Bedürfnis befriedigen möchte und der, der dazu in der Lage ist. Denn durch die Erfüllung des Wunsches erhält er ein Entgelt, welches er wiederum zur Befriedigung seines Bedürfnisses heranziehen kann. Wäre ein Monopol oder ein Oligopol in der Produktion eines Produktes, so kann er Preis willkürlich festgelegt werden. Resultat: Konsumenten würden auf das Produkt verzichten, oder sich auf Umwegen eine günstigere Ware besorgen. Die Konkurrenz ist daher auch der Maßstab, dass alle Bedürfnisse raschest möglich erfüllt werden. Es entsteht ein Wechselspiel zwischen Angebot und Nachfrage. Das Angebot wird an die Nachfrage angepasst – und umgekehrt.

Schulze-Delitzsch spricht sich hier eindeutig für die Gewerbefreiheit aus und gegen jede Form von Reglementierung. Er argumentiert damit, dass dem Fleißigen die Möglichkeiten seiner Entfaltung genommen werden und der Träge, Faule usf. dem Fleißigen die Existenzgrundlage entzieht. Damit hat sich Schulze-Delitzsch auch gegen die Zünfte ausgesprochen die sehr wohl ihre Interessen wahren wollten. Nutzen der Zünfte einer Reglementierung ist:

- eine Preisbestimmung, da quasi eine Monopolstellung
- Kontrolle der Handwerksbetriebe durch den ausgeübten Druck
- Qualitätssicherung

So sehr seine Forderungen nach Gewerbefreiheit liberal sind, so haben sie den Nachteil des

¹²⁴THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 71

Kostendruckes. Dieser wirkt sich nicht nur positiv auf den Konsumenten aus, sondern auch negativ auf die Einkommen der Arbeiter. Schulze-Delitzsch meint dazu

Der tüchtige, der fleißige, der unternehmende Arbeiter wahrhaftig nicht, der hält es mit den andern schon aus, der kommt mit fort.¹²⁵

Was er darin auch sieht, ist der daraus resultierende Erfindergeist. Der Unternehmer ist immer versucht, die Qualität zu heben und die Produktion dabei zu vereinfachen und Kosten zu sparen. Viele Entwicklungen und Erfindungen entsprangen und entspringen rein aus dem Druck der Konkurrenz.

Seiner Meinung nach hat auch der Staat Vorteile daraus – neben dem Erfindergeist erspart er sich auch viele Mittel zur Kontrolle und Überwachung solcher monopolistischen Ansätze. Die Konkurrenz ist die Basis für Bildung und Wissenschaft. Denn, wie schon erwähnt, spornt sie seiner Ansicht nach, die Forschung und Bildung an – auf der Suche nach der effizientesten und besten Produktionsmethode. Bildung und Wissenschaft stehen daher in enger Verbindung mit der produzierenden Gesellschaft.

Lassalles Kritik stützt sich darauf, dass Schulze-Delitzsch hier vom Tausch spricht, und dass Schulze-Delitzsch die gesamte Ökonomie auf dem Tausch aufzubauen gedenkt. Er widmet den Abschnitt auch „nur“ knappe zwei Seiten, weil er hier wieder von der Falschheit von Schulze-Delitzsch überzeugt ist.

Das ist Alles, was Sie über die freie Konkurrenz zu sagen wissen. Statt aus ihr, in welcher der Schlüssel des ganzen gegenwärtigen Zustandes liegt, die Gesetze des Marktpreises, des Kostenpreises, des Arbeitslohnes, des Unternehmergewinns, der Grundrente herzuleiten, statt aus ihr die gesamte materielle und geistige Physiognomie unsres Zustandes abzuleiten, was wir im nächsten Kapitel, so weit es hier zulässig, in positiver Weise thun – als Tausch, der doch schon zur Phönixzeit getrieben wurde!¹²⁶

Mittel zur Abhilfe von kurzzeitigen Notsituationen können seiner Ansicht nach durch private Personen, Fonds sowie durch den Staat geleistet werden. Entscheidend für ihn ist jedoch die Tatsache, dass solche Hilfeleistungen nur kurzfristig gewährt werden können – und niemals zu einem Dauerzustand werden sollen. Denn dadurch werden die Hilfeempfänger davon abhängig und die Unterstützung wird zur täglichen Notwendigkeit. Seiner Ansicht nach lässt sich damit aber nicht die soziale Fragen lösen. Nicht einmal der Staat könne die notwendigen Mittel dafür aufbringen, die gesamte Arbeiterklasse sozial zu versorgen. Eine bestimmte Anzahl von Staatsbeamten, Industriellen und der Kirche würden für eine umfangreichere und längerfristige Unterstützung der Arbeiterklasse plädieren, dies aber, nach Schulze-Delitzschs

¹²⁵ ebd. S. 87

¹²⁶ BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. S. 169

Ansicht nur „aus Furcht vor dem roten Gespenst.“¹²⁷ Die Arbeiter würden dadurch in eine Abhängigkeit gebracht die es ihnen unmöglich mache, in Freiheit zu leben. Abgesehen davon hält Schulze-Delitzsch eine solche Abhängigkeit für eine große psychische Herausforderung, da sie der Natur des Menschen widerspreche.

[...] hat man sie zu Anwärtern auf das Almosen heruntergesetzt: dann ists mit ihrer Bildungsfähigkeit, ihrer Strebsamkeit und Tatkraft, ihrem sittlichen Halt vorbei, dann schwindet die Selbstachtung und an eine wirkliche Hebung ihres Standes ist nicht mehr zu denken, [...] ¹²⁸

Dabei kritisiert Schulze-Delitzsch auch die katholische Kirche in Belgien, die einen großen Einfluss übt und so die Renten in Belgien auf 14 Mio. Franks ansteigen ließ. Schulze-Delitzsch sieht darin eine kontraproduktive Unterstützung der Gesellschaft. Seiner Ansicht nach sollten solche Gelder in die Produktionsbetriebe fließen und nicht an Pensionskassen bzw. Almosenempfänger.

Die soziale Selbsthilfe, getragen vom Gefühl der eigenen Kraft, werden sie sich niemals um den Preis einer Unterstützung, deren sie nicht bedürfen, in die Abhängigkeit niederdrücken lassen, die jeden trifft, der sich in der wichtigsten Existenzfrage auf den guten Willen anderer, auf fremde Gnade stützt. ¹²⁹

DIE GARANTIE DER EXISTENZ DURCH DEN STAAT

Schulze-Delitzsch spricht sich massiv gegen Forderungen von Louis Blanc, Fourier, St. Simon usf. aus, die den Anspruch erheben, der Staat solle für die Existenz der Arbeiter aufkommen. Damit würde die schädliche Konkurrenz beseitigt werden. Diese jedoch legt nicht nur die Entlohnung in die Hände des Staates, sondern regelt auch die Arbeit. Mit anderen Worten: der einzelne Arbeit hat nicht die Wahl, welchen Beruf er ergreifen möchte, sondern er muss die Tätigkeit machen, die ihm vom Staat vorgeschrieben wird. Schulze-Delitzsch über die, nach Louis Blanc 1848 in Frankreich geforderten Nationalwerkstätten:

Darnach soll der Staat, um die verderbliche Konkurrenz (!) und die schädliche Übermacht des Privatkapitals (!) zu beseitigen, allmählich alle gewerblichen Unternehmungen an sich ziehen und für öffentliche Rechnung betreiben, um durch die Überlegenheit der öffentlichen Mittel jedes Aufkommen eines noch so gut ausgestatteten Privatgeschäfts im Keime zu unterdrücken [...] ¹³⁰

Schulze-Delitzsch spricht in der Folge von der Kriegserklärung gegen das Privatkapital. Da-

¹²⁷ THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 95

¹²⁸ ebd. S. 95

¹²⁹ ebd. S. 96

¹³⁰ ebd. S. 97f

mit einher geht seiner Ansicht nach sowohl die Abwanderung des Wissens der Bildung sowie die des Kapitals. Und ohne das Einkommen in Form von Steuern wird der Staat eine wichtige Einnahmequelle verlieren.

Schulze-Delitzsch setzt die Hypothese fort und geht im Beispiel davon aus, dass, aus welchen Kanälen auch immer, Kapitalien in ausreichender Menge vorhanden wären und die Staatsindustrie ihre Arbeit beginnen möge – welche Bedenken schlagen sich dem Beobachter entgegen?

- um die gleiche Quantität für die Versorgung der Bevölkerung zu erreichen, muss mehr als in der Privatwirtschaft gearbeitet werden.
- mangelnde Qualität und Quantität
- Problem der Verteilung der Güter

Schulze-Delitzsch sieht massive Probleme in einem solchen System. Zunächst geht er davon aus, dass sowohl Qualität wie Quantität sinken würde, da es keinen Unternehmer mehr gibt der ein Interesse hat, die Bedürfnisse seines Kunden zu bedienen. Es fehlt der persönliche Zugang und auch das persönliche Interesse am Einsatz, da niemand persönlich einen Nutzen daraus zieht.

Es wäre ein großer Überwachungsapparat notwendig, um die Arbeiter bei der Arbeit zu halten bzw. anzuspornen. Dies würde einerseits zu enormen Kosten führen und auf der anderen Seite aber auch das Vertrauen zueinander stark belasten, da jeder davon ausgehen muss, vom Anderen beobachtet und verraten zu werden.

Die Verteilung der Güter fällt schwer, da es Personen geben muss, die entscheiden warum wer welche Güter erhält. Abgesehen davon, dass auf individuelle Wünsche der Kunden nicht eingegangen werden kann.

Zusammenfassend kann man Schulze-Delitzsch die Worte in den Mund legen: staatliche Existenzsicherung geht gegen jede Form der menschlichen (physischen und psychischen) Natur und ist überdies ökonomisch nicht sinnvoll. Es schränkt die Freiheit des Menschen massiv ein und ist daher strikt abzulehnen.

Was also erreichen wir mit all dem Zwang, den man der menschlichen Natur antut? Arbeiten müssen wir doch alle nach wie vor, um zu leben; warum nicht jeden zunächst an die Frucht seiner eignen Arbeit verweisen?¹³¹

Schulze-Delitzsch führt das System auf das Eigene zurück, in dem er einwendet, dass der Staat die Summe seiner Menschen ist. Und wenn der Staat für ihre Existenz sorgt, so sorgen sie im Grunde selbst für ihre Existenz. Und weiter, warum nicht bei sich selbst anfangen? Und somit ist er wieder bei der Selbständigkeit, die in der Natur des Menschen verankert ist. Um hier Schulze-Delitzsch zu Worte kommen zu lassen:

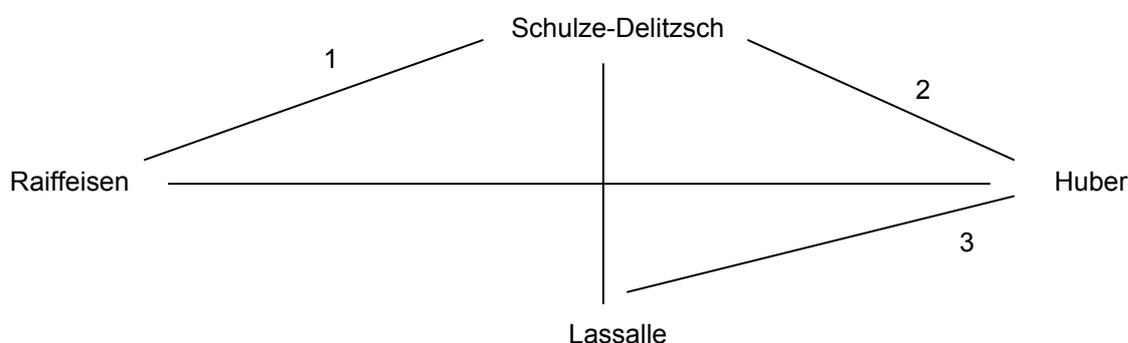
¹³¹ ebd. S. 101

Jemandem die Garantie fremder Existenzen auflegen, um ihn der Sorge für die eigene zu überheben; mit anderen Worten: ihn für andere arbeiten lassen, damit er für sich selbst nicht zu arbeiten braucht.¹³²

Im weiteren Abschnitt wird Schulze-Delitzsch ziemlich direkt und auf massive Art und Weise kritisiert. Bisher hat er sich mit seinen Aussagen doch zurückgehalten.

¹³² ebd. S. 101

3.2.7. Systemunterschiede zwischen Schulze-Delitzsch, Raiffeisen und Huber



(1) Verhältnis Schulze-Delitzsch – Raiffeisen

- Mitgliedsbeiträge: sind von Schulze-Delitzsch als notwendig vorgesehen („nichts ohne Entgelt“¹³³)
- Schaffung von Landesausgleichsstellen: Schulze-Delitzsch war dagegen, da sie eine Bürokratie bedeuteten und die Freiheit einschränken würden
- Staatliche Subventionen: Ablehnung von Schulze-Delitzsch, da die Freiheit der Genossenschaft beschränkt würde und die Genossenschaften die politische Unabhängigkeit verlieren würden
- Kreditdauer: bei Raiffeisen zwischen 5 bis 10 Jahre, was für Schulze-Delitzsch ein zu langer Zeitraum ist in der das Geld der Genossenschaft gebunden wäre

(2) Verhältnis Schulze-Delitzsch – Huber

- Grundsatz: Schulze-Delitzsch ging es um die Linderung der Not der Handwerker. Die dafür notwendigen Möglichkeiten sah er in der Kreditgenossenschaft bzw. der Produktivgenossenschaft¹³⁴

Huber vertrat die Arbeiterklasse und er sah die Konsumgenossenschaft als das für ihn beste Instrument. Darin soll den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, die notwendigen Produkte des Alltags genossenschaftlich zu beziehen und damit günstigere Preise zu erzielen. Daneben trat er stark für die Wohnbaugenossenschaften ein, die den Arbeitern günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen sollen. Huber brachte Schulze-Delitzsch auf das System der Konsumgenossenschaften als eine Möglichkeit zur Linderung.

Huber vermisste das Christentum in den Handwerkergenossenschaften, sah die Ursache dafür in der konservativen Partei.¹³⁵

¹³³ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 106

¹³⁴ Vgl. FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. S. 255-273

¹³⁵ Vgl. ebd. S. 267

- zum Bruch kam es, als Lassalle einen Brief veröffentlichen ließ, der von Huber an Lassalle geschrieben worden war und in dem sich dieser über eine Rede Schulze-Delitzsch ausließ¹³⁶.

(3) Verhältnis Lassalle – Huber

- Huber sah in Lassalle eine Person, die es verstand, die Massen zu mobilisieren, zweifelte aber teilweise an der Glaubwürdigkeit der Aussagen Lassalles. Er unterstellte ihm, Passagen von anderen Autoren (J.S. Mill) aus dem Kontext zu reißen und für seine Zwecke zu gebrauchen¹³⁷.
- Die Vorstellung eines Staatskredites sah Huber als eine Möglichkeit, die soziale Frage in den Griff zu bekommen, doch kritisierte er auch hier die Vorgehensweise Lassalles¹³⁸.

3.3. Das System der Genossenschaften aus Sicht der christlichen Soziallehre

Das System der Genossenschaften kann neben der, wie im vorigen Kapitel behandelten humanistischen Richtung auch aus einer christlich-sozialen Richtung her betrachtet werden. Dabei sind die Zielbestrebungen ähnlich, das Leid der Menschen soll verbessert werden. Das ursprüngliche Prinzip der Nächstenliebe kommt aus dem christlich-sozialen Glauben heraus. Die Menschenwürde, die durch die Gemeinschaft erreicht werden soll, ist eine christlich-soziale Forderung.

Im christlichen Denken wird die Natur und der Mensch als ein Werk Gottes betrachtet, das zu fördern und zu schützen sei die Aufgabe der Gemeinschaft. Die Genossenschaft bietet hier ein System, dieses Ziel zu verwirklichen.

Das genossenschaftliche Denken ist seit jeher im Christentum verankert. So waren die Klöster genossenschaftliche Organisationen deren Auftrag es war, das Leid der Menschen zu lindern und die Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

Als einer der Begründer muss Benedikt von Nursia gesehen werden, dessen System der genossenschaftlichen Organisation des klösterlichen Betriebes bis in die Gegenwart gehalten hat¹³⁹.

In der Arbeit soll auf besonders zwei Vertreter eingegangen werden, die sich für die christliche Soziallehre stark gemacht haben und so das Leid der Arbeiter zu lindern versuchten. Dies sind Adolph Kolping und Karl von Vogelsang.

¹³⁶ Vgl. ebd. S. 257

¹³⁷ Vgl. ebd. S. 268

¹³⁸ Vgl. ebd. S. 268f

¹³⁹ Vgl. HOFINGER, Hans: Regula Benedicti – Eine Botschaft für Führungskräfte. S. 160

3.3.1 Adolph Kolping (1813 – 1865)¹⁴⁰

Adolph Kolping wurde im Kerpen in Nordrhein-Westfalen geboren. Er war das 3. von 4 Kindern. Ein älterer Bruder und eine ältere Schwester sowie eine jüngere Schwester.

Sein Vater war Schäfer – er kam aus sehr einfachen Verhältnissen und die Familie war tiefgläubig. Schon in der Kindheit zeigte sich bei ihm ein starkes soziales Verständnis.

Zunächst wollte er Schäfer werden, wie es auch sein Vater war. Doch seine angeschlagene Gesundheit und seine schwächliche Statur ließen dies nicht zu. Er wäre gerne Priester geworden, doch fehlten der Familie die finanziellen Mittel dazu. Nach der Schule begann er, um dem Wunsch seines Vaters zu folgen, mit einer Schusterlehre, die er auch abschloss. Nachdem er ein Geselle war, ging er zunächst nach Köln, um zu lernen. Hier sah er die Schwierigkeiten der Gesellen. Wenn sie auf Wanderschaft waren, hatten sie weder Geld, noch Unterkunft, noch Nahrung. Viele gerieten auf die schiefe Bahn, oder verloren jeden Bezug zu Gott und verbrachten die Freizeit im Wirtshaus.

Kolping wechselte häufig die Arbeitgeber, weil er in den meisten Fällen mit den anderen Gesellen nicht konnte. Sie lebten ein für ihn furchtbares Leben ohne Perspektive und ohne Glaube an Gott.

Er selbst pflegte einen engen Kontakt zu seiner Familie – und schöpfte daraus Kraft, auch wenn die Familie häufig mit den Krisen des Lebens zu kämpfen hatte.

In den Betrieben nahm er sich der Lehrlinge an.

Die Kirchenvertreter der Zeit, zu denen er mit seinem Anliegen kam, hatten wenig bis kein Verständnis für sein Engagement. Man sah die Aufgabe der Geistlichen in der Kirche – nicht aber in den Straßen bzw. Werkstätten der Bevölkerung. Gesellen hatten überdies einen schlechten Ruf – und man wollte die Kirche nicht ins Gespräch bringen.

Es reifte sein Entschluss des Studiums der Theologie – und er machte innerhalb von 3 Jahren im Marzellengymnasium in Köln neben der Arbeit die Reife nach. Dabei ging er an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und wurde auch immer wieder von Krankheiten zurückgeworfen.

Das Studium wurde ihm von der Gutstochter Maria Helena Meller finanziert, deren Geliebten er im Tode begleitete. Sie hatte ein Gelübde abgelegt, aus Dank einem armen Theologen zu helfen – dieser war Kolping. So studierte er in München, Bonn und Köln (dieser Ort war verpflichtend) Theologie.

¹⁴⁰ HÜNERMANN, Wilhelm: Vater Kolping. Das Lebensbild des Gesellenvaters. Innsbruck – Wien: Tyrolia-Verlag, 1950

Im April 1845 wurde er zum Priester geweiht und erhielt seine erste Stelle in Elberfeld im Wuppertal. Es war eine Industriestadt und dort sah er einen besonderen Nachholbedarf. Armut, Ausbeutung und keine Perspektive auf einen Aufstieg prägte das Leben der Lehrlinge und Gesellen.

Mit dem Schullehrer Johann Gregor Breuer (1820-1897) gründete er einen Gesellenverein, dessen Präses er 1847 wurde. Sie veranstalteten in der Schule Unterricht und unternahmen gemeinsame Aktivitäten und sangen. Breuer hatte eigenständig eine solche Idee entwickelt, gemeinsam mit Kolping war die Umsetzung möglich.

Im Jahre 1849 kehrte Kolping als Domvikar nach Köln zurück und gründete dort mit nur 7 Gesellen den Gesellenverein. Der Verein wuchs stark, bereits zu Beginn 1850 hatte der Verein 550 Mitglieder¹⁴¹. Kolping und der Verein waren gezwungen, immer wieder größere Räumlichkeiten zu suchen – bis Kolping schließlich den Entschluss fasste, ein eigenes Haus zu erwerben. Da der Verein auf die Spenden der Bevölkerung und Unternehmer angewiesen war, gestaltete sich dies nicht so leicht.

Die Gründungen setzten sich zunächst in anderen deutschen Städten fort, später dann in ganz Europa und in den USA.

Die Grundlage war, dass die Gesellen eine Familie in den Heimen fanden. Die Familie stellt für Kolping das wichtigste Fundament jedes Menschen dar. Aufbauend auf einem Glauben an Gott. Die Gesellen sollten in den Heimen eine Geborgenheit und Freunde vorfinden. Er selbst bezeichnete sich auch als „Gesellenvater“.

Sein nächster Wunsch war die Errichtung eines Hospizes, wo die Gesellen gepflegt und betreut werden konnten. Kolping selbst erlebte viele schwere Krankheiten – und wurde dabei zunächst von seiner Mutter, nach deren Tod von seiner verbliebenen Schwester gepflegt. In den Reihen der Gesellen gab es sogenannter Pfleger, die kranke Gesellen innerhalb von 24 Stunden aufsuchen und notwendige Schritte einer Pflege einleiten mussten. Kolping selbst pflegte, als er selbst noch Geselle war, einen Lehrling dem er sich angenommen hatte, gegen die Pocken und erkrankte einige Wochen später selbst schwer daran.

1852 kaufte er in Köln ein Haus, dass er zu einem Hospiz ausbauen ließ. Auch hier war er wieder auf die Spenden der Bevölkerung angewiesen und schrieb dafür eine Bettel-Broschüre. Im Jahr 1853 konnte das Haus bezogen werden.

¹⁴¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Adolph_Kolping#Weg_zum_Studium ; 28.7.2008

Neben dieser Tätigkeit war er auch journalistisch tätig – er war Herausgeber des „Rheinischen Volksblattes“ wofür er regelmäßig Artikel zu schreiben hatte. Zunächst waren dies Erfahrungen aus dem Leben – zunehmend wurde es ihm eine Belastung weil der zeitliche Aufwand immer größer wurde. Aber er sah darin ein wichtiges Sprachrohr um auf die sozialen Missstände hinweisen zu können. Daneben brachten seine Artikel auch ein wenig Geld ein.

Seine letzten Lebensjahre waren von Krankheit, aber auch von vielen Reisen geprägt. Zweimal hatte er eine Audienz beim Papst, die ihm sehr viel Kraft gab. Weit über Europa hinaus lud man ihn ein, um ihm die Erfolge seines Gesellenvereins zu zeigen.

Am 27.10.1991 wurde Adolph Kolping von Papst Johannes Paul II selig gesprochen.

3.3.2. Karl von Vogelsang (1818-1890)

Wurde am 7. September 1818 in Liegnitz geboren. Er war das jüngste von 5 Kindern, darunter zwei ältere Brüder. Die Familie zog später nach Mecklenburg, wo die Familie das Gut Alt-Guthendorf. Da er der Jüngste war, wurde er nicht auf die Verwaltung der Ländereien vorbereitet, sondern für den Staatsdienst ausgebildet. Dafür kam er erstmals zu einer Lehrerfamilie nach Lübeck, später ins Gymnasium nach Halle. Im Anschluss studierte er Rechtswissenschaften in Bonn, Berlin und Rostock. Er trat in den Staatsdienst ein, verließ diesen aber unter verschiedenen Umständen im Jahr 1848. Im selben Jahr verstarb sein von ihm geschätzter Ziehvater und er war vor die Aufgabe gestellt, nun auch das Erbe seines älteren, bereits 1842 verstorbenen Bruders anzunehmen. Dies stellte ihn vor neue Herausforderungen. Er wechselte zum Katholizismus, da er im Protestantismus die Verwirklichung seiner Gedanken nicht entsprechend vertreten sah. Im katholischen Glauben findet er einen grundlegenden Zugang zu Gott. Bader formuliert es so:

Es war wohl auch ein Protest gegen die angestammte Religion, gegen die konkrete Kirche seines Landes, also gegen die evangelische Kirche. Nicht um sie zu verurteilen, aber um die Verurteilung der katholischen Kirche, die damals noch eine Rolle spielte, womöglich partiell rückgängig zu machen, trat er zur katholischen Kirche über.¹⁴²

Seine Tätigkeit als Landwirt (das Erbe des verstorbenen Bruders umfasste ein Landgut mit angehängter Landwirtschaft) erlaubte es ihm, Reisen zu unternehmen und darunter nach Innsbruck zu reisen um sich dort auf den katholischen Glauben vorzubereiten. Der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler gab ihm den Rat nach Innsbruck zu reisen da Tirol eine Hochburg des katholischen Glaubens in Europa war.

1852 heiratete Vogelsang und verließ kurz darauf Mecklenburg aus religiösen Gründen. Vorher zog es die Familie nach Köln, in der er mit einem Journalisten aus früherer Zeit die „Politische Wochenschrift“ herausgab.

Aus finanziellen Gründen verkaufte er das Gut in Mecklenburg und erwarb ein Gut in Bayern bei München. Neben der Landwirtschaft begleitete er den jungen Fürsten Johannes II von und zu Liechtenstein auf dessen Reisen durch Europa.

Auf diesen Reisen konnte er viele Kontakte knüpfen, die für seine weitere Zukunft von Bedeutung waren.

Aber auch in Bayern fühlte er sich mit der Zeit unausgelastet und er entschied sich, das Gut zu verkaufen und den Magdalenenhof am Bisamberg zu erwerben. Er wollte seine religiösen Überzeugungen umsetzen, wofür in Österreich die Möglichkeiten offener waren. Überdies hatte er hier einen Freund und einen Familienzweig der Vogelsang. In Wien kamen auch die

¹⁴² BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 35

letzten der 11 lebenden Kinder zur Welt. Er verfasste diverse Artikel für diverse Zeitungen wie die „Christlich sozialen Blätter“, „Historisch-politischen Blätter“ und den „Katholik“ aus Pressburg. Daraus wurde eine feste Anstellung, so dass er sich für diesen Zweck eine Wohnung in Pressburg anmietete.

1873 war das Jahr der Wirtschaftskrise, die auch Vogelsang nicht unberührt ließ. Er erhielt eine fixe Anstellung als Journalist bei der Zeitung „Das Vaterland“ die ihn voll in Anspruch nahm, dennoch arbeitete er auch weiterhin für die Nachfolgezeitung des „Der Katholik“ die sich zu einer Wochenzeitung hin gewandelt hatte. Jedoch konnte sich diese Zeitung nicht mehr lange halten.

Er zog mit der Familie nach Wien, da er nun ein besseres Einkommen hatte und auf die Landwirtschaft nicht mehr angewiesen war.

Im Jahre 1879 gründete er eine Monatsschrift für christliche Sozialreform. Diese Schrift hatte mit Unterstützung von namhaften Freunden und Bekannten einen großen Erfolg in der Richtung, als sie als Sprachrohr für Vogelsangs Forderungen diente. Viele der Forderungen wurden als Grundlage für die Sozialgesetzgebung gewählt. Somit gelang es ihm erst in den letzten Lebensjahren seine Forderungen umzusetzen und dafür auch mit Anerkennung belohnt zu werden.

Vogelsang verstarb im Jahr 1890 nachdem er von einer Kutsche auf der Straße niedergestoßen worden ist.

Die Forderungen von Karl v. Vogelsang:

Vogelsang sah, wie Schulze-Delitzsch und Raiffeisen das Leid der Bevölkerung. Er war schon in seiner Jugend gegen die Forderungen der Revolution von 1848 bei denen es unter Anderem auf die Auflösung der Leibeigenschaft ging. Vogelsang hatte aus persönlichen Ansichten heraus dafür kein Verständnis und sah die Folgen der Revolution negativ für die Bevölkerung¹⁴³.

Vogelsang fand im christlichen Glauben Geborgenheit und verspürte eine stark ausgeprägte Verantwortung gegenüber den Mitmenschen, die für ihn von der Politik nicht gelebt wurde. Diese Geborgenheit sieht er durch die Forderungen der Revolution bedroht. Und die Frage, an welchen Prinzipien dann die Menschen sich orientieren sollen, wenn nicht am Glauben an Gott. Wie die französische Revolution so forderte auch die Revolution von 1848 in Deutschland und Österreich die Freiheit des Menschen. Diese Freiheit bringt jedoch nur den

¹⁴³ Vgl. ebd. S. 34

Menschen Erfolg, die damit umgehen können. Die Leibeigenen beispielsweise, deren Freiheit im Zuge der 1848er Revolution auch gefordert wurde, standen vor dem Problem, dass sie zwar nun befreit waren, aber selbst keine Mittel zur Lebensbewältigung zur Verfügung hatten. Viele ehemalige Lehensherren ließen sich die Freiheit bezahlen, sowohl die leibliche, als auch den Boden, den sie bisher für den Lehensherren bewirtschaftet hatten. Aus dieser Not heraus hatte sich auch Raiffeisen für die Landbevölkerung engagiert und Assoziationen begründet.

Die Forderungen der Revolution bediente die gehobenen und gebildeten Kreise der Gesellschaft. Die Not in den unteren sozialen Schichten konnte damit nicht gelindert werden. Ganz im Gegenteil, sie spitze sich weiter zu¹⁴⁴.

Ein gesellschaftliches Problem durch diese Entwicklung sah Vogelsang in der Leugnung der Existenz Gottes¹⁴⁵. Die Menschen waren gläubig und fanden darin auch eine Erleichterung und Erfüllung. Diese Basis wurde ihnen durch die Revolution entrissen, der Mensch sei frei und ausschließlich sich selbst Rechenschaft schuldig¹⁴⁶. Gott wurde als eine bevormundende Instanz gesehen. Diese soziale Unsicherheit nutzte der Sozialismus indem er den Menschen versuchte, ein Ideal zu geben.

Vogelsang sah sich nicht als Prophet, der den Menschen den Glauben bringen wollte. Seine Forderung war, sich auf die gesellschaftlichen Werte der Vergangenheit, wie sie in christlichen Ländern anzutreffen waren, zu besinnen¹⁴⁷. Sein Aufruf an jeden Einzelnen war nicht auf die Erlösung durch Gott zu warten, sondern gemeinsam etwas zu bewegen. Für diese Gemeinsamkeit ist nicht ausschließlich ein Glaube an Gott notwendig. Vogelsang spricht von der Notwendigkeit einer Offenbarung¹⁴⁸.

Die Offenbarung ist ein inneres Drängen, ein innerer Wunsch einer Veränderung die den Menschen zum Handeln zwingt. Dabei muss eine Offenbarung nicht ausschließlich durch Gott geschehen. Eine Offenbarung ist nicht mehr als ein Bewußtmachen seines Umfeldes. Ein Leitmotiv das zeigt, ob man am richtigen Weg ist. Es kann durch Gott oder aber durch die Mitmenschen erfolgen.

Er forderte nicht wie die Sozialisten eine Revolution in der die Klassengesellschaft aufgehoben werden sollte sondern eine Bekehrung auf die christlichen Werte. So bezieht er sich auf Lamennais, wenn er schreibt:

Da Gott wollte, daß der Mensch arbeite, verbarg er einen Schatz in der Arbeit. Und für den, welcher guten Gebrauch von diesem Schatze macht und ihn nicht thöricht vergeudet, für den wird einmal eine Zeit

¹⁴⁴ Vgl. dazu die Gründungen der Raiffeisen Genossenschaften

¹⁴⁵ Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 78

¹⁴⁶ Vgl. ebd. S. 90

¹⁴⁷ Vgl. ebd. S. 131f

¹⁴⁸ Vgl. ebd. S. 62

der Ruhe kommen, und dann ist er, wie die Menschen im Anfang waren. Und Gott gab ihnen eine Vorschrift: Hilfe Einer dem Andern, denn es gibt unter euch Stärkere und Schwächere, Gebrechliche und Gesunde, und doch sollen alle leben.¹⁴⁹

Diese Forderung ist nicht mehr als der Zusammenschluß von Menschen da sie gemeinsam mehr erreichen können. Daher auch sein Aufruf, dies in Genossenschaften zu tun. Es ist eine Forderung, die nicht als eine Bestimmung aufgefasst werden soll. Vogelsang geht es um die Menschen. Er sieht eine Anleitung für eine sozial verträglichere Welt im christlichen Glauben, was aber auch für Atheisten nachvollziehbar sein soll – weshalb er den Begriff der Offenbarung einbringt, der nicht ausschließlich auf Gott bezogen ist.

Wobei nicht gelegnet werden kann, dass Gott eine „Macht“ ausübt die für soziales Handeln förderlich sein kann. Eine Vorstellung, von der die Revolutionäre sich befreien wollten. Und eben diese Befreiung des Glaubens führte zu einer Leere, die durch die Ideen der Einheitsgesellschaft und dem Versprechen des besseren Lebens nicht gedeckt werden konnte.

Die christliche Soziallehre stellt die Forderung nach einem, dem Menschen angemessenen Leben. Eine Forderung, die auch aus der Naturrechtslehre von Messner¹⁵⁰ her abgeleitet werden kann. Das heißt, solche Forderungen haben keinen spezifisch christlichen Gedanken sondern entspringen der Forderung nach einem menschenwürdigen Leben. Ein Verhalten und agieren, das dem Menschen zu einer „Vollmenschlichkeit“ verhilft. Jedes Mitglied der Gesellschaft soll als ein vernünftiges Wesen behandelt werden, was ein bestimmtes Miteinander voraussetzt.

Karl v. Vogelsang sieht in den Genossenschaften eine Möglichkeit, die soziale Situation der Bevölkerung zu lindern und einen Weg zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus zu finden¹⁵¹. Auch er möchte eine Korrektur der Revolution, aber nicht mit Gewalt, sondern durch Überzeugung. Sein Anspruch geht auf den christlichen Glauben zurück. Auf dem bereits aufgebauten Fundament soll eine christlich geleitete Soziallehre etabliert werden. Denn jede Revolution kämpft mit der Schwierigkeit, dass sie sowohl die Vergangenheit, als auch die Gegenwart bekämpft und die Zukunft ungewiss ist¹⁵². Ungewiss in der Richtung, als dass eine Revolution eine komplette Veränderung mit sich bringt. Alle bisherigen Strukturen sollen vernichtet werden. Strukturen, die durch Generationen errichtet wurden.

Der christliche Glaube spielt für Vogelsang nicht rein aus innerer Überzeugung, das Richtige zu sein, eine bedeutende Rolle, sondern auch so den Menschen eine Perspektive geben zu

¹⁴⁹ BADER, Erwin: ebd. S. 148

¹⁵⁰ MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik. 4., unveränderte Auflage. Innsbruck – Wien – München: Verlag Tyrolia, 1958. S. 130

¹⁵¹ Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang S. 144ff

¹⁵² Vgl. ebd. S. 77

können. Ihnen den Glauben zurückzugeben. Der Mensch braucht einen Glauben, etwas, an den und für den es sich zu leben und arbeiten lohnt. Dies ist auf den ersten Blick in der Familie möglich, doch wenn die Sinnfrage weiter gestellt wird, kann eine solche Frage mit Gott und einem „höheren Auftrag“ beschrieben werden. Sowohl die Wissenschaft, als auch der Sozialismus haben dem Menschen seit der Renaissance Gott auszutreiben versucht¹⁵³. Auch die Humanisten waren davon geleitet, den Menschen von der Hörigkeit Gottes abzubringen. Karl v. Vogelsang fordert sie aus einem christlich-sozialen Kontext heraus. Schulze-Delitzsch könnte sie aus einem humanistischen Kontext heraus fordern. Der Humanismus geht von der Freiheit des Menschen aufgrund seines Mensch-seins aus. Dülfer spricht von einem Wandel der menschlichen Ziel- und Wertvorstellungen im Humanismus erzeugt durch die Aufklärung. Die dem Menschen angeborene Vernunft führt zu dem Bewusstsein der individuellen Freiheit.¹⁵⁴ Der Mensch hat Vernunft – das ist im Naturrecht nach Messner¹⁵⁵ Grundaspekt der „vollmenschlichen Existenz“. Der Mensch handelt nicht vollmenschlich, wenn er nach seinen Trieben handelt, dies ändert aber nichts an seinem Mensch-sein da er dennoch über eine Vernunft verfügt.

¹⁵³ Vgl. ebd. S. 92

¹⁵⁴ Vgl. DÜLFER, Eberhard: Das Organisationskonzept „Genossenschaft“. S. 64

¹⁵⁵ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 130

4. Messners Naturethik und das Genossenschaftsmodell nach Schulze-Delitzsch

Messner spricht davon¹⁵⁶, dass das Naturrecht zwischen Vereinigungen von Menschen unterscheidet. Und zwar in der Richtung, dass das Naturrecht bei Vereinigungen von Menschen danach unterscheidet, inwiefern sich ihre Zielsetzungen formulieren lassen. Er vergleicht einen Bridgeclub und die Familie bzw. die Gesellschaft. Die Familie dient der Entwicklung zur „Vollmenschlichkeit“, das heißt der Möglichkeit des Menschen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Eine solche Forderung kann einem Bridgeclub oder einer Aktiengesellschaft von bestimmter Seite zugesprochen werden, doch ein allgemeiner gesellschaftlicher Anspruch kann hier nicht erfüllt werden. Er bezieht sich dann stets auf individuelle Bedürfnisse einzelner Mitglieder. Der Bridgeclub kann von einer entwickelten Gesellschaft zeigen, aber für deren Fortentwicklung ist er nicht förderlich.

Marx deutet die Natur der Gesellschaft in dem er vom dialektischen Materialismus¹⁵⁷ spricht. Er weist darauf hin, dass der Mensch in seinem wirtschaftlichen Denken Wege einschlägt, die nicht der geistigen und sozialen Natur entsprechen. Diese Gesamtheit bildet aber das Fundament für ökonomische und politische Strömungen, die in weiterer Folge das Fundament der Gesellschaft und Gesetzgebung bilden.

Wenn Messner davon spricht, dass nicht das Bewusstsein das Sein sondern das Sein das Bewusstsein des Menschen bildet, so ist die wie zu interpretieren? Dass das ökonomische Denken im Menschen bereits seit jeher vorhanden ist und es nur auf die Ausformungen ankommt?

Die natürliche Anlage eines wirtschaftlichen Denkens ist so nach bei Marx nicht zu leugnen und wird von ihm auch nicht in Frage gestellt, vielmehr geht es darum, dass durch die rasche Produktion eine Verschiebung der Eigentumsverhältnisse stattgefunden hat. Der Ertrag geht zu lasten weniger, der Großteil der dafür notwendigen Arbeitskraft wird nicht entsprechend abgegolten. Somit kommt es zu einer gesellschaftlichen Spaltung der Gesellschaft, die zu immer größerer Ungerechtigkeit und Abhängigkeit führt. Die Folge ist eine soziale Revolution in der eine Umwälzung angestrebt wird. Dabei findet diese Umwälzung auf mehrfache Art statt: Auf der einen Seite eine ökonomische, die durch die Naturwissenschaft geprägt wird, dem gegenüber steht eine politische, kulturelle, religiöse, philosophische Umwälzung in der die ökonomische Umwälzung erkannt werden soll. Es findet in einem Prozess statt, in dem sich Ausbeuter und Ausgebeutete gegenüberstehen. Die Beobachtung und Beurteilung erfolgt zeitverzögert, da die Perspektive innerhalb der Gesellschaft verklärt ist. Das heißt, ei-

¹⁵⁶ ebd. S. 130

¹⁵⁷ ebd. S. 133

gene Missstände werden anders und verspätet wahrgenommen als solche Probleme, die als Unbeteiligter betrachtet werden können.

Sombart und Weber widersprechen der Marx'schen These, wenn sie sagen, dass die geistigen und religiösen Veränderungen weitaus tief greifender auf die Gesellschaft wirkten als ökonomische Veränderungen.

„daß es nicht Veränderungen der Produktions- und Austauschformen waren, die die kapitalistische Gesinnung hervorbrachten, sondern daß es die kapitalistische Gesinnung war, die die kapitalistischen Produktions- und Austauschformen schuf“¹⁵⁸

Damit weisen Sombart und Weber auf das in der Natur des Menschen verankerte Streben nach Wirtschaft hin.

Von der Bedeutung der Wirtschaft auf jedes Mitglied der Gesellschaft sind sich meiner Ansicht nach Marx und Sombart sowie Weber einig. Marx sieht nur die negative Entwicklung mehr aus dem Kapitalismus heraus, dagegen sehen Sombart und Weber die Ursachen dafür in der Gesellschaft selbst. Doch einig dürften sie darüber sein, dass Wirtschaft an sich nichts abzulehnendes ist, ganz im Gegenteil ist Wirtschaft eine der grundlegendsten Bedingungen für eine Gesellschaft, doch ist es die Aufgabe der Wirtschaft eine vollmenschliche Existenz zu ermöglichen, was in der damaligen sozialen Situation der Arbeiterschaft nicht der Fall war.

Es entstand ein Ungleichgewicht, das die Spirale der Ungerechtigkeit immer größer werden ließ. Auf der einen Seite standen die Unternehmer, die Arbeiter aus dem Umland anlockten und ihnen eine Arbeit boten, die sie in der Landwirtschaft oder dem Gewerbe nicht mehr finden konnte. Die Entschädigung dafür war ein geringer Lohn. Nach dem Motto „eine schlechte Arbeit ist besser als keine Arbeit“. Die Arbeiter waren eine unterdrückte Klasse, sie hatten weder ausreichenden Lohn, noch entsprechende Unterkunft, noch entsprechende medizinische Versorgung. Und von einer Alterspension war damals überhaupt nicht die Rede. Die Wirtschaft hatte hier ihre auf Gegenseitigkeit beruhende Basis verloren. Es gab kein Gege-
nüberstreben auf gleicher Ebene mehr.

Bader spricht hier von dem Verdienst, welchen er sprachlich und inhaltlich vom Aspekt des „dienens“¹⁵⁹ ableitet. Dienen in dieser Bedeutung hat nichts mit Unterwürfigkeit und Selbstaufgabe zu tun, sondern bezeichnet vielmehr einen respektvollen Umgang mit der gegenseitigen Leistung. Unter dieser Betrachtung hat der materielle Wert eines Gegenstandes einen nur kleinen Stellenwert gegenüber der darin aufgegangenen Arbeitskraft. In kleinen Gesellschaften, deren Handel auf dem Tausch basiert, war eine solche gegenseitige Wertschät-

¹⁵⁸ ebd. S 135

¹⁵⁹ im Zuge eines Gesprächs im Zeitraum der Betreuung der Arbeit mit Uni.-Prof. Dr. Bader Erwin

zung selbstverständlich. Die unterschiedlichen Produkte hatten einen unterschiedlichen Wert, der sich durch den Arbeitsaufwand auszeichnete und damit auch den Preis bestimmte. Dieses Verhältnis änderte sich mit der Einführung der maschinellen Produktion. Sie verlagerte das Gleichgewicht. Ein Teil der Partner brauchte für den Ertrag nicht das Ausmaß an Arbeitsleistung gegenüber der geleisteten Arbeit des Anderen zu erbringen. Der Wert der Arbeitsleistung des Unternehmers entsprach nicht mehr der Arbeitsleistung der Angestellten. Seine Arbeit verlagerte sich, verstärkt von einer rein praktischen Arbeit, auf eine geistige Ebene in Form von Planung, Verhandlungen usw. Aber sein Einsatz wurde ungleich höher entlohnt als die, von den Arbeitern geleistete Arbeit. Eine besondere Verschiebung dieses Verdienst-Leistungs-Gleichgewichts wurde bei Erben sichtbar. Dann nämlich musste ein Teil der „Partner“ überhaupt nicht mehr arbeiten, um zu einer Entlohnung zu gelangen. Mit der Entwicklung des Finanzmarktes wurde dieses Ungleichgewicht nur noch verstärkt.

Die von Messner angesprochene Vollmenschlichkeit setzt eine Gesellschaft voraus, die mehr ist, als ein ontologisches ideelles Gebilde, die aber auch keine, wie Hegel es beschrieb, eigene Substanz¹⁶⁰ hat. Seiner Ansicht nach komme dabei dem einzelnen Individuum nur die Rolle des Akzidens zu, die Rolle des Subjekts fällt der Gesellschaft zu. Eine solche Substanz lässt sich in einer Gesellschaft substantiell nicht ausmachen, dennoch kann sie nicht geleugnet werden. Die Position eines Akzidens der Gesellschaft gegenüber dem Individuum darf nicht unterschätzt werden. Denn es gehört zum Mensch-sein eine Vernunft. Die Vernunft ist es, die den Menschen zu dem macht was er ist. Auch wenn der Mensch die Vernunft nicht benutzt, so bleibt er dennoch ein Mensch, weil er im Besitz der Vernunft ist. Um seine Vernunft gebrauchen zu können und damit seine Vollmenschlichkeit erreichen zu können, bedarf es der Gesellschaft in Form eines Akzidens. Denn nur die Gesellschaft kann bestimmen, ob eine Handlung vernünftig ist und daher dem Individuum diese zugesprochen werden kann. Und sind seine Handlungen nach dem Verständnis der Gesellschaft nicht vernünftig, so ist es ihre Aufgabe, das Mitglied auf die vorhandene Vernunft hinzuweisen und diese auch im Rahmen einer wohlgeordneten Gesellschaft einzufordern bzw. zu exekutieren. Eine Gesellschaft besteht aus bzw. handelt nach Wirk- und Zweckursachen. Eine Wirkursache ist beispielsweise die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Kontaktes. Dem kann sich kein Mitglied einer Gesellschaft entziehen. Sie ist allgemein gültig und notwendig. Die Zweckursache dagegen ist individuell. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass das Individuum entscheiden kann auf welche Art es mit der Gesellschaft in Kontakt tritt.

So kann das wirtschaften auch verstanden werden. Dass wir innerhalb der Gesellschaft in eine Wirtschaft eintreten ist unumgänglich, da wir nicht alle notwendigen Produkte selbst herstellen können. So könnte sich die Gesellschaft nicht entwickeln. Denn nur durch die Arbeitsteilung entwickeln sich neue Techniken. Wie aber der wirtschaftliche Austausch funktio-

¹⁶⁰ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 137

niert, das ist eine Zweckursache. Wirtschaft kann in einem sozialen Kontext geschehen, wie es die Nächstenliebe, oder aber die Genossenschaft bieten kann, oder nach anderen Aspekten, die nach anderen Zielen streben, wie Aktionäre einer Aktiengesellschaft.

Eine gleiche Einteilung kann auch für das Gemeinwohl ausgesagt werden. Das Gemeinwohl hat eine ähnliche Struktur wie eine Gesellschaft vom Aufbau her gesehen. Das Gemeinwohl ist eine, die Zufriedenheit aufzeigende Größe. Sie fordert eine Gemeinsamkeit.

Eine Gemeinsamkeit ist auch die Basis für eine funktionierende Genossenschaft. Sowohl auf dem ökonomischen, als auch auf dem sozialen Feld¹⁶¹. Das Gemeinwohl einer Gesellschaft dient ihrer Entwicklung. Das Gemeinwohl an sich ist aber keine statische oder normierte Größe, sie ist so vielfältig wie die Mitglieder der Gesellschaft. Dennoch ist eine Erfüllung aller in Richtung einer Vollmenschlichen Existenz notwendig, da eine Gruppe, die auf Miteinander setzt, nie so stark wie der Stärkste, sondern so schwach wie der Schwächste ist. In einer Gesellschaft der Arbeitsteilung ist daher das Wohl des Erdarbeiters (Beispiel Messner S.171) von gleicher Bedeutung wie das Wohl des Präsidenten. Ins Ungleichgewicht gerät dieser Anspruch jedoch, wenn sie privilegierte Teile der Gesellschaft von der Forderung des Gemeinwohls abwenden und andere Teile der Gesellschaft in ihrer Entwicklung hemmen. Dann nämlich stockt die Gesamtentwicklung der Gesellschaft die zum Leid aller werden kann.

Daraus folgt, dass eine Gesellschaft nur einer Entwicklung in Richtung vollmenschlicher Existenz in der Lage ist, wenn auf die Bedürfnisse aller eingegangen wird. Dies ist nicht als ein Möglichkeit, sondern als Notwendigkeit zu verstehen. Und jedem Menschen muss aufgrund seiner Eigenschaft als Mensch dieses Recht zugesprochen werden. Es besteht also eine zweifache Verantwortung, die sozialem und personale Ursprung ist. Der soziale Ursprung findet sich in der Notwendigkeit der Entwicklung der Gesellschaft in Richtung eines Gemeinwohls dieser. Der personale Ursprung findet sich in der Forderung, auf die Bedürfnisse jedes Einzelnen einzugehen, um diesem die Entwicklung zu einer vollmenschlichen Existenz zu ermöglichen.

Das Gemeinwohl lässt sich nicht in Zahlen darstellen. Es ist daher notwendig nach anderen Kriterien einer Beurteilung oder Einschätzung zu suchen. Hier dient nach Messner (S.173) die Berufsgruppe. Jede Berufsgruppe leistet einen bestimmten Anteil am Gemeinwohl der Gesellschaft, der aber unabhängig von den Grundbedürfnissen jedes Menschen gesehen werden muss. Diese können unter keinen Umständen in Frage gestellt werden und dienen als Fundament für weitere Entwicklungen. Dabei ist Gemeinwohl einer ständigen Weiterentwicklung bzw. Veränderung unterworfen die sich durch die ständige Veränderung der An-

¹⁶¹ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 244-250

sprüche der Menschen ergibt, die wiederum auch durch die Technisierung der Gesellschaft mitverursacht wird.

Das Gemeinwohl ist ein der Gesellschaft aneignendes Merkmal. Es kann aus dem Menschsein und der Gemeinschaft nicht ausgegliedert werden. Daher ist eine Auseinandersetzung und Entwicklung im Wesen enthalten. Es ist „sozialontologisch, sozialmetaphysisch, und sozialetisch an das menschliche Naturgesetz geknüpft“¹⁶².

Trotz dieser natürlichen Notwendigkeit einer Entwicklung hat sich die Forderung in der Menschheitsgeschichte erst in der letzten Zeit halbwegs durchgesetzt. Und immer noch gibt es viele Gesellschaften, in denen eine solche vollmenschliche Basis nicht erreicht worden ist. Die Forderung nach einem vollmenschlichen Dasein ist kein reiner Selbstzweck. Denn es dient nicht nur dem Einzelnen sondern der gesamten Gesellschaft. „Im kollektivistischen Denken hat das Gemeinwohl nicht nur eine Hilfestellung, sondern ist der beherrschende Zweck der menschlichen Existenz“¹⁶³. Beherrschend kann es in der Realität jedoch nur mit Hilfe von existentiellen Dingen werden. Das heißt, es ist an existentielle Zwecke gebunden, was dazu führt, dass es einer bestimmten Ordnung unterworfen ist. Daher kann auch der Mensch selbst nie zum bloßen Mittel der Gesellschaft werden, da diese immer auf existentielle Dinge abzielt. Der Mensch an sich kann von einer Gesellschaft für das Gemeinwohl nicht missbraucht werden. Dafür sind stets Güter notwendig. Was in der Praxis aber zu einer, für den Menschen nicht minder gefährlichen Situation führen kann: die einer notwendigen Produktion von Gütern. Theoretisch jedoch macht dies einen Unterschied. Oder von der anderen Seite her: etwaige Einbußen des Einzelnen zum Wohl der Gesellschaft können durch höhere Steuerlast erreicht werden (Beispiel Messner S. 181), aber die Freiheit darf dabei nicht angetastet werden. Auch beispielsweise die Einberufung zum Militärdienst ist nur dann gerechtfertigt, wenn die allgemeine Freiheit der Gesellschaft am Spiel steht. Dem Gemeinwohl fällt hier die Aufgabe zu, eine bestimmte Kontrolle der Gesellschaft zu übernehmen. Sie richtet sich dabei nach geschichtlich-moralischen Werten die beibehalten werden sollen. Messner spricht von einer geistigen Dirigierung¹⁶⁴ die notwendig ist und die auch von den meisten Menschen der Gesellschaft nicht hinterfragt wird. Hier ist von einer Selbstorganisation der Gesellschaft auszugehen. Sie setzt sich hier selbst Grenzen, wenn es beispielsweise um die Religionsausübung oder die Grunderziehung der Kinder geht¹⁶⁵. Das Gemeinwohl bezieht sich nicht auf private Bereiche des Individuums sofern es nicht bedroht ist.

Auf der wirtschaftlichen Ebene wird gerne eine solche staatliche Vorgabe angenommen. Dem Staat wird die Aufgabe übertragen für eine gerechte Güterverteilung und Produktion zu

¹⁶² Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 176

¹⁶³ Vgl. ebd. S. 181

¹⁶⁴ Vgl. ebd. S. 182

¹⁶⁵ Vgl. ebd. S. 181

sorgen. Dabei kann der Staat mitunter Mittel zur günstigeren Produktion zur Verfügung stellen.

Eine solche Forderung würde Schulze-Delitzsch nicht befürworten¹⁶⁶, Huber oder Lassalle jedoch schon. Für Schulze-Delitzsch bedeutete ein solcher sozialer Einfluss eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit. Des weiteren sieht er im Fall einer staatlichen Förderung, in welcher Form auch immer, das Konkurrenzverhältnis verschoben, das für ihn notwendig in einer Wirtschaft funktionieren muss. Eine gesunde Konkurrenz fördert den Unternehmergeist und gewährleistet eine faire und gesunde Preisgestaltung der Produkte, die sich auf das Konsumverhalten positiv auswirken sollte¹⁶⁷.

Zu trennen ist hier jedoch die Güterversorgung der Gesellschaft mit dem Gemeinwohl. Denn das Gemeinwohl geht weit über eine materielle Absicherung hinaus.

Das Gemeinwohl ist ein pluralistisches. Es besteht nicht nur aus der Summe seiner Mitglieder, sondern unterscheidet sich selbst nach verschiedenen Kriterien. So kann die Familie, der Staat, eine politische Partei, ein Sportverein, ein Tierschutzverein als eine solche Institution gesehen werden, in der das Gemeinwohl angestrebt werden soll. Diese kleineren Gesellschaften sind jeweils der nächsthöheren Gemeinschaft unterworfen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass jede Einrichtung einen Gemeinwohlanspruch erheben kann, dieser aber nur so weit gehen soll, so lange er nicht in Konflikt mit anderen Gruppen gerät oder eine nächsthöhere Institution in Frage stellt. Es besteht hier dennoch nicht die Möglichkeit einer Aushöhlung des Gemeinwohls, da ihre Autonomie stets auf den von ihnen verfolgten Zweck beschränkt ist. Das Ziel der Menschen richtet sich daher nicht in erster Linie auf das staatliche Gemeinwohl sondern auf das nächst liegende – in den meisten Fällen ist dies die Familie oder eine ihr ähnlich nahe liegende.

Die Gemeinschaft bzw. das Gemeinwohl sind zusammenfassend notwendig und im Wesen des Menschen verankert.

Schulze-Delitzsch verwendet den Begriff des Gemeinwohls in seinen Schriften zwar nicht, von der Bedeutung her ist dieser aber für eine Gesellschaft aus sozialer und ökonomischer Sicht notwendig. Nur innerhalb einer Gemeinschaft ist es jedem einzelnen Mitglied möglich, die eigenen Fähigkeiten bestmöglich zum Nutzen aller einzusetzen¹⁶⁸. Dabei ist stets zu unterscheiden zwischen subjektiven und gesellschaftlichen Bestrebungen, wobei eine gegenseitige Voraussetzung vorhanden ist. Sie bieten die Grundlage für ein wirtschaftliches Handeln. Die Grundaufgabe jeder Gesellschaft ist es, ihren Mitgliedern eine menschenwürdige

¹⁶⁶ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 97ff

¹⁶⁷ Vgl. ebd. S. 85ff

¹⁶⁸ Vgl. ebd. S. 37ff

Existenz zu bieten. Dies setzt neben der materiellen auch eine geistige Erfüllung voraus. Dies bedeutet, dass der Mensch mit seiner Vernunft akzeptiert und danach behandelt wird. Eine geistige Erfüllung sieht Schulze-Delitzsch in der Ausbildung, die in seinem System eine nicht unbedeutende Rolle spielt¹⁶⁹.

Die Schwierigkeiten liegen darin, dass sich privilegierte Schichten der Gesellschaft über dieses Gemeinschaftswohl hinwegsetzen und damit auch ihre eigene Entwicklung hemmen.

Wirtschaften ist eine dem Menschen typische Eigenschaft und ergibt sich selbst durch seine angeborene Neugierde. Der Mensch unterscheidet sich von anderen Lebewesen durch die Fähigkeit der Reflexion. Diese ermöglicht ihm die Dinge aus den verschiedensten Richtungen zu beobachten und andere Schlüsse zu ziehen. In der Geschichte lernte der Mensch seine Erkenntnisse an nächste Generationen weiterzugeben und somit konnten nachfolgende Generationen durch die Sprache und Schriftzeichen auf diesem Wissen aufbauen und neue Erkenntnisse aufbauen. So entstanden unterschiedliche Gesellschaften mit unterschiedlichem technischen und moralischem Wissen.

Eine funktionierende Wirtschaft ist in ihrer Aufgabe bestrebt, zum Gemeinschaftswohl beizutragen, durch den Austausch von Waren, Wissen, Fertigkeiten etc. Um einen Maßstab und eine Nachvollziehbarkeit und Transparenz zu gewährleisten, wurden von den Gesellschaften unterschiedliche Methoden eingeführt. Dabei dienten Symbole als Tauschmittel, die den Handel vereinfachten. Das Geld, als staatlich gewährleistetem Tauschmittel, übernimmt dabei eine vierfache Funktion nach Messner¹⁷⁰:

1. Geld dient als Tauschmittel zum mittelbaren Austausch von Waren und Dienstleistungen.
2. Geld ist ein Wertmaß um den Wert der Gegenstände festzulegen. Dieser setzt sich aus dem Rohstoffwert und der geleisteten Arbeitszeit zusammen
3. Geld ist Sparmittel, somit muss es nicht im Augenblick aufgebraucht werden, sondern kann für ein beliebiges Gut zu einem beliebigen Zeitpunkt aufgespart werden
4. Geld ist Rechenmittel, um den Wert der produzierten Gegenstände zu errechnen. Die Funktion des Geldes ist es, die Kosten der Produktion, die sich aus der Anschaffung der Maschinen und Werkzeugen, der Rohstoffe sowie den Lohnkosten zusammensetzen, zu errechnen und somit einen Produktionswert zu ermitteln. Dieser Wert wird mit einem Kostenfaktor multipliziert nach dem der voraussichtliche Gewinn ermittelt wird.

Die Bedeutung des Geldes hat sich verändert. Seit der Einführung des Papiergelds' und in der Gegenwart des „Plastikgeldes“ verlor es den ihm beigemessenen materiellen Wert. Der

¹⁶⁹ Vgl. BRAZDA, Johann / Robert Schediwy: Das genossenschaftliche Bildungswesen. S. 583-598

¹⁷⁰ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 893f

Wert der Münzen war ein tatsächlicher, der Wert des Papiers auf dem er gedruckt ist, ein symbolischer. Darin sieht Messner die Veränderung der Bedeutung auf zweifache Weise:

1. „eine neue Form seiner Sozialisation, die alle Verantwortung der Gesellschaft zuweist, daß es sie bestmöglich im Sinne des Sozialzwecks der Wirtschaft erfülle.“¹⁷¹
2. es stellt einen Anspruch an die Gesellschaft und stellt damit eine neue Form des Privateigentums dar.“¹⁷²

Der Geldwert ist kein realer mehr, sondern übernimmt die Rolle eines Steuerungsmedium der sozialen Wirtschaft. Über Angebot und Nachfrage lässt sich der Wert der Produkte steuern. Das birgt aber das Risiko in sich, dass durch Beeinflussung des Geldwertes eine Inflation bzw. Deflation ausgelöst werden kann, die in weiterer Folge zu politischen Veränderungen führt.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Wertbeständigkeit des Geldes.

Der Preis

Das Geld spielt bei der Bewertung des Preises eine bedeutende Rolle. Aus moralischer Sicht übernimmt die Preisgestaltung eine bedeutende Rolle, sowohl auf Seite der Produzenten, als auch auf der der Konsumenten.

Nach Schulze-Delitzsch lässt sich der Preis¹⁷³ durch eine Konkurrenz bestmöglich stabilisieren.

Die Aufgabe der Preisgestaltung auf Produzentenseite übernahm im Mittelalter die Zunft. Sie regelte die Preise der Mitglieder und sorgte so für eine gerechte Verteilung. Davon profitierten sowohl die Produzenten, da sie ihre Produkte nicht zu Schleuderpreisen verkaufen durften und die Konsumenten, die eine Preissicherheit sichergestellt bekommen. Der Staat hat hier eine regulierende Funktion, indem er mit Hilfe des Preises die Wirtschaft steuern kann. Aus wirtschaftsethischer Sicht ist es jedoch von Bedeutung, dass die Einflüsse des Staates kontrolliert und nur bedingt eingesetzt werden. Seine große Bedeutung liegt in der Vorbereitung einer Wirtschaft, die generelle Preisstabilität und regionale Preisschwankungen in einem kontrollierten Maße zulässt.

Preisstabilität ist notwendig, um sowohl auf Produzenten, als auch auf Konsumentenseite eine Beständigkeit in das Wirtschaften zu bringen. Für den Produzenten ist dies notwendig, da er seine Investitionen zugunsten geringerer Produktionskosten und höherer Qualität pla-

¹⁷¹ ebd. S. 894

¹⁷² ebd. S. 895

¹⁷³ der Preis der Ware setzt sich nach Schulze-Delitzsch aus den Subpreisen für Rohstoffe, Werkzeuge und Substanzmittel zusammen. Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, S. 45f

nen können muss. Für Schulze-Delitzsch ist dies nur in einer freien Konkurrenz sicher gestellt, da hier der Unternehmer angehalten ist, innovativ zu sein, um die Produktionskosten zu senken und die Qualität zu verbessern¹⁷⁴. In den meisten Fällen werden durch solche Investitionen nicht die Preise gesenkt, sondern die Qualität gehoben. Ein Fehlen einer solchen Möglichkeit der langfristigen Planung führt zu geringen Investitionen, womit die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gesichert werden kann, was in Folge zur Arbeitslosigkeit führt. Regionale Preisschwankungen sind aufgrund von Naturbedingungen notwendig. Die dortigen Produzenten können aufgrund von ökonomischem Mehraufwand nicht zu Preisen anderer Betriebe produzieren. Dennoch lassen sich die Waren in der Region absetzen, da die Menschen dieser Waren bedürfen. Ich denke hier beispielsweise an Milchbauern, die ihre Milch aufgrund der höheren Kosten an die regionale Molkerei verkaufen, diese aber die Produkte generell zu höheren Preisen in der Region absetzen muss. Und es so günstiger und wirtschaftlicher ist als günstigere Milchprodukte aus anderen Regionen zuzukaufen, wobei sich hier der günstigere Produktionspreis durch die Kosten der Lieferung aufheben würde. Für den Konsumenten ist eine solche Preissicherheit notwendig, um seine eigenen Investitionen planen zu können. Fehlt eine solche Sicherheit, werden Investitionen aufgeschoben da man nicht weiß, wie die unmittelbare Zukunft aussehen kann.

Der Staat kann und soll nach Messner in Notsituationen in die Wirtschaft eingreifen, um die Preisstabilität zu gewährleisten, wenn es beispielsweise darum geht, die eigene Wirtschaft global wettbewerbsfähig zu halten¹⁷⁵. So kann er entweder durch höhere Zölle oder durch Investitionen in die eigene Wirtschaft dieser einen temporären Vorteil verschaffen. Aber solche Eingriffe sollten keinesfalls zur Selbstverständlichkeit werden, sondern können nur den Nutzen einer kurzzeitigen Entschärfung der Situation haben. Denn auf Dauer geht dies auf die Kosten der Steuerzahler.

Eine staatliche Preisregelung ist keine Maßnahme, um ein Gleichgewicht zwischen Herstellungs- und Verkaufspreis herzustellen. Das heißt, es kann nicht die Aufgabe eines Staates sein, sowohl die Produktion als auch den Verkauf durch Höchst- oder Mindestpreise zu regeln versuchen.

Die Preisgestaltung kann aus wirtschafts-ethischer Sicht durch Angebot und Nachfrage am gerechtesten geregelt werden. Auf der Seite des Konsums kann man von einem „Nutzwert“ sprechen, auf der Seite der Produzenten von einem „Kostenwert“. Der Kostenwert beinhaltet die Kosten für Rohstoffe, Personal und Maschinen und getätigte bzw. zukünftige Investitionen. Alle diese Faktoren müssen dadurch gedeckt sein können.

¹⁷⁴ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 85ff

¹⁷⁵ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 915f

Die Gleichheit wird nach Messner durch die kommutative Gerechtigkeit¹⁷⁶ in Form der Tauschgerechtigkeit bzw. die legale und distributive Gerechtigkeit gewährleistet. Sie sind eine Möglichkeit, zwischen Käufer und Verkäufer eine gerechte Situation bezüglich des Preises sicherzustellen.

Die Tauschgerechtigkeit sieht er sichergestellt, wenn folgende Punkte erfüllt sind:

1. Käufer und Verkäufer empfinden den Preis als „gerecht“. Dies zeigt sich für ihn im Prinzip von Angebot und Nachfrage¹⁷⁷. Ein auf Seiten der Konsumenten ungerechter Preis führt zu einem Verkaufsrückgang. Der Konsument kann hier durch eine Verweigerung auf seinen Unwillen hinweisen. Ein ungerechter, weil Kosten drückender Konsumentenmarkt kann aber nicht auf die Unternehmer einwirken ohne, dass dies Auswirkungen auf die Konsumenten hätte. Denn bei einem Boykott wird entweder der Arbeiter unter Druck gesetzt, oder das Unternehmen ganz geschlossen. Und da auch die Angestellten des Betriebes Konsumenten sind, fällt dies auf sie selbst zurück.
2. Günstige Produktionskosten berechtigen zu einem günstigeren Preis, was in Folge zu höheren Umsätzen führt.
3. Qualitätsverbesserung berechtigt zu höheren Preisen.
4. Ausnützung einer Marktlage beispielsweise durch eine überhöhte Nachfrage, wodurch das Angebot verknappt und die Preise dadurch angespannt werden.

Der Tausch basiert auf der Annahme, dass sich Angebot und Nachfrage über die Höhe des Preises einig sind. Dies zeichnet sich durch Konsum und gegenseitiges Vertrauen ab. Fraglich bleibt jedoch die Rolle des Produzenten. Denn meiner Ansicht nach ist er nicht in der Lage, den Markt derart zu beeinflussen wie der Konsument. Zwar kann er Interesse für bestimmte Erzeugnisse wecken, aber eine solche Produkteinführung ist mit enormem Risiko und erheblichen Kosten verbunden. Die Nachfrage an sich kann durch ihn zwar angeregt, aber nicht gesteuert werden. Einigen wenigen Produzenten ist es möglich, Trends zu setzen und so große Kreise der Konsumenten anzusprechen und zu einem Kauf zu motivieren.

Meiner Ansicht nach fällt hier bestimmten gesellschaftlichen Kreisen eine wichtige Rolle der Beobachtung und Bewertung der Marktsituation zu. Um den Konsum einer Gesellschaft auf ein naturrechtlich vertretbares Fundament zu stellen, ist eine Aufklärung der Gesellschaft unumgänglich. Die Fülle an Produkten wird stetig mehr, die Produktionsstätten sind global verteilt und einziges Argument für den Kauf scheint hier der Preis zu sein. Über die Produktionsbedingungen ist in den meisten Fällen wenig bekannt. Insbesondere bei Produkten von Weltkonzernen ist der Produktionskreislauf häufig nicht mehr nachvollziehbar. Somit wird

¹⁷⁶ Vgl. ebd. S. 917f

¹⁷⁷ Vgl. ebd. S. 917f

auch der Kostenwert nicht mehr nachvollziehbar. Das heißt, für den Konsumenten ist nicht mehr nachvollziehbar, wie dieser Preis zustande kommt und ob er gerechtfertigt ist.

Bei kleineren oder kleinen regionalen Produktionszyklen wie es beispielsweise bei Genossenschaften der Fall ist, kann eine Übersicht erhalten bleiben. Hier kann dem Konsumenten der Weg der Entstehung gezeigt werden. Menschen schätzen es, wenn sie die Produktionswege nachvollziehen können. Es entsteht so auch die Möglichkeit für den Produzenten, einen gerechten Preis zu erzielen. Ein Preis, der aufgrund des Produktionsweges erhöht sein kann, der aber auch gezahlt wird. Ein Beispiel dafür kann die handwerkliche Arbeit sein, die sich trotz der immer günstiger werdenden industriellen Fertigung erhalten hat. Als typische Beispiele lassen sich hier Schuster oder Schneider anführen, die trotz eines vielfachen Preises gegenüber einer Massenfertigung bestehen können.

Die Preisgestaltung spielt bei der Genossenschaft eine nicht unbedeutende Rolle. Es soll ein Mittelweg gefunden werden, der als eine marktgerechte Handwerksarbeit bezeichnet werden könnte¹⁷⁸. Damit ist gemeint, dass die menschliche Arbeitskraft im Zentrum steht und ihre Leistung gewürdigt werden soll. Die Würdigung zeigt sich in einer angemessenen Entlohnung, aber auch in einer menschlichen Arbeitsumgebung. Natürlich sind sie nicht vom üblichen Angebot-Nachfrage Zyklus ausgeschlossen. Aber ihre Kommunikation kann nur eine andere sein. Handwerker können ihre Produkte nicht alleine über den Preis verkaufen, sie müssen aus ihrer Anonymität heraustreten und können nur durch anders gelagerte Werte ihre Produkte, zu für sie vertretbaren Werten am Markt anbieten. Sie müssen die handwerkliche Tätigkeit mit ihrer Flexibilität in den Vordergrund stellen. Das Handwerk, als qualitätsbeständig und innovativ mit einer „nachverkäuflichen“ Betreuung des Kunden. Dies beinhaltet bestimmte Serviceleistungen, die eine längerfristige Bindung des Kunden möglich machen soll. So wie der Kunde als Mensch behandelt werden möchte, so muss der Kunde auch den Mensch hinter der Produktion sehen.

Der Lohn

Der Lohn ist der Gegenwert des Arbeitgebers für die Produktivität des Arbeitnehmers. Der Arbeitgeber hat diese Produktivität auf das Produkt aufzuschlagen. Der Preis eines Produktes wird dadurch durch die Produktivität festgelegt. Je geringer diese ist, umso höher der Preis. Die Entscheidung über die Produktivität liegt nicht beim Unternehmer oder Arbeitgeber, sondern beim Konsumenten, der den dafür vorgesehenen Preis bezahlen soll. Wäre die Produktivität schlecht und der Preis daher höher als andere Produkte ähnlichen Charakters,

¹⁷⁸ Schulze-Delitzsch führt solche Kosten unter Subsistenzmittel an die neben den Preisen für Rohstoffe und Werkzeug einen wichtigen Teil der Preisgestaltung ausmachen. Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 45f

so kauft der Konsument diese nicht und der Arbeitgeber ist angehalten die Produktivität zu steigern. In dieser Verbindung wird dem Arbeitnehmer ein Lohn bzw. Gehalt ausgezahlt, welches der Arbeitgeber als Arbeitskosten auf das zu produzierende Produkt aufschlagen, oder zumindest in der Kalkulation mit einbeziehen muss. Messner sieht den Auftrag eines Arbeitsverhältnisses von den zwei folgenden Punkten abhängig¹⁷⁹:

1. Beteiligung an der sozialwirtschaftlichen Kooperation
2. diese Beteiligung an der sozialwirtschaftlichen Kooperation ist erfüllt durch einen Arbeitsvertrag zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Eine Lohngerechtigkeit liegt dann vor, wenn der Anteil der geleisteten Arbeit in einer Relation zum erwirtschafteten Preis steht. Hier lassen sich nach Messner zwei Prinzipien der Naturrechtslehre ableiten – nämlich die nach der sozialen Gerechtigkeit und der ausgleichenden Gerechtigkeit¹⁸⁰. Die Produktivität gibt den Ausschlag für einen gerechten Lohn. Und damit den sozialwirtschaftlichen Beitrag des Arbeitnehmers am sozialwirtschaftlichen Gesamtprozess und gegenüber der sozialwirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens.

Eine Lohngerechtigkeit ist nur bei Vollbeschäftigung möglich, da hier die Wertschöpfung am höchsten ist. Doch ist dies nie zu erreichen, da es immer Arbeitsunwillige geben wird. Je näher eine Gesellschaft der Vollbeschäftigung kommt, umso gerechter kann die Entlohnung sein. Je geringer, umso geringer die Kaufkraft, wodurch der Preis der Produkte gesenkt werden muss, was zu einer Reduktion der Produktionskosten führen muss, die wiederum durch eine Kürzung der Lohnkosten zu bewerkstelligen ist. Denn eine ausreichende Kapitalausstattung einer Sozialwirtschaft ist die Grundlage für eine bestmögliche Produktivität, die wiederum der Gratmesser des Lohns ist. Dies wirkt sich auf die Unternehmen aus, die durch eine ausreichende staatliche Kapitalausstattung in den Genuss von mehr Wettbewerbsfreiheit kommen können. Beispielsweise geringe Steuersätze.

Es scheint, dass eine Vollbeschäftigung nur durch eine Verringerung der Lohnkosten zu erreichen ist, da die Unternehmen dazu angehalten werden, Arbeitnehmer einzustellen. Fraglich bleibt, ob dadurch die Produktivität gesteigert werden kann. Vollbeschäftigung heißt nicht zwangsläufig eine hohe Produktivität. Eher das Gegenteil, geringe Arbeitskosten und eine geringe Produktivität mindern die Investitionen und damit auf Dauer auch die Produktivität. Grund dafür ist unter anderem, dass eine höhere Zahl an Arbeitnehmern, einen zusätzlichen verwaltungstechnischen Aufwand bedeuten, der die Produktivität nicht steigert, sondern lediglich den Verwaltungsaufwand abdeckt.

Durch soziale Maßnahmen der Arbeitsplatzbeschaffung werden die Lohnkosten gesenkt, wodurch in weiterer Folge die Verkaufspreise gesenkt werden müssen. Ein Schritt setzt den nächsten voraus, wodurch die Gesamtwirtschaft in eine Inflation schlittert.

¹⁷⁹ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 921

¹⁸⁰ Vgl. ebd. S. 921

Gibt es einen gerechten Lohn? Es kann hier keine eindeutigen Antworten geben, denn die Höhe des Lohnes hängt von der Produktivität des Arbeitnehmers ab. Dabei muss auch die geistige Arbeit berücksichtigt werden. Hier Kriterien der Bewertung zu erarbeiten ist schwierig, da auch die persönlichen Fertigkeiten mit berücksichtigt werden müssten – wenn man als Grundlage ein individuelles Entlohnungsmodell heranziehen möchte.

Gesamtwirtschaftlich muss zur Lohngerechtigkeit auch die Frage der Konsumrate und Investitionsrate herangezogen werden. Das heißt, für Lohngerechtigkeit ist Geldstabilität notwendig. Diese Stabilität muss die Weichen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in die Zukunft legen. Dabei kann es notwendig sein, in der Gegenwart Maßnahmen zu setzen, die mitunter für den Staat höhere Kosten verursachen, deren Ergebnis aber in der Zukunft eine sichere Entwicklung bietet. So kann, um das Beispiel von Messner heranzuziehen¹⁸¹, ein Staat die Entscheidung treffen, die Familien zu fördern und daher in der Gegenwart mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Dies bedeutet Lohneinbußen für jeden, dafür aber entsteht in der Zukunft kein Arbeitskräftemangel, der nur durch höhere Investitionen oder durch kostenintensive Einwanderung ausgeglichen werden kann. Investitionen wären notwendig, um die Maschinen noch effizienter zu gestalten, um mit weniger Arbeitskräften dennoch die Wirtschaftsleistung steigern zu können.

Eine solche Entwicklung führte aber zu einer Lohnungerechtigkeit im Sinne der sozialen Gerechtigkeit. Denn eine individuelle Lohngerechtigkeit ist dann gewährleistet, wenn die Relation zwischen Produktivität an die Entlohnung angepasst ist. Die Relation dafür muss flexibel sein. Gesagt kann werden, dass, je höher die Produktivität ist, umso höher die Entlohnung sein müsste. In Staaten mit einer sozialen Marktwirtschaft ist eine solche individuelle Lohngerechtigkeit jedoch nicht mehr vorzufinden, da nämlich hier die Relation zwischen Produktivität und Lohn nicht gegeben ist. Aus Sicht der sozialen Gerechtigkeit herrscht hier keine Gleichbehandlung vor.

Die Produktivgenossenschaften können hier ein Weg sein hin zu einer solchen Gerechtigkeit. Denn auf lange Frist ist ein solcher Sozialstaat mit all seinen Vorzügen nicht mehr finanzierbar.

Produktivgenossenschaften nach dem Modell von Schulze-Delitzsch setzen bei der Gründung auf eine geringe bis keine Eigenkapitalausstattung. Ihr Kapital war die Arbeitskraft und der Willen zur Veränderung. Damit wurde keine Person per se vom Wirtschaftsmarkt ausgeschlossen. Aus sozialetischer Sicht betrachtet liegt hier keine Ungerechtigkeit vor. Der Einzelne, der keine Arbeit hatte, wird dazu angeregt sich selbst um eine Veränderung der Missstände zu kümmern, um so aus der Abhängigkeit herauszukommen. Zur Zeit von Schulze-Delitzsch war von einem Arbeitslosengeld keine Rede, daher konnte sich die Idee auch

¹⁸¹ Vgl. ebd. S. 926f

rasch durchsetzen. Die Menschen hatten keine staatliche Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit.

Aus sozialetischer Sicht betrachtet bieten die Produktivgenossenschaften die Möglichkeit einer individuellen Lohngerechtigkeit und eine Annäherung an das Ziel einer Vollbeschäftigung. Denn sie lässt sich mit geringem finanziellen Aufwand umsetzen. Notwendig dafür ist jedoch ein „schlanker Staat“, also geringe Abgaben für privatwirtschaftliche Unternehmen und eine größtmögliche Freiheit in der Gewerbeausübung.

In der Zinsfrage gibt es eine Anlehnung an die Thesen des Thomas v. Aquin, die besagen, dass Zins nur dann eine Berechtigung hat, wenn es sich dabei nicht um Verbrauchsgüter handelt, sondern durch die Verleihung eines Gegenstandes ein eigener Nachteil entstanden ist¹⁸². Der Zins ist in diesem Fall eine Entschädigung für den erlittenen Nachteil.

Als Beispiel nennt Messner, der sich dieser These anschließt, einen Menschen, der das Lager voll Getreide¹⁸³ hat und etwas verleiht. Da er dies selbst nicht braucht, ist ein Zins nicht gestattet. Ein anderer Händler verleiht sein ganzes Getreide und erleidet dadurch einen Nachteil – weil er selbst dadurch einen Gewinnverlust hat. Hier ist eine Zinsnahme gerechtfertigt.

Der Zins spielt eine wichtige soziale Rolle. Denn im System der Almosen, also einer Zurverfügung-Stellung von Dingen ohne Rückforderung, entsteht ein Prinzip der Abhängigkeit und der Schuld. Für den Geber ergibt sich eine Situation, der Beherrschung, denn er weiß, dass ihm der andere etwas schuldet und dafür wird aber nie aufkommen können.

Für den Nehmer ergibt sich eine ähnliche Situation die einer Unterdrückung nachkommt. Er hat etwas genommen, wofür er nicht aufkommen kann. Es entsteht ein Gefühl der Abhängigkeit.

Schulze-Delitzsch tritt für eine Zinsnahme ein, um eben jede Form der Abhängigkeit zu unterbinden. Seiner Ansicht nach ist die Aussicht auf einen Zinsertrag für den Geldgeber ein zusätzlicher Anreiz, sein nicht selbst benutztes Geld an andere gegen eine Entschädigung zu verleihen¹⁸⁴.

Eine solche Entwicklung wäre auch für eine Gesamtgesellschaft von keinem Nutzen.

Der Zins verhilft dem Zinsnehmer zu einer freieren Handlungsweise. Er zahlt durch den Zins eine Nutzungsberechtigung und kann dafür einen Anspruch auf die Einhaltung des Vertrages stellen. Der Kreditgeber kann nicht willkürlich den gesamten Betrag fällig stellen, weil er auch einen Vertrag einzuhalten hat und dem Kreditnehmer durch die Zinsnahme verpflichtet ist.

¹⁸² Vgl. KNOLL, August Maria: Der Zins in der Scholastik. Wien – Innsbruck: Verlag Tyrolia, 1933. S. 13ff

¹⁸³ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 945

¹⁸⁴ Vgl. THORWART: Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden. S. 55

Allgemein kann gesagt werden, dass sich durch die Zinsnahme ein Verhältnis der Gegenseitigkeit zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer entwickeln lässt. Die Einhaltung des Vertrages kann von beiden Seiten angenommen werden, da der Kreditgeber durch die Verleihung eines Teils seines Vermögens dieses vermehren kann und auf der anderen Seite der Kreditnehmer die Möglichkeit hat, dieses von ihm geliehene Geld so zu investieren, dass er neben einer Existenzsicherung auch für die entstandenen Zinsen aufkommen kann. Und den Anspruch erheben kann, über die ganze vertraglich vereinbarte Dauer über das Geld verfügen kann.

Die Höhe des Zinses ist ein wichtiger Aspekt der Verfügbarkeit von Kapital am Markt. Der Wucher zeigte von einer nur geringen verfügbaren Menge an Kapital, so dass den Menschen keine andere Wahl blieb als ihren Kapitalbedarf über den Wucherer zu decken. Um dem einen Riegel vorzuschieben haben relativ rasch Schulze-Delitzsch und auch Raiffeisen eigene Spar- und Krediteinrichtungen gegründet, um so den Hilfsbedürftigen einen fairen Zugang zu ermöglichen. Aus sozialemethischer Sicht ist der Wucher „ein Verletzen der Preisgerechtigkeit“¹⁸⁵. Es fehlt das Gleichgewicht im Tauschhandel. Einer der beiden Parteien erhält eine, über dem Marktwert übliche Gegenleistung. Der Wucher kann von Einzelpersonen, Gruppen oder ganzen Gesellschaften ausgeübt werden.

Das Privateigentum

Das Privateigentum spielt seit jeher eine bedeutende Rolle in der Geschichte des Menschen. Aus naturrechtlicher Sicht ist das Verlangen nach Eigentum eine dem Menschen typische Eigenschaft. Das Privateigentum übernimmt innerhalb einer Gesellschaft eine zweifache Bedeutung: Es sorgt für eine soziale Stabilität, da Eigentumsverhältnisse Tatsachen sind und auch rechtlich abgesichert sind. Das heißt, es besteht eine Klarheit darüber, wem was gehört. So gesehen fallen enorme Spannungen weg, wie sie beispielsweise im Kommunismus vorhanden waren. Denn dort gab es zwar kein Privateigentum, aber die Verwaltung des Gesamtvermögens verteilte sich auf wenige Personen, die wiederum nicht nach sozialgesellschaftlichen Interessen agierten.

Ein weiterer Punkt ist die Freiheit, die durch Privateigentum möglich wird. Es entsteht eine Unabhängigkeit gegenüber dem Staat und auch gegenüber den anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Auch eine Forderung, die Schulze-Delitzsch erhob. Und darin sah er einen großen Vorteil für die gesellschaftliche Entwicklung.

Eine Ungerechtigkeit bei Privateigentum kann dann entstehen oder empfunden werden, wenn der Beitrag zwischen Produktivität und Vermögen nicht mehr nachvollziehbar ist. Wenn viele arbeiten und die Erträge nur wenigen zugute kommen.

¹⁸⁵ Vgl. MESSNER, Johannes: Das Naturrecht. S. 919

Die Höhe des Privateigentums einzelner wiederum kann aber die soziale Ruhe, die generell durch Privateigentum erreicht werden kann, in Frage stellen. Nämlich dann, wenn das Eigentum auf Kosten vieler von wenigen ansteigt und die Auswirkungen für das Gesamtwohl der Gesellschaft nicht im notwendigen Maß mitgesteigert werden können. Das heißt, wenn beispielsweise die Erträge eines Unternehmers nicht dem Wohl seiner Angestellten bzw. der Region zugute kommen sondern, gehortet bzw. für privaten Konsum verbraucht werden oder gar ins Ausland transferiert werden. Dadurch entsteht ein Gefühl der Ungerechtigkeit und Ohnmacht der Arbeiter was zu Aufständen und Revolten führen kann.

In einer liberalen Gesellschaft hat jeder Mensch das Recht sein Privatvermögen nach eigenem Ermessen zu vermehren und für seine Zwecke zu gebrauchen. Aus moralischer Sicht jedoch, wenn man eine soziale Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft einfordert, was meiner Ansicht nach notwendig ist, so sollte es das Ziel von jedem sein, möglichst vielen Mitgliedern der Gesellschaft ein vollmenschliches Leben zu ermöglichen. Dies bedeutet, dass jene Teile des Vermögens, die nicht für die tägliche Bewältigung eben jenes vollmenschlichen Lebens notwendig sind, für ebendiese Erreichung eingesetzt werden sollten.

Folgende Aspekte sieht Messner als Begründungen für das Privateigentum:

1. Sicherung von Friedenssituation da durch das Privateigentum eine klare Trennung zwischen dem Eigentum besteht. Vor allem für das Produktionseigentum ist dies notwendig.
2. In Folge des Privateigentums kann eine Gesellschaft besser mit notwendigen Produkten versorgt werden, da die beteiligten Personen ein verstärktes Interesse am Handel haben.
3. Durch das Privateigentum und den dadurch entstehenden Tauschhandel entsteht eine Verbindung innerhalb der Gesellschaft. Die Menschen müssen miteinander in Kontakt treten, um zu den gewünschten Waren zu kommen.
4. Aristoteles und Thomas v. Aquin weisen auf die Bedeutung des Privateigentums hin, da hier nicht für den Staat gearbeitet wird. Sie arbeiten selbständig und behalten sich dadurch eine Freiheit gegenüber den anderen und gegenüber dem Staat. Dadurch wird
5. soziale Freiheit gesichert.
6. Durch Privateigentum entsteht automatisch eine Machtverteilung innerhalb des Staates. Dies haben vor allem die kommunistischen Regime gezeigt – hier entstand eine enorme Machtanhäufung von wenigen Menschen. Und damit das Risiko auf Korruption, Unterdrückung und persönlicher Bereicherung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Anspruch auf Privateigentum eine naturrechtliche Forderung bzw. Notwendigkeit ist. Die jeweiligen Ausformungen können jedoch zu konkreten Ungerechtigkeiten führen.

Das Recht auf Eigentum ist ein praktisches Recht, kein theoretisches. Das heißt, der Anspruch darauf ist naturrechtlich zu fordern und fördern, aber die jeweilige Umsetzung ist geschichtlich bedingt und kann daher in den unterschiedlichsten Formen auftreten. Hier tritt auch die Frage auf, wie sich eine solche Eigentumsstruktur auf die soziale Struktur innerhalb einer Gesellschaft auswirkt. Diese beiden Aspekte sollten immer in paralleler Entwicklung gesehen werden. Dass Privateigentum für den sozialen Erhalt der Gesellschaft unerlässlich ist, scheint hier bereits aufgezeigt worden zu sein, doch ist darauf zu achten, dass dabei das Augenmerk der sozialen Notwendigkeit nicht zu sehr in den Hintergrund gedrängt wird. Eine solche Entwicklung konnte in den vergangenen Jahrzehnten beobachtet werden.

Die Pflichten des Eigentümers scheinen auf den ersten Blick als eine Einmischung in die Privatsphäre des Eigentümers, bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber auch hier die soziale Bedeutung des Eigenkapitals im Sinne der Gemeinschaft. Jede Erwirtschaftung des Privateigentums ist mit Abgaben verbunden, die dem Wohl der Gemeinschaft zukommen. Dies ist die rechtliche Verpflichtung die gegenüber der Gesellschaft vom Einzelnen eingefordert wird.

Darüber hinaus gibt es Forderungen, die naturrechtlich verankert sind, deren Umsetzung aber nicht eingefordert werden können. Man kann eher von einer moralischen Forderung ohne Rechtscharakter sprechen.

Die Rechte des Eigentümers sind, dass Erträge aus Produktion bzw. Kapital auf den Eigentümer zurückfallen. Dies ist ein naturrechtliches Prinzip. Die Ursachen, die zu diesem Ertrag führen, können natürliche (der Apfelbaum) oder durch Arbeit des Eigentümers bzw. unter Mitwirkung von fremder Arbeit sein. Die Mitwirkenden werden nicht direkt an dem Ertrag beteiligt, sondern sie werden nach einem vorher vereinbarten Schlüssel entlohnt.

5. Die Genossenschaft in der Perspektive der Gegenwart

Gerade in der Gegenwart mit der wirtschaftlichen Krise liest man viel über das System der Genossenschaften. Und es mehren sich von allen Seiten her die Berichte über gute Umsatzzahlen und laufenden Zustrom.

In Zeiten wirtschaftlicher Not zeigt das System der Genossenschaften auf andere Wege des Wirtschaftens hin. Es geht nicht um die Vermehrung des Kapitals, es geht nicht um Renditen jenseits der 15%, es geht nicht um spekulative Geschäfte mit uneinholbaren Forderungen – es geht um solides Wirtschaften im kleineren Rahmen, häufig auf eine bestimmte Region beschränkt. Der Mensch rückt in den Vordergrund – und die Eigeninitiativen werden wieder größer, nachdem Unternehmer und ehemals Angestellte sich dazu getrieben sehen.

Das System der Genossenschaft hat nie ganz an Bedeutung verloren, besonders in sozialen Berufen oder bei Projekten, deren Finanzierung von Banken nicht sichergestellt werden konnte, hat sich das System der Genossenschaft durchgesetzt.

Es gibt zahlreiche Beispiele in denen Genossenschaften aus kleinen Strukturen heraus gegründet worden sind, um meist regionale Produkte zu verwirklichen.

Besonders im Vordergrund steht dabei auch die soziale Verantwortung bzw. das soziale Miteinander innerhalb der Genossenschaft. Das heißt, es kann nur dann erfolgreich funktionieren, wenn alle Mitglieder das angestrebte Ziel verfolgen. Besonders im Alten- und Pflegebereich findet sich eine gute Basis für die Gründung einer Genossenschaft. Pflegekräfte die selbständig arbeiten, müssen neben der aktiven Tätigkeit viel Zeit darin investieren, die organisatorische und gesetzlich vorgeschriebene Dokumentation über die Pflege zu erledigen. Hier kann eine Genossenschaft eben diese Arbeiten erledigen. Peter Georg Albrecht¹⁸⁶ stellt bei der IGT im Oktober 2008 in Köln die Frage, ob nicht auch Diakonie und Wohlfahrtsverbände als Genossenschaften geführt werden könnten. Es geht hier vor allem um die Anstrengung, erneut Mitglieder in Form der Hilfsbedürftigen zu werben und so die wirtschaftliche und soziale Situation der Verbände zu verbessern. Seiner Untersuchung nach liegt jedoch ein Problem in der Organisation der Diakonie und Wohlfahrtsverbände vor, die untereinander nur mangelnde Vernetzung aufweisen.

Andere Beispiele sind aus der EDV, in der sich Unternehmen zusammengeschlossen haben um ein systemgerechtes EDV-System anbieten zu können. Der Vorteil der Mitglieder an solchen Beispielen ist, dass sie selbst die Kosten geringer halten können, da sie die Produkte mit anderen Mitgliedern teilen können und dadurch auch neue Kunden gewinnen können, was hier die Kosten wiederum senkt. Es entsteht neben der Kostenersparnis ein Netzwerk

¹⁸⁶ http://www.igt2008.de/content/e2801/e2824/IGT-ICCS-slides-Albrecht_ger.pdf. 01.04.2009

mit anderen Unternehmen, die sich mitunter auch gegenseitig unterstützen können, wenn es beispielsweise um Ausschreibungen für Aufträge geht.

In diesen zwei beispielgebenden Modellen tritt klar hervor, und darauf ist erneut hinzuweisen, dass es nicht im Vordergrund darum geht, aus der Genossenschaft heraus einen Gewinn zu erwirtschaften, sondern viel mehr darum, maßgeschneiderte Produkte für die eigene Verwendung anzubieten und dafür die Kosten möglichst gering zu halten. Was sich dadurch bewerkstelligen lässt, dass das Produkt von mehreren Mitgliedern genutzt wird.

Durch die Massenfertigung, die sich, um in der heutigen Zeit zu bleiben, auch auf dem EDV-Sektor auf Standardlösungen konzentriert, können nie alle Anforderungen an beispielsweise die Software gleichmäßig erfüllt werden. Maßprodukte sind in den meisten Fällen erheblich kostenintensiver, die sich der Einzelunternehmer nicht leisten kann oder will. So sucht er sich andere Unternehmer mit einem ähnlichen Anforderungsprofil und sie nehmen es selbst in die Hand, für sich maßgeschneiderte Lösungen zu schaffen. Der Sinn ist erfüllt, wenn die Leistungen von der Genossenschaft erbracht werden können und sie sich dadurch selbst finanziert.

Arbeiten, die sonst ausgelagert werden müssten, können so gemeinsam erledigt werden. Die Strukturen können flach gehalten werden, somit bleibt eine Übersichtlichkeit erhalten.

In der Gegenwart mangelt es besonders an zwei Dingen: einer sozialen Verantwortung gegenüber der Umwelt und einem vertrauenswürdigen Finanzsystem.

Eine soziale Verantwortung wie sie auch von Vogelsang gefordert wird, lässt sich durch Genossenschaften vielleicht nicht optimal, dennoch vielleicht besser verwirklichen als mit anderen Gesellschaftsformen.

Ich möchte nicht erneut auf die Grundlagen des Genossenschaftsgedankens eingehen, nur darauf hinweisen, dass es jedem einsichtig sein sollte, dass in den vergangenen Jahrzehnten das Kapital über den Menschen geherrscht hat.

Nicht zu leugnen ist auch, dass, vor allem die westliche Zivilisation durch das Kapital einen gehobenen Wohlstand erreicht hat, sie aber nicht im notwendigen Ausmaß dazu bereit ist, ihre Verantwortung gegenüber den Zivilisationen, die einen solchen Stand nicht haben, zu übernehmen.

Dies gilt nicht ausschließlich für andere Zivilisationen sondern auch für die eigene Gesellschaft. Durch die Kapitalisierung des Marktes, der darauf aufbaute, dass alles mit Geld gekauft werden kann, führt in seiner extremen Ausprägung in eine Sackgasse. Dies zeigt sich besonders in den Zeiten, in denen das Einkommen stagniert oder sogar rückläufig ist und auch die Wirtschaft Einbußen hinnehmen muss. Das Geld wird knapper, die Banken werden bei der Kreditvergabe vorsichtiger und der soziale Wind wird rauer.

Viele Menschen können sich ihr Leben in solchen Situation nicht mehr leisten und werden zunehmend von der Hilfe anderer abhängig. Christliche Einrichtungen wie Caritas, Diakonie und andere Einrichtungen sehen sich mit einer verstärkten Nachfrage konfrontiert. Die Finanzmittel sind jedoch auch beschränkt und so kann nicht jedem die notwendige Unterstützung gegeben werden.

Die soziale Versorgung und Pflege ist eine Notwendigkeit, die von vielen Seiten gerne übersehen werden würde. Der Staat, dem diese Aufgabe zufallen würde, kann oder möchte sie nicht in dem Ausmaß erfüllen, wie es notwendig wäre. Die christlichen Einrichtungen müssen hier einspringen, doch auch ihre Mittel sind begrenzt.

Es ist ein Bereich, der auch die Schwierigkeit aufwirft, dass er viel Geld kostet, nach Ansicht Vieler nichts dabei bringt und man daher auch nichts verdienen kann oder verdienen darf. Denn es ist moralisch nicht zu vertreten, wenn man mit der Not derer, die nichts haben, auch noch Geld verdienen würde. Das heißt, privatwirtschaftlich ist es nur schwer möglich, daran zu verdienen ohne den vollmenschlichen Anspruch zu verletzen.

In solchen Bereichen bietet sich die Rechtsform der Genossenschaft an, da sie nicht auf Gewinnmaximierung sondern in Richtung Kostendeckung arbeitet und dabei die Interessen der Mitglieder in den Vordergrund stellt. Damit könnte sowohl der Staat, als auch die christlichen Hilfsreinrichtungen entlastet werden. Vorauszusetzen ist natürlich die Eigeninitiative der Hilfsbedürftigen, die sich selbst helfen müssen. Damit ist aber unter bestimmten Umständen auch die Möglichkeit gegeben, sie aus der sozialen Sackgasse wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Auf dieses christliche Fundament weist auch Bader¹⁸⁷ hin, der das Werk Vogelsang und dessen Bestrebungen einer christlichen Sozialreform heraushebt. Dabei führt er die Ursprünge der Genossenschaften auf den christlichen Glauben der Nächstenliebe hin. Maßgeblich daran beteiligt war auch Bischof Ketteler und Adolf Kolping. Es ist eine Notwendigkeit der Nächstenliebe, die aber bei den Genossenschaften, anders als bei karitativen Einrichtungen die Eigenverantwortung der Beteiligten heraushebt und diese damit aus der Abhängigkeit herauszuführen versucht. Sie stehen damit gegenüber der sozialistischen Idee der Gleichheit, die den Bedürftigen in eine Abhängigkeit des Staates führt und auch gerne als ein „neues“ Christentum bezeichnet wird, was aber von Félicité de Laménais, einem französischen Reformier abgelehnt wurde.

Das Ziel kann es sein, den Menschen wieder eine Perspektive zu geben. Die Abhängigkeit gegenüber anderen kann sich durch eine genossenschaftliche Organisation verringern. Mit den anderen Mitgliedern treten sie in einen engeren Kontakt, was zu einer sozialen Verantwortung gegenüber einander führt.

Genossenschaften haben den großen Vorteil, dass die Initiativen von den Mitwirkenden selbst ausgehen. In den Entwicklungsländern haben sich Genossenschaften gebildet, die der

¹⁸⁷ Vgl. BADER, Erwin: Karl v. Vogelsang. S. 145

armen Bevölkerung beispielsweise mit Mikrokrediten die Möglichkeit geben, selbst eine Verbesserung herbeizuführen in dem sie Geld für Maschinen bekommen mit denen sie Produkte des täglichen Bedarfs produzieren und auf den örtlichen Märkten verkaufen können. Sie lernen dadurch, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Bei zahlreichen Hilfsprojekten, bei denen große Kapitalmengen verschoben werden, fehlt das System der Umsetzung. Die Gelder werden von Regierungsstellen verwaltet und an die Bevölkerung verteilt, diese empfangen sie als Almosen, ohne selbst dafür etwas tun zu müssen. Sie geraten in eine Abhängigkeit, die auf einer Basis von Geldgeber und Geldnehmer aufbaut, wie es einst Raiffeisen vorgesehen hatte. Aber ein solches System kann nur kurzzeitig eine Entspannung für beide Seiten bringen. Es kommt auf jeden Fall der Moment, in dem die Almosengeber sich die Frage stellen, was sie für ihre Leistung erhalten. Und unser kapitalistisch-wirtschaftliches System baut darauf auf, dass eine Leistung eine Gegenleistung mit sich bringen soll. In solchen Beziehungen entsteht auch in den meisten Fällen kein Austausch zwischen den Parteien – was dadurch zusätzlich eine Anonymität und damit eine andere Werthaltung mit sich bringt, als wenn sich die Parteien gegenseitig unterstützen. Das System der Mikrokredite funktioniert hier auf eine andere Art, nämlich eine, bei der auch eine soziale Verantwortung übernommen wird.

Der Bedürftige ist angehalten, sich selbst etwas für seine Situationsverbesserung zu überlegen. Es muss ein Konzept vorgelegt werden, das würdig erscheint, gefördert zu werden. Natürlich muss auch hier ein Ertrag erzielt werden können, der aber in erster Linie dem Bedürftigen zugute kommt. Denn durch den eigenen Verdienst kann er sein eigenes Leben finanzieren und wird mit der Zeit unabhängig von staatlichen oder privaten Hilfsmitteln. Der Betrag der Kredite ist gering, und stellt eine Höhe da, die für den Bedürftigen auch zurückgezahlt werden kann. Das heißt, es wird von Vorschuss in Form von Kapital für die erbrachte Leistung gegeben.

Auch in der Gegenwart gilt, dass die Form der Genossenschaften die Menschen zur Eigeninitiative anregen sollen. Die damit einhergehende Unabhängigkeit, Freiheit und Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft hat sich in den Grundzügen nicht verändert. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft können daher in den Grundfesten nur positiv sein. Dafür muss jedoch der Boden politisch geebnet sein. Besonders Korruption und unsichere politische Verhältnisse machen in vielen Staaten die Gründung von Genossenschaften beschwerlicher. Aber in solchen Fällen hat jede Form der Privatinitiative mit Schwierigkeiten zu rechnen. Auf dem Ziel der Erreichung einer vollmenschlichen Existenz für alle Menschen setzt dies aber auch die Forderungen voraus, die durch Genossenschaftsgründungen bewerkstelligt werden können. Nach dem Freiheitsgedanken soll jeder Mensch die Möglichkeit dazu haben, sein eigenes Leben in die Hand zu nehmen und seine Interessen und Fertigkeiten zum Wohl der Gemeinschaft bestmöglich einsetzen. Sind solche Forderungen umgesetzt, dann hebt sich die innergesellschaftliche Verantwortung und die Gesamtgesellschaft trägt den Nutzen

der Entwicklung. Durch mangelnde Perspektiven kommt es zu Abwanderung oder Flucht, wodurch die lokale Situation noch verstärkt wird, da die Emigranten vor allem ihre Arbeitsleistung aus dem Gebiet abziehen. Dadurch wird der notwendige Kreislauf gestört oder unterbrochen, der zu einer wirtschaftlichen Entwicklung notwendig ist.

Besonders dem Gemeineigentum wird bei Genossenschaften eine große Bedeutung zugesprochen. Es handelt sich dabei um jene Betriebsmittel, die von den Genossenschaften für die Mitglieder angeschafft und an diese bei Bedarf verliehen werden. Die Verwaltung erfolgt durch die Genossenschaft, ebenso die Wartung und Instandsetzung. Dennoch sind die Mitglieder Miteigentümer der Betriebsmittel der Genossenschaft. Die Bedeutung des Gemeinschaftseigentums gegenüber dem Privateigentum ist von großer Bedeutung. Denn dieses Gemeinschaftseigentum verbindet die Mitglieder untereinander und stellt eine Verantwortung gegenüber dem Eigentum der Genossenschaft als auch der anderen Mitglieder voraus. Es ist emotional nicht so nahe wie das Privateigentum, aber auch nicht so fern wie ein staatliches Eigentum. Das Mitglied hat einen Bezug dazu, auch wenn es keine uneingeschränkte Handlungsgewalt darüber hat. Diese Bedeutung zeigt sich auch in einer sozialen Verantwortung. Denn nur gemeinsam können die Ziele erreicht werden. Daneben ist eine intensivere Auseinandersetzung mit den Mitgliedern notwendig, um gemeinsam an den Zielen zu arbeiten.

In der Arbeit sollte versucht werden aufzuzeigen, dass das System der Genossenschaften durchaus ein System ist, das in der Gegenwart eine Bedeutung hat. Je schlechter die wirtschaftliche und soziale Situation in einem Land ist, umso notwendiger wird eine Eigeninitiative der Bevölkerung.

Ein sozialer Staat kann ein Fundament für eine soziale Gesellschaft sichern, er kann aber nicht auf die einzelnen Bedürfnisse im entsprechenden Maße eingehen. Hierfür bietet sich unter anderem das System der Genossenschaft an, das mit bereits geringem finanziellem Aufwand des Einzelnen, eine Grundlage für eine gesunde Wirtschaft legen kann.

Literaturverzeichnis

ALDENHOFF, Rita: *Der Politiker Schulze-Delitzsch. Vorkämpfer der parlamentarischen Demokratie*. In: *Schulze-Delitzsch. Ein Lebenswerk für Generationen*. Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hrsg.): Wiesbaden, 1987.

BADER, Erwin: *Karl v. Vogelsang (1818-1890). Die geistigen Grundlagen der christlichen Sozialreform*. Wien: Verlag Herder & Co., 1990.

BALTZAREK, Franz: *Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaften*. In: *Handbuch des österreichischen Genossenschaftswesens*, Mario Patera (Hrsg.). Wien: Verlag Orac, 1986.

BERNSTEIN, Ed. (Hrsg.): Lassalle Ferdinand: *Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch. Der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit*. In: *Ferd. Lassalle's Reden und Schriften*. Dritter Band, Erster Abdruck. Berlin: Verlag von Reinhold Schlingmann, 1893.

BEUTHIEN, Volker: *Mit dem Herzen auf das genossenschaftliche Ganze gedacht*. In: *Schulze-Delitzsch. Ein Lebenswerk für Generationen*. Wiesbaden: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hrsg.), 1987

BRAZDA, Johann / Robert Schediwy / Tode Todev: *Selbsthilfe oder politisierte Wirtschaft. Zur Geschichte des österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) 1872-1997*. Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 18. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 1997

BRAZDA, Johann / Robert Schediwy: *Das genossenschaftliche Bildungswesen*. In: *Handbuch des österreichischen Genossenschaftswesens*. Mario Patera (Hrsg.). Wien: Verlag Orac, 1986

DELLINGER, Markus (Hrsg.): *Genossenschaftsgesetz samt Nebengesetzen*. Kommentar. Wien: Verlag LexisNexis, ARD Orac, 2005

DÜLFER, Eberhard: *Das Organisationskonzept „Genossenschaft“ – eine Pionierleistung Schulze-Delitzschs*. In: *Schulze-Delitzsch. Ein Lebenswerk für Generationen*. Wiesbaden: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hrsg.), 1987

FAUST, Helmut: *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*. 3., überarbeitete und stark erweiterte Auflage. Frankfurt a. M.: Verlag Fritz Knapp, 1977

FUCHS, Konrad / Heribert Raab: *Wörterbuch zur Geschichte*. 10. Auflage. München: Verlag dtv, 1996

HOFINGER, Hans / Andrea Karner / Peter Weiß (Hrsg.): *Aus Erinnerung wird Zukunft. Zum 200. Geburtstag von Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883)*. Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 31. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 2009

HOFINGER, Hans: *Regula Benedicti – Eine Botschaft für Führungskräfte*. Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 24. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 2003

HÜNERMANN, Wilhelm: *Vater Kolping. Das Lebensbild des Gesellenvaters*. Innsbruck – Wien: Tyrolia-Verlag, 1950

KALTENBORN, Wilhelm: Stenographische Berichte, Zweite Kammer (Preußischer Landtag), Berlin, 28. Sitzung vom 16. April 1849. In: *Ein großes Leben. Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883)*. Aus: *Aus Erinnerung wird Zukunft. Zum 200. Geburtstag von Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883)*. Hans Hofinger, Andrea Karner, Peter Weiß (Hrsg.). Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 31. Wien: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), 2009

KNOLL, August Maria: *Der Zins in der Scholastik*. Wien – Innsbruck: Verlag Tyrolia, 1933

KOCH, Walter: *Schulze-Delitzsch und Raiffeisen*. In: *Hermann Schulze-Delitzsch Weg – Werk – Wirkung. Festschrift zum 200. Geburtstag am 29. August 2008*. Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch (Hrsg.). Wiesbaden: Deutscher Genossenschaftsverlag eG, 2008

LEIDINGER, Hans: *Kapitalismus*. Wien – Köln – Weimar: UTB Verlag Böhlau, 2008

MESSNER, Johannes: *Das Naturrecht. Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik*. 4., unveränderte Auflage. Innsbruck – Wien – München: Verlag Tyrolia, 1958

SUCHANEK, Andreas: *Ökonomische Ethik*. 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Tübingen: UTB Verlag Mohr Siebeck, 2007

THORWART: *Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden*. Band 2. Frankfurt a. M.: Verlagsbuchhandlung Guttentag, 1910

VAJDA, Stephan: *Felix Austria. Eine Geschichte Österreichs*. Wien – Heidelberg: Verlag Ueberreuter, 1980

Abstract

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Entstehung des modernen Genossenschaftssystems, unter besonderer Berücksichtigung des preußischen Politikers Hermann Schulze-Delitzsch.

Die Genossenschaften sind ein System der Selbsthilfe, das in seiner heutigen Form entstand, als die Folgen der französischen Revolution sowie der industriellen Revolution große Bevölkerungsschichten in eine soziale Notlage brachte.

Das Prinzip der Selbsthilfe und die soziale Verantwortung sind eng miteinander verbunden. Dies zeigt sich in den unterschiedlichen Ideologien, die auf das System der Genossenschaft zurückgreifen, um die soziale Not zu lindern,.

Zu nennen sind hier der liberale Politiker Hermann Schulze-Delitzsch, die christlich orientierten Sozialreformer Wilhelm Friedrich Raiffeisen sowie Karl von Vogelsang, und der Sozialpolitiker Ferdinand Lassalle, der sich an den Ideen von Charles Fourier und Louis Blanc orientiert, sowie Victor Aimè Huber, der politisch nicht so aktiv war, wie Lassalle.

Das Prinzip der Selbsthilfe setzt Freiheit und Menschenwürde voraus.

Die Sicherung der Menschenwürde, die nur bei Freiheit möglich ist, kann unter anderen aus humanistischen und christlichen Gründen gefordert werden. Dem wird in der Arbeit nachgegangen.

Das Prinzip der Menschenwürde ist ein allgemein verwendeter Begriff, dem in der Arbeit näher auf den Grund gegangen wird. Was heißt Menschenwürde? Wie kann sie beschrieben werden? Welche Voraussetzungen sind für ein menschenwürdiges Dasein notwendig? Diesen Frage wird philosophisch auf den Grund gegangen. Johannes Messner verwendet den Begriff der „Vollmenschlichkeit“, die es gilt zu erreichen.

Der Schluss der Arbeit wirft ein Streiflicht auf die gegenwärtige Krise. Dabei zeigt sich, dass das System der Genossenschaft, das nach wie vor Bestand hat, gerade in Zeiten der wirtschaftlichen und sozialen Not eine Alternative darstellen kann. Mit ihrer Hilfe kann ein Mittelweg zwischen ökonomischem Erfolg und sozialer Verantwortung beschritten werden.

Lebenslauf

Nachname: Sommer
Vorname: Sebastian
Geburtsdatum: 20. April 1974
Geburtsort: Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich
Adresse: Gentzgasse 52/2/6
1180 Wien

Ausbildung: 1981-1985 Volksschule, Wien 18
1985-1986 Bundesrealgymnasium, Wien 18
1986-1989 Albertus Magnus Schule, Wien 18
1989-1992 Hotelfachschule „Modul“, Wien 19
1992-1993 priv. Patisserielehrgang, Wien 1
1993-1996 Höhere Bundeslehranstalt für Tourismus „Modul“, Wien 19
1999-2000 Studium der Ernährungswissenschaften, Universität Wien
2002-2009 Studium der Philosophie, Universität Wien

Tätigkeiten: 1989-1996 diverse Praktika im Hotel- und Gastgewerbe im Rahmen
der Ausbildung
1996-1997 Zivildienst, AKH Wien
1998-1999 Restaurant Steirereck, Wien 3
2000-2002 Österreichische Volksbanken AG, Wien 9
2003-2008 Bikeshop Wächter, Wien 9
seit 2008 Enzovelo, Wien 9